Nr. 237. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Theorie und Praxis.

Ein Nachwort zum Dresdener Parteitage.

II.

Die socialistische Theoretik hat demnach höchst wichtige Aufgaben zu erfüllen; und gerade der Arbeiter, der will, daß im Kampfe die großen socialistischen Gesichtspunkte nicht unter den auftauchenden wechselnden Tagesfragen verloren gehen, daß das Ziel, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, bei der Thätigkeit der Partei auf legislativem Gebiet fest im Auge behalten wird, hat am allerwenigsten Veranlassung, über die „graue" Theorie zu spötteln, selbst wenn es ihm unmöglich sein sollte, manchen der theoretischen Auseinandersetzungen kritisch zu folgen.

„Aber", hört man einwenden, „seit fünf, sechs Jahren dauert nun schon der theoretische Zwist in der Partei, und doch hat in diesen Jahren die Socialdemokratie mächtige praktische Erfolge errungen. Ergiebt sich nicht daraus, daß die Theorie nur geringen Einfluß auf die Praxis und die Fortschritte der Partei hat?"

Das ist eine völlig unrichtige Folgerung. Kurze Perioden theoretischer Unklarheit lähmen allerdings noch nicht die Partei, wenn die sonstigen äußeren Umstände für ihre politische Bethätigung die gleich günstigen bleiben oder sich vielleicht gar noch günstiger gestalten. Das zeigt die Zeit zwischen dem Gothaer Einigungskongreß und dem Erlaß des Socialistengesetzes, ebenso wie das Jahrfünft seit 1898. Es geht in dieser Beziehung mit dem Parteigetriebe, wie mit einem industriellen Betriebe, der gut eingearbeitet ist. Reißt dort Unsicherheit über die Principien ein, nach welchen er zu leiten ist, so geht doch zunächst das Getriebe munter im alten Geleise fort, vornehmlich, wenn die Markt- und Absatzverhältnisse die alten günstigen bleiben und vielleicht gar äußere Umstände direkt zur Einhaltung der alten Betriebsweise zwingen. Nach und nach zeigt sich allerdings hier und dort eine gewisse Zerfahrenheit, die aber erst dann zu einem Verhängnis für den Betrieb wird, wenn er sich einer neuen, veränderten Marktlage gegenübergestellt sieht, wenn neue Produktionsmethoden aufkommen usw.

Genau so steht es auch mit dem socialistischen Parteigetriebe, das in den erwähnten Zeiten theoretischer Unklarheit nicht nur gute äußere Entfaltungsbedingungen vorfand, sondern auch durch bestimmte Regierungsmaßnahmen und wirtschaftliche Ereignisse sich eines Teiles der Meinungsdifferenzen entledigt und zur Einnahme bestimmter taktischer Abwehrstellungen gezwungen sah. In den siebziger Jahren wirkten in dieser Richtung die Nachwirkungen des Gründerkrachs und der Erlaß des Socialistengesetzes, in den letzten Jahren die Krise und der Kampf gegen den Zolltarif. Trotz dieser die Partei in bestimmte Stellungen hineindrängenden politischen Umstände sind wir jedoch seit dem Stuttgarter Parteitag in 1898 nicht mehr aus dem Streit über die Taktik herausgekommen. Nach Hannover, wo im ganzen noch ziemlich sachlich und principiell debattiert wurde, folgte der schärfere Zusammenprall in Lübeck, darauf in München und nun in Dresden. Jedesmal mit dem Erfolg, daß es nach dem Schluß des Parteitages hieß, jetzt wäre endlich eine gründliche Aussprache erfolgt und die Einigkeit wiederhergestellt — doch alsbald tauchten neue Differenzpunkte auf, und auf dem nächsten Parteitage fand dann die auf dem vorigen abgebrochene Debatte in verschärfter Tonart ihre Fortsetzung.

Das ist erklärlich, fast kann man sagen natürlich. Die Vernachlässigung der Theorie, die in unsrer Partei eingerissen ist, rächt sich. Die taktischen Meinungverschiedenheiten sind durchweg nur eine Folge der theoretischen Unsicherheit und Zerfahrenheit, die, wenn sie in gleichem Maße, wie in den letzten Jahren, fortschreitet, die Partei mit nicht allzu ferner theoretischer Versumpfung bedroht. In Hannover war noch eine frische theoretische Debatte möglich, in Dresden kamen die meisten Redner bereits über ein vages Meinen und Glauben nicht mehr hinaus. Nicht klar in ihren Konsequenzen erkannte, von einander abweichende Auffassungen rangen miteinander, sondern vielfach nur ein subjektives Meinen und Annehmen, — Stimmungen und Verstimmungen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es sich bei den Debatten nur um persönliche Verstimmungen, nicht um wirkliche taktische und im weiteren Verfolg um theoretische Differenzen handelte; aber daß diese theoretischen Differenzen nicht als solche präcisiert und zum Austrag gebracht wurden, das giebt dem Dresdener Parteitage seinen unerfreulichen Charakter; denn Meinungsverschiedenheiten können nur dadurch überwunden oder ausgeglichen werden, daß sie in ihren Ausgangspunkten klar erkannt und in ihren Konsequenzen für die politische Haltung der Partei einander gegenübergestellt werden. Solange diese Meinungsverschiedenheiten nur in der Form von Stimmungen und einem in sich selbst unklaren Meinen auftreten, können sie wohl durch allerlei Maßnahmen zurückgedrängt und gezwungen werden, sich nicht so offen an der Oberfläche zu zeigen; aber da ihre Wurzeln, d. h. ihre verschiedenen theoretischen Ausgangspunkte, unberührt bleiben, wachsen sie, selbst wenn sie oben gewaltsam gestutzt werden, unten immer wieder nach und setzen neue Schößlinge an.

Zudem ist es aber ganz selbstverständlich, daß je weniger der Kampf auf theoretischem Gebiet geführt wird, desto schärfer die sogenannten persönlichen Momente in den Vordergrund treten. Noch zuletzt vor dem Parteitag mahnte Genosse Kautsky in einem Artikel der „Neuen Zeit" (Nr. 50), die Differenzen principiell auszutragen und das Gerede von der angeblich vorhandenen vollen Einigkeit aufzugeben. „Durch diese Versicherung," schrieb er, „wird nicht die wirkliche Einigkeit hergestellt, sondern nur der wirkliche Gegensatz degradiert, aus einem großen, sachlichen zu einem kleinlichen, persönlichen herabgedrückt. Der Gegensatz ist ja da, auf Schritt und Tritt stoßen wir auf ihn; beruhte er aber nicht auf großen, sachlichen Differenzen, dann könnte er nur daraus entspringen, daß diejenigen Personen, die ihn konstatieren und auszukämpfen suchen, intellektuell oder moralisch minderwertig wären. So läuft in der jetzigen Situation jeder Versuch, den Gegensatz zu leugnen und unsre volle Einigkeit festzustellen, auf die Herabsetzung eines großen Teils, ja der Mehrheit der Parteigenossen hinaus. Der Streit wird dadurch nicht erstickt, sondern vergiftet."

Die Mahnung war gut gemeint; sie wurde aber nicht befolgt — vielleicht weil mancher sich scheute, offen seinen Gedankengang klarzulegen, zumeist aber, weil thatsächlich die Mittel zur Durchführung eines derartigen Kampfes auf theoretischem Gebiet fehlten, da im sogenannten Revisionismus noch alles durch- und ineinander fließt; er sich bei den meisten seiner Anhänger noch als ein Konglomerat von politischen Einzelbetrachtungen und Stimmungen darstellt, dem eine feste, in sich geschlossene theoretische Basis fehlt. Vergebens versuchte denn auch Bebel, besonders aber Kautsky, Kolb und Bernstein — letzterer allerdings mit recht unzureichenden Mitteln — die Debatte über die Taktik auf ein gewisses theoretisches Niveau zu heben; immer wieder sank sie zu einem Streit um ein bloßes Meinen herab. Und statt theoretischer Argumente wurde angeführt, daß auch früher schon Meinungsverschiedenheiten bestanden, die Ansichten gewechselt hätten usw.

Dadurch wurden die persönlichen Momente beherrschend in den Vordergrund gedrängt. Es soll keineswegs behauptet werden, daß nur die theoretische Unklarheit den persönlichen Streit veranlaßt hat; dem widerspricht schon allein der wohlerwogene Ausfall gegen Mehring; nichtsdestoweniger bleibt richtig, daß je weniger die verschiedenen theoretischen Ausgangspunkte eines derartigen Streites klar erkannt werden, desto mehr die Ansicht des andren als eine sachlich grundlose, subjektive Willensäußerung erscheint, die persönlichen Motiven entspringt. Man braucht sich nur die Geschichte der Religionsstreitigkeiten und der Parteikämpfe während der großen französischen Revolution anzusehen, um dafür die Bestätigung zu finden.

Jetzt wird wieder von einem Teil der Parteipresse die Behauptung aufgestellt, daß die ganze Partei einig sei: eine Behauptung, die allerdings dann vielfach hinterher wieder dadurch selbst dementiert wird, daß man verlangt, es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die einen erneuten Ausbruch der in der Partei fortwuchernden Verdächtigungen und gegenseitigen Anfeindungen auf dem nächsten Parteitage verhindern. Eine Einigkeit mit gegenseitigen Anfeindungen, die gewaltsam niedergehalten werden müssen, ist jedenfalls eine Einigkeit seltsamster Art!

Daß solche gewaltsame Zurückdrängung der Differenzen das allerungeeignetste Mittel ist, Einigkeit zu schaffen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Die Gegensätze verschwinden doch dadurch nicht; sie werden nur ins Innere der Partei zurückgetrieben und brechen bei nächster Gelegenheit dann um so explosiver hervor. Nein, die Gegensätze müssen ausgefochten werden. Was aber geschehen kann, das ist ihre Auskämpfung auf theoretischem resp. principiellem Gebiet, wozu allerdings zunächst erforderlich wäre, daß der frühere theoretische Sinn in unsrer Partei wieder geweckt würde und die Geringschätzung der Theorie aufhört, die in einem großen Teil unsrer Presse fast zum guten Ton gehört und als bester Beweis praktischer Befähigung gilt. Mag auch jene alte fröhliche Disputierlust des Jugendalters unsrer Partei, jene begeisterungsfrische Freude, die sich selbstbewußt an die Erörterung der schwierigsten socialen Probleme herantwagte, kaum mehr wiederkehren, da die heutige politische Situation und die jetzige Größe der Partei viele Aufgaben stellen, an denen man damals achtlos vorbeigehen konnte, so muß doch die seit Jahren eingerissene Vernachlässigung der Theorie energisch bekämpft werden, soll sie sich nicht noch weit schärfer rächen, als bei den jetzigen Parteistreitigkeiten. Es war beschämend, während der Dresdener Debatte zu sehen, wie völlig kritiklos manche eifrigen und keineswegs unintelligenten Genossen den ganzen die Taktik betreffenden Verhandlungen gegenüberstanden, wie sie nach dem Lesen neuer Reden jedesmal ihre Meinung wechselten und heute Bebels Ausführungen zustimmten, morgen denen Vollmars. Eine derartige allen rhetorischen Einflüssen widerstandslos preisgegebene Hilflosigkeit vermag natürlich nicht nur niemals einen eignen festen Standpunkt zu finden, sondern versagt einem einigermaßen gewandten Gegner gegenüber auch vollständig in der Agitation.

Selbstverständlich vermöchte auch eine größere theoretische Klarheit, wenn sie vorhanden wäre, nicht dem Auftauchen von allerlei theoretischen Meinungsverschiedenheiten vorzubeugen und soll es auch nicht, denn nicht minder schlimm als theoretische Verflachung wäre für unsre Partei eine dogmatische Erstarrung. Wohl aber würden dann die Theoretisierungsversuche, die über ein bloßes Anzweifeln der in der Partei geltenden Anschauungen, über allerlei einer- und andrerseits nicht hinauskommen, auf ganz andre Widerstände stoßen, als sie die vor fünf, sechs Jahren auftretenden neuen theoretischen Revisionsbestrebungen gefunden haben. Man würde dann einfach über jene Eintagstheoretik hinweggegangen sein, die überall Probleme aufwarf, ohne auch nur ein einziges zu lösen, ja die so wenig Einblick in die Eigenart dieser Probleme bekundete, daß sie die sich ergebenden Fragen meist gar nicht sah, oder sie verkehrt stellte.

Es soll niemand in seinen Untersuchungen und theoretischen Arbeiten beschränkt werden. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung muß auch die socialistische Theorie, soll sie ihren Aufgaben genügen, fortschreiten, und wenn einerseits die Theorie der Praxis die Direktive zu liefern hat, so andrerseits die Praxis der Theorie das Korrektiv. Ich scheue mich auch keineswegs offen auszusprechen, daß manche Theorien unsrer großen Altmeister meines Erachtens nach verschiedenen Seiten hin der Weiterentwicklung und specielleren Begründung bedürfen. Was aber die Partei mit Recht verlangen darf und muß, das ist, daß nicht jeder Einfall und jedes halbe Bedenken, das jemandem beim Studium aufstößt, sofort zu einem Revisions-Artikel benutzt wird, damit es nur ja nicht der Mitwelt verloren geht. Die socialistische Theorie ist kein Feld für Originalitätshascherei; sie fordert Selbstkritik und ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Partei. Wem Bedenken aufsteigen, der mag zunächst mit sich zu Rate gehen, mag zwei-, dreimal prüfen, und wenn sich dann seine Zweifel bestätigen, mag er herauszufinden suchen, wo der Fehler steckt, wo das frühere Unterlagsmaterial durch neu bekannt gewordene Thatsachen ergänzt oder in seinem Werte verändert wird, wo in der Deduktion irrige Folgerungen unterlaufen sind usw. Und wenn er dann die Fehler entdeckt hat, mag er in systematischer Beweisführung den alten seine neuen Schlüsse gegenüberstellen. Das bloße Anzweifeln ist zwecklos; Wert hat die Kritik nur dann, falls sie neben dem Negativen auch ein Positives bietet, und wenn sie, wenn auch keine völlig fertige Theorie, so doch die konstituiven Elemente zu einer solchen entwickelt; denn eine falsche Theorie kann immer nur von einer andren überlegenen überwunden werden.

Eine theoretische Klärung in unsrer Partei läßt sich zwar nicht von heute auf morgen herbeiführen, muß aber mit allen Mitteln angestrebt werden, sollen nicht immer neue unklare Unterströmungen auftauchen. Parteitags-Resolutionen vermögen diese nur zeitweilig zurückzudrängen und für die nächsten politischen Aufgaben eine gewisse Richtschnur zu liefern; sie treffen jedoch nicht das eigentliche Lebenselement dieser Strömungen. Manches zur Wiedererweckung des theoretischen Sinnes vermöchte unsre Presse zu thun, wenn sie über die Aufgaben des Tageskampfes, die allerdings leider die Kräfte schon meist über Gebühr in Anspruch nehmen, nicht ganz die theoretische Diskussion vergessen wollte.

H. C.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober.

Agrarische Kultur.

Die „Deutsche Tageszeitung" stellt die Frage: Warum sind unsre Gefängnisse so stark besetzt? und läßt sie beantworten durch eine Geschichte, die ein agrarischer Herr Sendke-Bagemühl in der „Prenzlauer Zeitung" veröffentlicht. Diese Geschichte, die das allzu humane Gefängniswesen kennzeichnen soll, aber in Wahrheit ein furchtbares Bild agrarischer Unkultur darstellt, lautet wortgetreu:

„Unser Gewährsmann ist eine von jenen Existenzen, die die Landstraße und das Gefängnis als **ihre eigentliche Heimat**, die Arbeit aber als ein vielleicht manchmal notwendiges Uebel betrachten. Er hatte sich während der vergangenen Woche etwas an der Arbeit des Kartoffelaushebens beteiligt, und bei dieser Gelegenheit entspann sich zwischen ihm und seinem Arbeitgeber folgendes Zwiegespräch: A. (Der Grundherr): Nun sagen Sie einmal, altes Haus, warum verbringen Sie denn eigentlich die meiste Zeit Ihres Lebens im Gefängnis? Wäre es nicht besser, wenn Sie als ordentlicher Mensch in Freiheit lebten? — B. (Der Landstreicher): Herr A., wenn Sie unsre Verhältnisse näher durchschauen, so könnten Sie so nicht fragen. Wo kann man es denn besser haben als im Gefängnis? Sehen Sie, wenn man auf der Landstraße abgerissen ist, vielleicht auch bissige Gesellschaft auf dem Körper merkt, so stiehlt man ein bißchen oder schlägt irgendwo die Fensterscheiben ein, **damit man sich im Gefängnis wieder als Mensch fühlt.** Die Amtsrichter sind meistens wohlwollende Herren und schmauzen selten einen an. Man wird gewaschen, gebadet, gekleidet, erhält eine leidliche Kost und geht spazieren. Die Arbeit ist Spielerei. An guter Gesellschaft fehlt es selten, und wenn der Wärter von nobler Gesinnung ist, so drückt er auch ein Auge zu, wenn man einmal eine Flasche Bindfaden (Schnaps) oder ein Spiel Karten hineinschmuggelt, um sich ein Vergnügen zu machen. **Kurz, es lebt sich gut dort.** Das saß z. B. kürzlich ein junger Mensch aus G ..... mit mir zusammen, der hatte einem Bauern den Schäferhund totgeschlagen und war bei seiner Ankunft ziemlich ängstlich. Als er entlassen wurde, hatten sich seine Ansichten geklärt, und ich bin überzeugt, daß er in nächster Zeit einen zweiten Hund totschlägt, **damit er wieder sitzen kann.** Ja, wenn uns beim Zu- und Abgange je 25 aus der „**Armkasse**" aufgezählt würden, so wäre die Sache mißlicher, und man würde sich in acht nehmen; aber so wie die Verhältnisse heute liegen, **halte ich jeden für einen Dummkopf, der sich für seinen Lebensunterhalt abarbeitet.** — A.: So, aber wie ist's denn mit dem Nachtlager? Pritschen und Dielen sind doch verfl... hart. — B.: Einbildung! Ein gut Gewissen ist ein sanftes Ruhekissen. Außerdem kommt hier die Gewohnheit in Betracht. Wir ruhen uns auf der Pritsche besser aus, als Sie in Ihren Federbergen. — A.: Aber bedenken Sie doch, wie viel besser es wäre, wenn Sie sich ordentlich hielten und etwas verdienten, damit Sie sich gelegentlich auch einen höheren Genuß verschaffen könnten! — B.: Wenn Sie meinen, die höheren Genüsse seien uns nicht zugänglich, so sind Sie sehr im Irrtum. Wer Verlangen nach ihnen hat, der macht's wie ich im vorigen Jahre und geht zur Ernte nach Holstein. In Neumünster und Itzehoe sind Arbeitsmärkte, da kommt der Bauer und sagt: „Keri, komm mit, ich gebe für 'n Tag 'n Taler." Da geht man mit und arbeitet, bis man seine 80 bis 90 M. in der Tasche hat, dann geht's nach der ersten Großstadt, die „höhere Genüsse" bietet. Ist das Geld verwichst, so hat man gewöhnlich ein Loch im Bein oder im Kopf, oder man leidet an einem Anfall von Gelenkrheumatismus und läßt sich ins Krankenhaus aufnehmen. Da wird man wieder gewaschen, gebadet und verpflegt, und die barmherzigen Schwestern sind so freundliche, gute Wesen, daß man es geraume Zeit dort aushält. Bei der Entlassung bekommt man gewöhnlich noch neue Sohlen unter die Stiefeln, damit man auf der Chaussee wieder dreist zutreten kann. Ist das nicht schön? — A.: Ja, aber wie stehts mit der Ehre? — B.: **Ehre? Was ist das? Das Ding kenne ich nicht.** — Nach dieser Eröffnung trat A. den Rückzug an. Ich schließe diese Darstellung, die keine Flause ist, sondern

die nackte Thatsache berichtet, mit der Frage: Wann **werden unsre Gesetzgeber** einsehen, **was dieser Strolch einsieht:** daß der Besuch der Gefängnisse sich „mißlicher" für das arbeitsscheue Gesindel gestalten würde, wenn jedem beim Zu- und Abgange 25 **aus der Armkasse aufgezählt würden?** (Und nicht allein dem arbeitsscheuen Gesindel, sondern auch dem gemeinen Betrügerr. Wenn der kürzlich aus Prenzlau ausgekniffene Großkaufmann gewußt hätte, daß er im Gefängnis, wohin er doch früher oder später kommt, als Extraration 25 aus der „Armkasse" aufgezählt erhielte, er würde diese gemeinen Betrügereien nicht begangen haben.) Und wann wird man, frage ich weiter, erkennen lernen, daß es eine Milde gegen das Verbrechertum giebt, die zur Geißel für das Menschentum wird? Und wann endlich wird man sich zu der Erkenntnis hindurchringen, daß man dem keine „Ehre" totschlagen kann, der keine hat?"

Und die „Deutsche Tageszeitung" des Herrn Oertel geleitet, wie sich versteht, die Prügelforderung des Herrn Sendke mit empfehlenden Worten:

„Wir gehen nicht so weit in unsren Forderungen. Wir verlangen nur für Roheitsverbrechen die Einführung der Prügelstrafe. Aber darin stimmen wir mit Herrn Sendke vollkommen überein, daß **die lächerliche Humanitätsduselei,** welche den Strolchen aller Art **das Gefängnis zu einem Eldorado macht** und diese dadurch wie mit einem Zauberstabe ins Ungemessene vermehrt, eine unentschuldbare Thorheit des Staates ist. Daß unsre Regierung sich zu einer radikalen Aenderung des Gefängniswesens entschließen wird, daran glauben wir leider nicht. Dies wird nur dann geschehen, wenn das Volk energisch eine solche radikale Aenderung fordert. Daß diese Forderung von immer weiteren Kreisen erhoben wird, dafür treten wir nach wie vor mit aller Kraft ein."

Herr Sendke versichert auffällig, seine Geschichte sei „keine Flause". Er empfindet selbst, daß sie **unglaubwürdig** ist, und jeder, der sich nicht aus Neigung zur Prügelstrafe täuschen lassen will, erkennt sofort, daß Herr Sendke sich hat gründlich hineinlegen lassen. Weder die Sprechweise des angeblichen Landstreichers noch die Auffassungen, die er kundgiebt, noch die Thatsachen, die über Gefängnis- und Krankenhauszustände geäußert werden, tragen den Charakter der Wahrheit. So spricht kein Landstreicher von „wohlwollenden Amtsrichtern", von Landstreichern, die „ihre Ansichten klären", von den Genüssen bald im Gefängnis bald in der Großstadt, von der Ehre, die er nicht kenne u. s. f. Ebenso trägt das Geschwätz vom Schnapstrinken und Kartenspiel im Gefängnis den Stempel der Unwahrheit. Die ganze Geschichte ist zweifelsohne ein Phantasiestück, dem höchstens vielleicht einzelne entfernt an solche Aeußerungen anklingende wirkliche Redensarten eines armseligen Menschen zu Grunde liegen, ein Phantasiestück erfunden zur höheren Ehre des Prügelkultus.

Wäre aber die tolle Flause keine Flause, wie der Herr Sendke glaubt und glauben machen will, so würde der Vorgang **das Gegenteil dessen erweisen,** was agrarische Verrohung erweisen will. Wenn es Menschen giebt, die wirklich nicht wissen, was Ehre ist und denen daher durch Prügelstrafe das Ehrgefühl nicht verletzt werden kann, so sind das denn doch glücklicherweise nur seltene Ausnahmemenschen, die so tief gefallen sind. Die ungeheure Mehrzahl derer, die durch Not und Elend in das Gefängnis getrieben werden, haben ihre Ehre und knirschen gegen das furchtbare Schicksal, das sie trotz unsäglichen Widerstrebens auf den Weg der Gesetzwidrigkeit trieb.

Für diese weit überwiegende Mehrzahl aller Gefängnisinsassen ist das Gefängnis furchtbare Pein und wir wünschten den agrarischen Herrschaften, deren Zollwucherer-Moral weit tiefer steht als die Moral vieler Gefängnisinsassen, dies Eldorado, das sie verherrlichen, aus eigner Erfahrung kennen zu lernen.

Wenn es aber Individuen giebt, die wirklich das Gefängnis der Arbeit vorziehen und jedes Gefühl für Menschenwürde verloren haben, wie die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, so liegt in der Existenz solcher Menschen in erster Linie eine vernichtende Anklage gegen die heutige Ordnung der menschlichen Gesellschaft, deren eifrige Hüterin die „Deutsche Tageszeitung" ist. Nicht durch eigne Schuld sinkt der Mensch so tief, wie die Landstreicher des Herrn Sendke; zerrüttetes Elternhaus, verwahrloste Jugendjahre, jämmerliche Schulbildung und furchtbare sociale Not — das sind die Voraussetzungen solcher Erniedrigung des Menschen, von dem die Frommen der „Deutschen Tageszeitung" sagen, Gott habe ihn nach seinem Bilde geschaffen. Wie entsetzlich müssen die Lebensverhältnisse der Landarbeiter sein, daß die Gefängniskost und die Einsperrung in enger, licht- und luftloser Zelle lockend erscheinen! Wie heillos müssen die Schul- und Erziehungszustände in den agrarischen Gefilden sein, daß Menschen jedes Ehrgefühl verlieren können, wie der Grundherr des Herrn Sendke behauptet!

Und bei solchen Roheitsausbrüchen der „Deutschen Tageszeitung" wundert sich der Dr. Oertel noch, daß selbst die Kinder in seinem früheren Wahlkreise ihm nachriefen: **Knuten-Oertel?** —

Freisinnige Selbstblendung. Die Freisinnigen brennen sich selbst die Augen aus, um das Verderben nicht zu sehen, in das sie stürzen, und die „Freisinnige Zeitung" und die „Vossische Zeitung" beweisen nur die Freisinnserblindung, indem sie den Ausfall der sächsischen Landtagswahlen zur Rechtfertigung der Haltung ihrer Partei bei den preußischen Wahlen heranziehen. In der „Freisinnigen Zeitung" wird gesagt:

„Die Socialdemokratie hat unter dem Dreiklassen-Wahlrecht in Sachsen eine vollkommene Niederlage erlitten. Höchstens hofft sie in einem Wahlkreise (Zwickau-Land) eine knappe Mehrheit zu gewinnen. Was hätte nun die freisinnige Partei, so schreibt die „Voss. Ztg.", von dem Bündnis mit der Socialdemokratie an Vorteilen zu erhoffen? Die Wahlen in Sachsen sind eine Probe auf das Exempel insofern, als auch in Sachsen das Dreiklassen-Wahlrecht herrscht, das nur in einigen untergeordneten Punkten von dem preußischen abweicht. Sachsen ist das „rote Königreich". Hier hat die Socialdemokratie bei den Reichstagswahlen unerhörte Triumphe gefeiert und vielfach gewaltige erdrückende Mehrheiten aufgebracht. Sie hat sich jetzt allgemein an der Landtagswahl beteiligt. Dabei kommt in Betracht, daß in Sachsen die Abstimmung geheim ist durch Stimmzettel, die uneröffnet in die Urne gelegt werden."

Zunächst hat die Socialdemokratie nicht, wie die „Freisinnige Zeitung" jubelnd verkündet, „eine vollkommene Niederlage" erlitten. Von einer „Niederlage" ist nicht zu reden, wenn in vielen Wahlkreisen die weitaus größte Mehrheit der Wähler socialdemokratisch stimmt, wenn die dritte Wählerklasse fast ausschließlich socialdemokratische Wahlmänner wählt. Wollen aber die freisinnigen Blätter nur davon reden, daß die Socialdemokratie Mandate gar nicht oder nur in einem Wahlkreise gewinnen wird, so ist das nicht Schuld der Socialdemokratie, sondern — des Bürgertums und des Liberalismus in Sachsen, der seit langem so jämmerlich zusammengebrochen ist, daß er selbst unter den jetzigen für ihn günstigsten Verhältnissen nicht genug Lebenskraft fand, um, was möglich gewesen wäre, die konservative Reaktion zu stürzen.

Gerade weil in Sachsen das Wahlrecht etwas besser ist als in Preußen, so hätte ein gemeinsames Vorgehen der Liberalen mit der Socialdemokratie, wie unsre Partei für Preußen in Vorschlag bringt, einen großen Sieg beider Parteien herbeiführen müssen, wenn eben in Sachsen — ein Liberalismus überhaupt existierte.

Es ist daher die unsäglichste Selbstverblendung, sich auf Sachsen zu berufen, um die Socialdemokratie in Preußen als aussichtslos bei den Landtagswahlen herabzusetzen. Diese Taktik der Freisinnigen kann nur zu dem Erfolge führen, daß der preußische Freisinn in den Abgrund gerät, der den sächsischen Liberalismus längst verschlungen hat. Indem der preußische Freisinn, um die Socialdemokratie ihres Rechtes zu berauben, die Wahlkreise an die Reaktion ausliefert, **macht er sich** vor den Wählern immer mehr unmöglich. Aus Furcht und Haß vor der Socialdemokratie ging der sächsische Freisinn zu Grunde. Unter Eugen Richters genialer Führung wird der preußische Freisinn ihm folgen. —

Die Kanonen-Internationale. Aus **Essen** wird gemeldet:

Der **chinesische Gesandte in Berlin** war heute zur Besichtigung des Kruppschen Werkes in Essen anwesend. Sein Besuch darf damit in Verbindung gebracht werden, daß von dem chinesischen Reiche wieder **Bestellungen auf Kriegsmaterial bei der Firma Krupp** in Aussicht stehen. Bekanntlich ist das durch die Mächte gestellte Waffeneinfuhrverbot für China abgelaufen. China war vor den Wirren zeitweise bedeutender Abnehmer der Firma Krupp in Kriegsmaterial.

Jetzt wird die Firma Krupp sicherlich wieder emsig an China Waffen liefern. So begreiflich es ist, daß China sich besser bewaffnen will gegen die fremden Eindringlinge, so kennzeichnend ist es für die Widernatur der gesamten heutigen Militärrüstungs-Zustände, daß deutsche Arbeiter Mordwaffen fabrizieren müssen, mit denen sie oder ihre Brüder und Söhne vielleicht bald einmal niedergeschossen werden sollen! —

Die Ausweisung der Kunst. Der **Kunstmaler und Direktor des polnischen Kunstvereins in Posen Kasimir Krzyzanowski** ist **aus Preußen ausgewiesen worden.** Der „Voss. Ztg." wird zu dieser Angelegenheit geschrieben: Direktor Krzyzanowski, ein östreichischer Staatsangehöriger, lebte seit April vorigen Jahres als **Kunstmaler ständig in Posen.** Vor einigen Monaten bildete sich hier ein Verein der Freunde der schönen Künste, dem unter andren auch zahlreiche Mitglieder des polnischen Hochadels, die Grafen Mielzynski, Potulicki usw., beitraten. Dieser Verein eröffnete am Königsplatz eine ständige Gemälde-Ausstellung, welche Direktor Krzyzanowski leitete. Zur regelmäßigen Beschickung dieser Kunstausstellung lud der genannte Verein in einem besonderen Aufrufe auch die deutschen Maler und Bildhauer ein. Die Behörden sahen aber, wie dem Direktor Krzyzanowski eröffnet wurde, in diesem Vereine einen politischen Verein und wiesen deshalb Krzyzanowski als Ausländer aus. Krzyzanowski wandte sich um Zurücknahme des Ausweisungsbefehls an die Spitzen der betreffenden Behörden, aber ohne Erfolg, man bewilligte nur eine Aufenthaltsfrist von 24 Stunden.

Preußen ist gleich begabt, die Polen zu gewinnen wie die Kunst zu ehren. —

„Wider die Feldhaubitze" schreibt Major a. D. Gädke im „Berl. Tageblatt": „Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht der Generallieutenant z. D. v. Alten einen im Tone sehr maßvollen, der Sache nach ungemein scharfen Angriff **gegen die im Jahre 1898 vorgenommene Einführung dieser zweiten Geschützgattung in die deutsche Feldartillerie.** Unnötige Vervielfältigung des Materials und des Schießbedarfs, Wirkungslosigkeit des Geschützes gegenüber den ihm gestellten taktischen Aufgaben, erschreckende Belastung der Marschkolonnen mit Troß, ungemeine Erschwerung des Munitionsersatzes, das sind die wesentlichen Vorwürfe, die der hervorragende General in überzeugender, lichtvoller, schön geschriebener Darstellung gegen diese Geschützgattung erhebt. Ihre Einführung beruhte **auf einer großen Illusion,** der Techniker hat den Taktiker nicht genügend zu Rate gezogen. Meinerseits habe ich den Bau der leichten Feldhaubitze stets für einen **Mißgriff unsrer Heeresverwaltung** gehalten, deren Fehler ja schon seit Jahren nicht die Unthätigkeit, sondern **die Vielgeschäftigkeit, das nicht genügende Durchdenken der organisatorischen, technischen und taktischen Probleme, die Ueberstürzung, die Nachgiebigkeit gegenüber augenblicklichen Impulsen ist, die sich zunächst in unnötigen Geldausgaben,** dann aber auch in einer Störung der ruhigen und zeitgemäßen Weiterentwicklung des Heereswesens geltend machen." —

Sächsische Socialpolitiker. Vor der Städte-Ausstellung hielt es der **Dresdener Stadtrat** für angebracht, noch schnell einige seiner Blößen zu verdecken und wollte flugs eine von modernstem socialpolitischen Geiste erfüllte Arbeiterordnung erlassen, damit er sich vor seinen Gästen sehen und bewundern lassen könnte. Wie das aber nun einmal so in Sachsen ist, der Entwurf wurde aus einer **arbeiterfreundlichen** Verordnung eine **arbeiterfeindliche,** namentlich weil er die **städtischen Arbeiter des Rechtes, sich an Genossenschaften zu beteiligen, beraubte.** Die Stadtverordneten stimmten dieser Entrechtung freudig zu. Inzwischen wurde dem Dresdener Rat durch die in ganz Deutschland entstehende Entrüstung klar, daß er sich durch das Konsumvereins-Verbot in kein günstiges Licht gesetzt hatte. Er strich deshalb das Verbot. Hätten die Stadtverordneten gleich die Vorlage in dieser Fassung angenommen, so wäre die Arbeiterordnung zur Städte-Ausstellung fertig geworden. Aber die Stadtverordneten dachten nicht daran. Sie verschleppten die Sache und erst am letzten Donnerstag bequemten sie sich zur Verabschiedung der Vorlage, nachdem der nationalliberale Stadtrat Heinze öffentlich in einem Dresdener Blatt auf die Machinationen der antisemitischen Stadtverordneten aufmerksam gemacht hatte. Die Stadtverordneten beschlossen, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, **abermals das Konsumvereins-Verbot** für die städtischen Arbeiter. Wenn der Rat zustimmt, gedenken die städtischen Arbeiter an das Ober-Verwaltungsgericht zu gehen. Die Dresdener Stadtverordneten erklärten, sie wollten durch das Konsumvereins-Verbot auf die andren deutschen Gemeinden, den Staat und das Reich „vorbildlich wirken". Es müsse nun endlich „eine neue Aera der Handwerkerpolitik" anbrechen. Das Konsumvereins-Verbot sei der erste Schritt hierzu. Fürder müsse der Begriff der Socialpolitik dahin erweitert werden, daß er namentlich die Fürsorge für den Handwerkerstand bedeute. —

Wahlvergehen. Aus **Königsberg** wird geschrieben: Der Arbeiter Michael Rohn hatte im Auftrage seines abwesenden Schwiegersohnes, des Zimmermanns Albert Linkewitz, für diesen am Tage der letzten Reichstags-Stichwahl gewählt. Die Strafkammer sprach jedoch Rohn von der Anklage des Wahlvergehens und Linkewitz von der Anklage der Verleitung zu diesem Vergehen frei, da den Angaben der beiden Beschuldigten, sie wären das Opfer einer falschen Belehrung durch einen unbekannten Herrn geworden, Glauben geschenkt wurde. Der Staatsanwalt hatte je sechs Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust beantragt. —

Ausland.

Der Textilstreik im Norden Frankreichs.

Paris, 8. Oktober. (Eig. Ber.) Der Weber- und Spinnerstreik von Armentières und Umgegend hat sich binnen wenigen Tagen auf die wichtigsten Mittelpunkte der Textilindustrie im Norddepartement ausgedehnt. Die Bewegung trägt bisher einen urwüchsigen Charakter. Das Zeichen zum Kampf kam aus der Masse, nicht aus der Organisation. Gruppen von Streikenden, die mitunter massenhaft anschwollen, gingen von Ort zu Ort und erzwangen die Arbeitseinstellung bezw. die Schließung der Fabriken. Hier und da soll es — nach **bürgerlichen** Meldungen — zu verschiedenen Ausschreitungen gekommen sein. Doch ist zu bedenken, daß das Streikgebiet in der Nähe der belgischen Grenze eine Menge dunkler Existenzen aufweist, Schmuggler und rückfällige Verbrecher, die mit der belgischen und französischen Kriminalpolizei auf gespanntem Fuße stehen. Diese Elemente werden sich gelegentlich der undisciplinierten Bewegung ans Tageslicht gewagt haben.

Erst am 7. Oktober trat ein Streikkomitee in Thätigkeit und zwar mit einem **Aufruf zum Generalstreik** der nordischen Textilarbeiter. Diesem Aufruf ist folgendes zu entnehmen: Der Generalstreik soll eine einheitliche Lohntarif-Basis für jede einzelne Spinnerkategorie und einen Mustertarif für die Webereien erlangen. Als Grundlage der neuen Tarife aber soll der am 1. April 1904 kraft des Gesetzes Millerand-Colliard einzuführende Zehnstundentag dienen.

Das ist die letzte Arbeitszeitverkürzungs-Etappe jenes **Gesetzes,** nachdem am 1. April 1902 der Arbeitstag von 11 auf 10½ Stunden verkürzt worden war. Bei den zwei früheren Etappen hatten die Arbeiter bereits gegen Lohnverkürzungen zu kämpfen gehabt — mit verschiedenem Erfolg. Jetzt wollen sie nun die gemachten Erfahrungen ausnutzen, um **im voraus** eine Lohnherabsetzung bei der Einführung des Zehnstundentages abzuwenden, da die überraschten Unternehmer keine Warenlager aufgespeichert haben. Andrerseits erklärt sich das frühzeitige Vorgehen aus dem Ausbruch des Streiks in Armentières und Umgebung, d. i. gerade in einer Gegend, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Die nordischen Unternehmer hatten stets die Forderungen der Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf die Konkurrenz der billiger arbeitenden Betriebe von Armentières abzuschlagen gesucht. Jetzt kann ihnen dieser Vorwand genommen werden, falls durch den Generalstreik Armentières in den gemeinsamen, einheitlichen Tarif einbezogen wird.

Unnütz zu sagen, daß der Massenstreik die üblichen **militärischen Belagerungszustands-Maßnahmen** hervorgerufen hat. Die Regierung hat die Präfekten ermächtigt, das sonst nur für einen Bergarbeiter-Streik vorgesehene militärische Aufgebot zu entfalten. Ein **ganzes Armeecorps** wird das Streikgebiet besetzen, wenn sämtliche teils noch unterwegs befindliche Truppen eingetroffen sind. Genosse **Delory,** Bürgermeister von **Lille,** hat das kommunale Schloß Rameau für die Unterbringung der Truppen verweigert. Sonst aber mußte er, um die Militärbehörden nicht willkürlich hausen zu lassen, ihrer Requisition nachkommen und von sich aus für die Unterbringung der Truppen sorgen. In seiner bezüglichen Antwort an die Militärbehörde protestiert er gegen das militärische Aufgebot, das mit nichten durch die Haltung der Arbeiterbevölkerung von Lille gerechtfertigt werde.

Ueber den Stand der Streikbewegung liegen folgende Drahtmeldungen vor:

Lille, 9. Oktober. Der **socialistische Abgeordnete und Bürgermeister Delory** ist gestern mit einer Abordnung von Arbeitern vom Präfekten empfangen worden, wobei er im Namen der Ausständigen versprach, für Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen.

Der **Bäckerstreik** in La Rochelle ist beendet, da die Meister die Forderungen der Streikenden bewilligt haben.

In den andren Streikgebieten ist die Situation überaus gefahrvoll, da Tausende von Soldaten, Gendarmen, Polizisten **„zur Bewachung der Fabriken"** zusammengezogen sind.

Tourcoing, 9. Oktober. Die Streikbewegung scheint nunmehr in ruhigere Bahnen einzulenken; die Mehrzahl der Arbeiter weigerte sich, die Arbeit einzustellen. In Halluin ist die Lage unverändert. Es beginnt bereits an Lebensmitteln zu mangeln.

Courtrai (Belgien), 9. Oktober. Gestern überschritten 1600 französische Streikende die belgische Grenze und versuchten, die Arbeiten bei einem auf belgischer Seite im Bau befindlichen Kloster aufzuhalten. Die herbeigeeilte Gendarmerie wurde von den Ausständigen mit Steinwürfen empfangen. Hierauf ging die Gendarmerie mit gezogener Waffe vor, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Die Streikenden versuchten ihre Verwundeten über die französische Grenze zu bringen, wurden jedoch hieran von den Gendarmen verhindert. Da die Streikenden großen Widerstand entgegensetzten, wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Dünkirchen, 9. Oktober. Die Hafenarbeiter, speciell die Kohlenlader, haben neue Forderungen aufgestellt, ohne deren Bewilligung sie mit Streik drohen. —

Schweiz.

Eine gerichtliche Verurteilung des Zeugniszwanges der Presse.

Zürich, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Einen ebenso interessanten wie beachtenswerten Entscheid in Sachen des Zeugnisses der Presse hat das Züricher Obergericht gefällt. In der „Züricher Post" hat im Laufe des Jahres ein Anonymus unter den Titeln „Mißwirtschaft" und „Hydra" eine Reihe von Artikeln veröffentlicht und darin die verdienstvolle Aufgabe der Enthüllung der Korruption in der eidgenössischen Militärverwaltung erfüllt. Unter den damit in Zusammenhang gebrachten Personen wurde auch Oberst Keppelin in Bern, Beamter des Militärdepartements, genannt, worauf dieser das Blatt verklagte. Von der Redaktion der „Züricher Post" übernahm Dr. Wettstein die Verantwortung. Der Kläger wollte aber den Verfasser haben, und da sein Verdacht auf den Oberst Affolter, Professor der Kriegswissenschaften am eidgenössischen Polytechnikum, der militärwissenschaftlicher Mitarbeiter der „Züricher Post" ist, fiel, so ließ er ihn als Zeugen vorladen. Aber Oberst Affolter, der nebenbei bemerkt, so viel man in vertrauten Kreisen erfahren kann, der Verfasser der eingeklagten Artikel thatsächlich nicht ist, weigerte sich, Zeugnis abzulegen, da er Mitglied des Verwaltungsrates der Genossenschaft der „Züricher Post", der Verwaltungsrat aber mitverantwortlich und die Verantwortlichkeit durch den angeklagten Redakteur gedeckt sei. Der Untersuchungsrichter und nach ihm das Obergericht, an das der Kläger rekurriert hatte, acceptierten zum Teil den Standpunkt des Oberst Affolter und es ist nun von Interesse, die Begründung von richterlicher Seite kennen zu lernen. Der Untersuchungsrichter hatte seine Weigerung, Herrn Affolter einzuvernehmen, mit dem § 862 des zürcherischen Rechtspflege-Gesetzes begründet, **wonach Geistliche, Aerzte und Anwälte als Zeugen nicht über Geheimnisse Zeugnis abzulegen brauchen, die ihnen in ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung anvertraut sind.** Allein das Obergericht hat in längerer Begründung ausgeführt, diese Bestimmung komme hier nicht in Frage. Vielmehr beruhen die bei Preßvergehen aufgestellten besonderen Ausnahmebestimmungen über die Verantwortlichkeit auf der Annahme eines **besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen den dort genannten Personen und dem Verfasser.** Infolge ihrer Stellung als Herausgeber, Verleger oder Drucker erfahren sie den Namen desselben. An diesem Grundsatz ändert der Umstand nichts, daß sie im besonderen Falle den Namen des Verfassers nicht notwendig erfahren haben müssen. **Da nun der Zweck des Gesetzes die Möglichkeit der Wahrung der Anonymität ist, so würde es den Intentionen des Gesetzgebers widersprechen, wenn bei der Nachforschung nach dem Verfasser lediglich der Herausgeber das Zeugnis verweigern, die übrigen subsidiär verantwortlichen Personen zur Zeugnisablegung gezwungen werden könnten. Dadurch würde die Durchführung des Schutzes der Anonymität unmöglich gemacht.**

Wie der Rekursläger Keppler ausführt, sind Zeugnisverweigerung und Uebernahme der Verantwortlichkeit Korrelate. Sobald die Möglichkeit der Verantwortlichkeits-Erklärung vorliegt, ist die Bedingung für die Zeugnisverweigerung gegeben. Auch der Wortlaut des Gesetzes spricht für diese Anschauung, indem jeder der zur Verantwortung kommenden Personen das Recht eingeräumt ist, „das Zeugnis betreffend die vorgehend Verantwortlichen" zu verweigern. Es ist daher als Meinung des Gesetzes der Satz aufzustellen, daß die Uebernahme der Verantwortlichkeit durch den Herausgeber auch die nach ihm eventuell verantwortlichen Personen von der Zeugnispflicht über den Namen des Verfassers befreit. Die Frage nun, ob Oberst Affolter dieser Personenkategorie angehöre, müsse bejaht werden.

Gegen den Entscheid des Obergerichts hat Oberst Keppler durch seinen Anwalt **Kassationsbeschwerde** erhoben; es ist aber kaum zu erwarten, daß das Kassationsgericht anders entscheiden wird, als das Obergericht. Bleibt es bei dessen Entscheid, so ist wenigstens im Kanton Zürich der unmoralische Zeugniszwang für die Presse aus der Welt geschafft und damit der Anfang zum Ende eines groben Unfugs im allgemeinen gemacht. —

Frankreich.

Auf dem Kongreß der Radikalen in Marseille ging es äußerst stürmisch zu. Ueber die vom Vorstand eingebrachte Tagesordnung, worin der

Ministerpräsident Combes und der Marineminister Pelletan beglückwünscht werden sollten, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Schließlich wurden drei Tagesordnungen angenommen. In der ersten derselben drückt der Kongreß dem Kabinett das Vertrauen aus und beglückwünscht es zu seiner Politik; die zweite drückt ihm lediglich das Vertrauen aus, während die dritte vom Kabinettschef Vorbereitungen verlangt zur Trennung von Kirche und Staat, sowie zur Abschaffung des Fallourschen Unterrichtsgesetzes. —

Belgien.

Der „Petit Bleu" behauptet, die Versöhnung und Wiedervereinigung der sächsischen Kronprinzessin Luise mit ihrem Manne stehe in naher Aussicht. Dieselbe wäre schon lange vor sich gegangen, wenn nicht der König von Sachsen bisher stets Widerstand geleistet hätte. —

Dänemark.

Der Militarismus. Bei den großen Manövern, die dieser Tage auf Seeland stattgefunden haben, sind die Soldaten Anstrengungen und Strapazen ausgesetzt worden, die alles übertreffen, was man bisher in Dänemark gewohnt war. Was konservative Minister jemals den Soldaten zu bieten wagten, wird als Spielerei im Vergleich mit dem bezeichnet, was jetzt der liberale Kriegsminister Madsen ihnen zumutete. Viele Soldaten blieben auf den Märschen liegen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Das Garnison-Krankenhaus zu Næstved war an vielen Tagen überfüllt von kranken Soldaten. Tagtäglich wurden Kranke nach Kopenhagen geschickt, an einem Tage sogar über 200. Trotz der unmenschlichen Anstrengungen auf Märschen und Uebungen in aufgeweichtem Terrain war nicht einmal für gute Verpflegung der Truppen gesorgt. In mehreren Fällen mußte die Mannschaft stundenlang Hunger leiden, in einem Falle sogar anderthalb Tage. Zudem hat der Kriegsminister ein neues System der Einquartierung ausprobiert, das sich offenbar recht wenig bewährt hat. Auf Order des Ministers wurde den Bewohnern erst im letzten Augenblick mitgeteilt, daß sie Einquartierung erhielten, und dabei wurde so unverständig vorgegangen, daß einzelne Bauernhöfe ganz verschont blieben, während man kleinen Leuten und Handwerkern einen Haufen von Soldaten auf den Hals schickte, die sie mit bestem Willen nicht unterbringen konnten. Die Bevölkerung ist entrüstet über diese Vorgänge.

Wie ermattet und erschöpft die Truppen sind, geht daraus hervor, daß die große Königsrevue, die am Mittwoch bei Ringsted stattfinden sollte, abgesagt worden ist. Allerdings meldete Ritzaus Bureau, der „aufgeweichte Zustand der Wiesen" wäre der Grund dieser auffallenden Maßnahme. Im Regierungsorgan „Dannebrog" wird jedoch mitgeteilt, daß der König selbst die Absagung der Revue gewünscht habe, nachdem er erfahren hätte, welche Strapazen die Soldaten in den letzten Tagen bei dem kalten, feuchten Wetter durchmachen mußten. Danach muß man annehmen, daß der übereifrige Kriegsminister die Truppen in einen solchen Zustand gebracht hat, daß sie nicht mehr im stande sind, eine Parade mitzumachen. —

England.

Das neue Kabinett und der Schutzzoll. In einer Rede, welche Handelsminister Gerald Balfour in Leeds hielt, führte er aus, die vorzugsweise Behandlung der Kolonien sei aus dem offiziellen Programm fortgelassen worden, weil sie die Besteuerung von Rohmaterialien und Lebensmitteln mit sich bringen würde, die das Land nicht dulden würde. Die Erwähnung des Rohmaterials in dieser Beziehung ist bezeichnend im Hinblick auf die Ansicht Chamberlains, daß es möglich sei, den Kolonien annehmbare Vorteile zu gewähren, ohne das Rohmaterial zu besteuern. Gerald Balfour erklärte in seiner Rede ferner, obgleich der Schutzzoll keinen Teil des Regierungs-Programmes bilde, würde sich die Lage möglicherweise ändern, wenn Chamberlain seine missionarischen Bestrebungen, die er so glänzend begonnen habe, vollendet habe, die Regierung sei aber verpflichtet, keine finanzielle Reform einzuführen, bevor sie sich an das Land gewandt habe. —

Die Vereinigung der Bergarbeiter von Großbritannien nahm in einer zu Glasgow abgehaltenen Versammlung mit 89 gegen 5 Stimmen einen Beschlußantrag an, der sich gegen die von Chamberlain vertretene Politik richtet. Die Delegierten vertraten 347 000 Bergarbeiter. —

Arbeiterkandidaten. Unter starker Beteiligung von Delegierten der Arbeiter Mittel-Englands fand am 3. Oktober in Birmingham ein Kongreß statt, auf dem die beste Agitationsmethode besprochen wurde, Arbeiterkandidaten ins Parlament und in die Gemeindevertretung zu bringen. —

Rußland.

Die Gerichtsverhandlungen in der Kischinew-Angelegenheit werden nach einer „Standard"-Meldung aus Odessa Mitte November in Tiraspol beginnen. Die Anklageschrift füllt 400 enggeschriebene Folioseiten. Die Angeklagten sind auf Grund der Feststellungen der Untersuchungsrichter in 22 Gruppen je nach der Schwere ihrer Vergehen eingeteilt. Von den 350 Angeschuldigten sitzen nur 70 im Gefängnis, die andern sind gegen Bürgschaft freigelassen worden. Die Verhandlung dürfte 12 bis 15 Tage dauern. —

Podwoloczyska, 9. Oktober. Eine mit dem Eilzug hier eingetroffene junge Dame wurde von russischen Gendarmen verhaftet, weil in ihrem Besitze zahlreiche socialistische Flugschriften und Broschüren gefunden wurden. Sie wurde nach Petersburg gebracht. —

Eine erfundene Attentatsmeldung. Nach einem bürgerlichen Blatt hatten wir gestern die Nachricht gebracht, daß die „Iskra" den Eisenbahnunfall des Ministers Plehwe als versuchtes Attentat dargestellt habe.

Demgegenüber sei festgestellt, daß die „Iskra" bis jetzt noch kein einziges Wort über den Eisenbahnunfall Plehwes gebracht, geschweige denn denselben als Attentatsversuch charakterisiert hat. Es handelt sich also wahrscheinlich um eine dreiste Erfindung irgend eines Scharfmachers, deren Opfer neben dem „Vorwärts" auch linksstehende bürgerliche Blätter geworden sind. —

Asien.

Die Nichträumung der Mandschurei. Am 8. Oktober sollte nach den Versprechungen Rußlands die Räumung der Mandschurei erfolgen. Wie es seine Zusage einlöst, beweist folgender Bericht des „Reuterschen Bureaus" aus Tientsin von gestern: Die Russen haben bis jetzt keine Schritte gethan, die Verwaltung von Niutschwang China wieder zu überlassen, sie errichten dort vielmehr mit großem Eifer umfangreiche Regierungsgebäude. Die Beamten sprechen davon, daß diejenigen Punkte in der nördlichen Mandschurei, von denen bereits Besitz ergriffen ist, dauernd besetzt gehalten werden sollen. Der als Vicekönig fungierende Statthalter Admiral Alexejew leitet die gemeinsamen Manöver des Heeres und der Marine, die in großem Stile in der Nähe von Port Arthur abgehalten werden und an denen in der letzten Woche 90 Schiffe teilnahmen. —

Australien.

Das Repräsentantenhaus von Neu-Seeland nahm, wie den „Times" aus Wellington gemeldet wird, mit 41 gegen 23 Stimmen ein Gesetz über den Küstenhandel an. Dasselbe bezweckt, die Schiffe der fremden Länder, welche der englischen Schiffahrt eine unterscheidende Behandlung zu teil werden lassen, von der Beförderung von Frachten und Passagieren zwischen den neuseeländischen Häfen auszuschließen. Das Gesetz soll auch Anwendung auf den Handel zwischen Neuseeland und Australien oder andren britischen Besitzungen finden, vorausgesetzt, daß diese ein ähnliches Gesetz einführen. Der Führer der Opposition sprach sich sehr entschieden gegen die Bestimmung aus, wonach fremde Schiffe, die gegen das Gesetz verstoßen, beschlagnahmt und verkauft werden sollen. Das Gesetz bedarf noch der königlichen Genehmigung. Der Premierminister Seddon deutete noch an, die Regierung beabsichtige, ein Gesetz vorzuschlagen, welches die britische Tiefladelinie für ausländische Fahrzeuge für obligatorisch erklärt. —

Landtagswahl.

Im Wahlkreise Teltow-Beeskow ist in einer Vertrauensmänner-Sitzung der Freisinnigen Volkspartei die Kandidatenfrage endgültig geregelt worden. Gemäß dem Kompromiß mit den Nationalliberalen wird nur ein freisinniger Kandidat aufgestellt. Nachdem Dr. A. Bernstein infolge der Zwistigkeiten mit der Parteileitung entschieden abgelehnt hatte, wurde Justizrat Reinbacher aufgestellt. Ein Teil der Vertrauensmänner, die unbedingt die Kandidatur Bernstein vertraten, erklärten nunmehr verdrossen, keinen Finger für die Landtagswahlen mehr rühren zu wollen.

Die „Vossische Zeitung" schreibt zu unsrer Notiz über die Stellungnahme der ostpreußischen Genossen: „Er (der „Vorwärts") ist recht bescheiden geworden für seine Verhältnisse". Mit Verlaub, wir haben unsre Stellung um keines Haares Breite geändert. Am 1. September z. B. schrieben wir, ebenfalls zur Information der „Voss. Ztg.", die etwas begriffsstutzig zu sein scheint: Wir wiederholen stets und stets, was schon in der Berliner Resolution vom 27. April ausgesprochen ist, daß Abmachungen über das Verhalten unsrer Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl erst nach dem Bekanntwerden des Urwahlergebnisses stattfinden sollen. Das Einzige, was wir den Parteien, die auf unsre eventuelle Unterstützung in Wahlkreisen mit mehr als einem Abgeordnetenmandat rechnen, immer wieder und zwar notwendigerweise schon jetzt zurufen, ist, daß sie bei Aufstellung ihrer Wahlmannskandidaten darauf achten, daß diese unabhängig genug sind, um gegebenenfalls auch für einen Socialdemokraten stimmen zu können. Solche liberalen Wahlmannskandidaten werden auch von unsrer Seite bei Stichwahlen in der Urwahl unterstützt werden, wenn der socialdemokratische Kandidat ausgefallen ist."

Wir freuen uns, daß die „Vossische Zeitung" jetzt zur Erkenntnis gekommen ist, daß unsre Forderung bescheiden und unschwer zu erfüllen ist. Hoffentlich werden ihre Parteifreunde entsprechend dieser Erkenntnis handeln.

Achtung Parteigenossen!

Am Dienstag, den 13. Oktober, finden in Berlin 16 Protest-Versammlungen gegen die Ansetzung der Wahlzeit zum preußischen Landtag auf 2 Uhr nachmittags statt.

Es wird ersucht, bei Ansetzung von Versammlungen darauf Rücksicht zu nehmen.

Nach dem Parteitage.

Die Breslauer Versammlung verlief sehr ruhig, obwohl an der Haltung des Parteiblattes und der Abstimmung der Delegierten auf dem Parteitage Kritik geübt wurde. So behauptete Zimmer, die „Volkswacht" werde einseitig redigiert, während Fischer, obwohl er im allgemeinen mit den Leitartikeln einverstanden ist, in einzelnen Notizen eine Verletzung des Parteistandpunktes gefunden hat. So sei z. B. geschrieben worden, es sei zu hoffen, daß v. Gerlach noch einmal den Weg zur Socialdemokratie finde. Schlegel wandte sich gegen verschiedene Artikel des Blattes zu den schwebenden Parteifragen und sagte, es seien den Gegnern damit Waffen geliefert worden. Auch bei den Genossen in der Provinz Schlesien habe Entrüstung über die Artikel geherrscht. Im übrigen drehte sich die Diskussion um die Frage, ob der Klassenkampf mildere oder schärfere Formen angenommen habe. Alle Redner sprachen den Wunsch aus, daß der Streit jetzt beendet werden solle. Schließlich wurden vier Resolutionen angenommen folgenden Inhalts:

1. Die heutige Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins mißbilligt die Art der Mandatsbeschaffung für den Genossen Bernhard zum Parteitage auf das entschiedenste.

2. Die heutige Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins erklärt sich im Gegensatz zu ihren Delegierten mit der auf dem Parteitage gefaßten Resolution einverstanden.

3. Die heutige Versammlung des socialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend erklärt sich mit den auf dem Dresdener Parteitage gefaßten Beschlüssen, besonders mit der Resolution Bebel, Singer, Kautsky in allen Punkten einverstanden, bedauert jedoch die heftigen persönlichen Debatten. Die Versammlung verurteilt die Ansichten der sogenannten Revisionisten als den Interessen der socialdemokratischen Wählerschaft zuwiderlaufend.

4. Die Breslauer Genossen teilen nicht in allen taktischen Fragen die Ansicht ihres Abgeordneten Bernstein, haben aber nach seinem Artikel in der „Volkswacht", in dem er die Parteibeschlüsse als Gesetz anerkennt, keine Ursache, ihm das Vertrauen zu entziehen.

Im socialdemokratischen Verein in Karlsruhe wurde das Verhalten des Delegierten Kolb auf dem Parteitage und seine Berichterstattung über den Parteitag von verschiedenen Rednern getadelt. Eine Resolution, die diesen Tadel zum Ausdruck brachte, wurde abgelehnt, angenommen wurde gegen 15 Stimmen folgende Resolution:

„Die Karlsruher Parteigenossen erklären sich mit der Thätigkeit ihres Delegierten auf dem Parteitage einverstanden, nachdem derselbe erklärt hat, daß er nur deshalb gegen die Resolution betreffend die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern gestimmt habe, weil dieselbe zu dehnbar sei.

Im weiteren protestieren die Parteigenossen dagegen, daß man die Zeit des Parteitages so unnütz verschwendete. Der Parteivorstand hätte die strittigen Fragen vorher besser regeln sollen. Die Karlsruher Parteigenossen sind der Meinung, daß das Vertrauen, welches die socialdemokratischen Wähler am 16. Juni der Partei entgegengebracht haben, von den Führern besser ausgenutzt hätte werden sollen, indem man mehr die Arbeiterfragen diskutierte.

Die Karlsruher Parteigenossen hoffen, daß der Streit unter den Genossen nun bald ein Ende nimmt, und sehen nur im Klassenkampf das vorwärtstreibende Mittel, um ihre Ziele zu verwirklichen."

Der „Volkswille" in Hannover schreibt:

„Uebereilt wäre es, schon heute über die von Harden so schwer beschuldigten Genossen den Stab zu brechen. Steht doch Behauptung gegen Behauptung, und wir haben keine Veranlassung, den Angaben Hardens, der in unerhörter Weise auch den Genossen Bebel beschimpfte, mehr Glauben entgegen zu bringen als den eignen Genossen. Allerdings, das eine scheint fest zu stehen: die von Harden der Unwahrheit bezichteten Genossen haben in einer Weise mit ihm verkehrt, für welche uns das Verständnis abgeht, und welche wir für unmöglich gehalten. Dieser Teil des Streites macht die Einsetzung eines Schiedsgerichts notwendig, das nur auf Grund von Thatsachen seinen Spruch fällt."

Im übrigen mahnt das Blatt zur Einstellung des Streites.

Die „Schwäbische Tagwacht" tritt in einem Artikel den Wünschen entgegen, die zur Umkehr in dem Streite mahnen, der sich an die Angelegenheit mit der „Zukunft" anknüpft. Der gegenwärtige Kampf sei ein Kampf um die Reinlichkeit der Partei und könne ihr keinen Schaden bringen. Vorher sagt sie:

„Die Männer, die in Dresden mit sittlichem Pathos Mehring anklagten, Herrn Harden Material zu einer Polemik gegen Schoenlank angeboten zu haben, sie waren sich selbst schlimmerer Handlungen bewußt: sie standen zur Zeit, als in der Partei der heftigste Kampf um die Mitarbeit an der „Zukunft" tobte, mit deren Herausgeber in engster Verbindung, suchten ihn zu einem Prozeß gegen den Parteigenossen Mehring anzureizen, ließen sich die Waffen von ihm liefern zu einer persönlichen Hetze, intriguierten bei dem gehässigen politischen Gegner gegen eine Reihe von Parteimitgliedern und vertrauten ihm Dinge an, über die ein gewissenhafter Parteigenosse mit einem Außenstehenden nicht spricht. Es ist daher selbstverständlich, daß Hardens Enthüllungen, wie die „Wiener Arbeiterzeitung" richtig sagt, „die Empfindungen aller Parteigenossen aufs tiefste verletzen und die Stimmung sehr zu Ungunsten der eifrigen Korrespondenten Hardens einnehmen müssen."

Aus dem Harburger Parteiblatte citieren wir nach andren:

„Der Kelch der Hardenschen Enthüllungen ist noch nicht erschöpft, obwohl es gerade genügt, was er bisher über die ihm nahestehenden Bannerträger des Revisionismus ausgegossen hat. Für die Partei entsteht nunmehr die Aufgabe, reinen Tisch zu machen. Mit dem Gefühl der Genugthuung, daß die ekelhafte Eiterbeule am Körper der Partei noch rechtzeitig genug geplatzt ist, ehe sie weiteres Unheil herbeiführte, paart sich das in jedem ehrlichen Parteigenossen auftauchende Gefühl des Widerwillens, weiterhin mit Genossen dieser Art Hand in Hand gehen oder sich gar von ihnen „führen" lassen zu müssen. Das Partei-Schiedsgericht wird zu sprechen haben; möge es keine Milde walten lassen."

Der Redakteur der „Mainzer Volkszeitung", E. Mendel, fügt der Erklärung Stadthagens einige Bemerkungen an, aus denen hervorzuheben ist die Bestätigung, daß David nichts mit den beanstandeten Notizen des Blattes zu thun hat. Mendel bedauert die scharfe Form seiner Notiz gegen Stadthagen ꝛc. Zum Schluß schreibt er:

„Was die in der Erwiderung Stadthagens erwähnte Angelegenheit der Zolltarif-Kommissionsberichte anlangt, so kann ich hier erklären, daß mich absolut kein Vorwurf treffen kann, da ich nichts Unehrenhaftes gethan habe. Ich bin gern bereit, an zuständiger Stelle hierüber Rede und Antwort zu stehen."

In der „Chemnitzer Volksstimme" setzt Göhre die Beweggründe seiner Mandatsniederlegung auseinander. Er sagt, daß kühle Erwägung ihn zu diesem Schritte veranlaßt habe. Er legt dar, wie schon bald nach seiner Proklamierung als Kandidat vor drei Jahren die Angriffe auf ihn begonnen hätten, die zunächst auf der sächsischen Landesversammlung 1901 zu schweren Vorwürfen geführt hätten. Er habe sich damals im Verein mit dem Vertreter des Kreises, Semmler, energisch gewehrt und nachgewiesen, daß die Angriffe gegen ihn grundlos seien. Die Vorwürfe gingen aber ruhig weiter und erhoben sich bei jeder Gelegenheit, sobald er etwas Selbständiges that oder schrieb. Nach dem siegreichen Wahlfeldzuge glaubte er, das Mißtrauen beseitigt zu haben. Dann die Angriffe Bebels auf dem Parteitage und daran anknüpfend von allen Seiten Angriffe. Seine Verteidigung dann gegen Harden sei erfolglos gewesen, niemand habe danach eine Verteidigung seiner Person unternommen mit Ausnahme der „Chemnitzer Volksstimme".

Göhre wendet sich dann zu dem gegen seinen Schritt gemachten Einwande, daß er seinen Wahlkreis hätte befragen müssen, und verweist demgegenüber darauf, daß Heine das ja gethan habe, man ignoriere aber das Vertrauensvotum des Kreises. So wäre es ihm und dem 15. sächsischen Wahlkreise wahrscheinlich auch ergangen. Als letzten Grund, den er als durchschlagend bezeichnet, führt er aus:

„Das Wohl und die Zukunft des Wahlkreises selbst verlangten, ebenso wie die Rücksicht auf mich und die Gesamtpartei, die Ausführung meines Schrittes. Man erinnere sich doch, wie unsicher und heißumstritten gerade unser Wahlkreis seit jeher ist, und wie skrupellos unsre Gegner (siehe „Mittweidaer Tageblatt"!) zu kämpfen pflegen. Blieb ich jetzt Abgeordneter, holte ich mir aus dem Kreise ein Vertrauensvotum und ließ im übrigen den Sturm sich austoben, so war der Wahlkreis beim nächsten Wahlkampf entweder von vornherein wieder verloren oder doch aufs ärgste gefährdet. Denn die Gegner brauchten ja nur die Reden Bebels gegen mich aus dem Dresdener Parteitagsprotokoll sowie Auszüge aus den Versammlungsberichten und Beschlüssen der letzten Wochen abzudrucken (z. B. Pankow, wo beschlossen wurde, mein Verhalten sei eines Parteigenossen unwürdig!) und ich war das nächste Mal als Kandidat so gut wie geliefert. Alles Protestieren, aller Hinweis auf das Vertrauensvotum hätte dann nichts oder so gut wie nichts genützt; man hätte nur höhnisch daraus gefolgert, daß dann eben auch die Genossen des Kreises dieselbe Charakteristik wie ich, ihr Kandidat, verdienten. Ich war mit einem Wort für das nächste Mal geächtet und unmöglich, der Wahlkreis selbst aber infolgedessen aufs äußerste gefährdet. Dem ist mit meinem jetzigen Schritte die Spitze abgebrochen. Gewiß, ich bin getroffen. Aber der Wahlkreis steht nun unantastbar und unangreifbar da. Und erst recht, weil ich ihn vorher nicht durch ein Wort von meinem Beschluß unterrichtet habe. Hätte ich's gethan und dann erst den unerschütterlich feststehenden Beschluß ausgeführt, so hätten die Gegner mit dem Scheine des Rechts von abgekarteter Sache und von Komödiespiel — ein Wort, das ja ohnehin jetzt parteifähig geworden ist — im Wahlkreise reden können. Auch das ist jetzt unmöglich. Und auch mir selbst gegenüber hat der Kreis jetzt viel freiere Hand als sonst. Er kann sich mit Recht als von mir überrascht, vor den Kopf gestoßen erklären; er hat durch diese von mir geschaffene vollendete Thatsache nicht die geringste Verpflichtung mehr gegen mich, und kann nunmehr einem Würdigeren, Verdienteren und Aelteren aus der Partei die Kandidatur antragen. Die Bahn ist — für den Wahlkreis — frei und rein und eben geblieben, und niemandem, wer es auch sei, wird es jetzt mehr gelingen, ihn der Partei wieder verlustig gehen zu machen."

* * *

In der „Zukunft" wird ein Brief veröffentlicht, den Rechtsanwalt Victor Fränkl an den Herausgeber dieser Zeitschrift, Herrn Harden, gerichtet hat. Der Briefverfasser schreibt, er erachte es als seine Pflicht, zu erklären, „daß die Entschließung des Parteitages in Bezug auf die Mitarbeiterschaft an bürgerlichen Zeitschriften, insbesondere der „Zukunft", als eine im höchsten Maße verfehlte und darum bedauerliche bezeichnet werden muß". Victor Fränkl unternimmt weiter eine Begründung seiner Ansicht.

* * *

Wir werden vom Genossen Heinrich Braun um folgende Mitteilung ersucht:

Die „Neue Gesellschaft", Socialdemokratische Wochenschrift, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, stellt vorläufig ihr Erscheinen ein. Sie wollte dazu mitwirken, daß die praktischen Aufgaben, vor denen die Partei steht, mit gesteigerter Energie in Angriff genommen werden. Seit Dresden aber hat sich innerhalb der Partei eine solche Summe von Mißtrauen, Mißverständnissen, gehässigen Verfolgungen angesammelt und insbesondere auch gegen die „Neue Gesellschaft" und ihren Herausgeber gekehrt, daß unter diesen Umständen die Arbeit der Wochenschrift unfruchtbar bleiben muß. Sie vertagt deshalb ihr weiteres Erscheinen bis zu dem Zeitpunkt, in dem wieder normale Verhältnisse herrschen werden und sie auf eine unbefangene Beurteilung rechnen darf.

Partei-Nachrichten.

Parteipresse. Die „Brandenburger Zeitung" hat so erfreuliche Fortschritte gemacht, daß sie jetzt täglich mindestens 6 Seiten stark erscheinen wird. In der Druckerei des Blattes ist eine Linotype aufgestellt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Danziger Polizei-Kriegsschauplatz.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir über den fehlgeschlagenen Kampf gegen die Frau Juliana Berger als der Besitzerin des einzigen Lokals, welches der klassenbewußten Arbeiterschaft Danzigs zur Verfügung steht. Das letzte, was wir dazu mitteilen konnten, war die Aufhebung der Herabsetzung der Polizeistunde auf 8 Uhr durch das Ober-Verwaltungsgericht. Aus der Zeit der der frühen Polizeistunde stammten nun verschiedene Strafverfahren gegen Frau Berger wegen Uebertretung der Polizeistunde. Um dem Polizeischlage zu begegnen, wurde das Lokal für verschiedene Abende

an die einzelnen Gewerkschaften und den socialdemokratischen Verein zu Versammlungen und „Zahlabenden" vermietet. — Nachdem das Schöffengericht Frau Berger zu 240 Mark verurteilt hatte, änderte das Landgericht dies Urteil ab und verurteilte Frau Berger nur zu 40 Mark wegen Uebertretung der Polizeistunde in vier Fällen, und zwar wegen der „Zahlabende". Diese wurden als öffentliche Zusammenkünfte angesehen, weil sie in dem Raume von mehreren Gewerkschaften zugleich abgehalten wurden, wenn auch von jeder an einem besonderen Tische. Für diese Zusammenkünfte sei die Polizeistunde maßgebend, denn die Versammelten in ihrer Gesamtheit habe ein einiges Band nicht umschlungen. — Hinsichtlich der Versammlungen des Wahlvereins und verschiedener Gewerkschaften, von denen jede an einem andren Tage stattfand und nur für Mitglieder, abgesehen von einzelnen Gästen, bestimmt war, erfolgte Freisprechung. Hier habe, meinte das Landgericht, in jedem einzelnen Falle eine geschlossene Gesellschaft Zusammenkunft gehabt, wofür die Polizeistunde nicht maßgebend sei. Das Kammergericht als Revisionsinstanz bestätigte das Urteil des Landgerichts.

— **Wegen Ungehorsam gegen die Anordnungen eines Gendarmen** hatten sich im Tilsiter Kreise 37 Genossen vor dem Amtsgericht in Heinrichswalde am 1. Oktober zu verantworten. Diese Genossen sollen am 15. Februar dieses Jahres in Neukirch eine „Versammlung" abgehalten haben, die sie nicht bei der Polizei angemeldet hatten. Ein Gendarm, der zufällig hinzukam, versuchte die Versammlung aufzulösen, und hierbei sollen die Genossen „ungehorsam" gewesen sein. Sie sollen die Befehle des Gendarmen nicht ausgeführt haben. Die 37 Genossen hatten deshalb Strafmandate in Höhe von 15 bis 50 M. erhalten, gegen die sie natürlich Berufung einlegten. Vom Heinrichswalder Amtsgericht wurden 34 Genossen freigesprochen, und die Genossen Mertins-Tilsit, Gesebus-Neukirch und Hofer-Groß-Skeisgirren wurden zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil ist natürlich Berufung eingelegt worden.

„Ein socialdemokratischer Bauernschinder." Unter dieser anmutigen Spitzmarke erschien während der letzten Reichstags-Wahlbewegung in dem antisemitischen „D. Volksbl." in München ein Artikel, in dem fürchterliche Räubergeschichten von unserm Genossen, dem bayrischen Landtags-Abgeordneten Dr. v. Haller, erzählt wurden. Dieser spiele sich in seiner am Ammersee gelegenen Besitzung als den feudalen Herrn auf, der den hartköpfigen Bauern klar machen werde, welcher Unterschied zwischen ihm, dem hochmögenden Herrn, und den einfachen Landleuten bestehe. Haller schikaniere die Bauern, verbiete ihnen die Benutzung eines über seine Grundstücke führenden Weges usw. Genosse Haller strengte gegen den Herausgeber des „D. Volksblattes", den Redakteur Wenng, Beleidigungsklage an, die am Donnerstag vor dem Schöffengericht in München verhandelt wurde und deren Ausgang wir schon gestern kurz meldeten. Wenng versuchte den Wahrheitsbeweis anzutreten, der ihm indessen geradezu kläglich mißlang. Er wurde wegen zweier Vergehen der Beleidigung zu 80 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, der Kläger habe sich völlig korrekt und einwandfrei benommen, weshalb die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unberechtigt seien. Für Wenng fiel strafmildernd ins Gewicht, daß er falsche Informationen erhalten hatte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Metallarbeiter.

Nachdem gestern die erste Unterstützung an die Ausgesperrten ausgezahlt worden ist, hat sich nunmehr auch die genaue Zahl derselben feststellen lassen. Ausgesperrt sind demnach insgesamt, einschließlich der unorganisierten, 2483 Arbeiter und Arbeiterinnen. Nicht mit eingerechnet sind in diese Zahl natürlich die Streikenden sowie die ca. 500 Arbeiter, die im Laufe dieser Woche bereits wieder angefangen haben, weil deren Arbeitgeber sich nicht weiter an der Aussperrung beteiligen wollten. Dies sei festgestellt gegenüber den unwahren Angaben gewisser Scharfmacherblätter, die augenscheinlich ein Interesse daran haben, die Aussperung umfangreicher erscheinen zu lassen, als sie es in Wirklichkeit ist. Wurde doch von jener Seite die Zahl der Ausgesperrten auf 9000 bis 10 000 angegeben. Da auch der Metallarbeiter-Verband anfangs einen erheblich größeren Umfang der Aussperrung erwartet hatte, so war seinerseits von vornherein die auszuzahlende wöchentliche Unterstützungssumme auf ca. 80 000 Mark veranschlagt worden. Dieser Betrag wird jetzt aber bei weitem nicht erreicht, wodurch der Verband in die Lage versetzt ist, die Aussperrung ohne Schwierigkeit noch eine Anzahl Wochen länger auszuhalten, als es auf Grund der ersten Abschätzungen zu erwarten stand.

In der gestrigen Streikversammlung der Metalldrücker wurde folgender Antrag der Lohnkommission einstimmig angenommen:

„Die streikenden Berliner Drücker verpflichten sich, so lange der Streik dauert, Berlin nicht zu verlassen und in der Provinz keine Arbeit anzunehmen."

Dieser Beschluß wurde deswegen gefaßt, weil von verschiedenen Seiten versucht wird, außerhalb Berlins Streikarbeit anfertigen zu lassen, und da man dort keine geeigneten Arbeitskräfte hat, solche aus den Reihen der Streikenden zu beziehen. Diese Versuche sind bis jetzt erfolglos geblieben und die Streikenden haben selbstverständlich auch gar keine Lust, dabei mitzuwirken, daß die betreffenden Zweige der Metallindustrie aus Berlin verdrängt werden. Uebrigens wird von den Kollegen in der Provinz selbst streng darauf geachtet, daß keinerlei Streikarbeit gemacht wird. Im Stand der Bewegung ist auch jetzt noch keine wesentliche Veränderung eingetreten. Mehrere Arbeitgeber haben in letzter Zeit an einzelne ihrer Ausgesperrten geschrieben, sie möchten wieder zur Arbeit kommen. Es liegt für die betreffenden Arbeiter kein Grund vor, dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten. Nur die Streikenden gehen unter keinen Umständen wieder in den Betrieb, bevor nicht der Tarifvertrag unterschriftlich anerkannt ist. — Es zeigte sich im Verlauf der Versammlung, daß die streikenden Drücker in keiner Weise durch die Dauer des Streiks wankelmütig geworden sind, sondern in dem Bewußtsein, daß so wichtige und gründliche Forderungen wohl mit Notwendigkeit einen langen Kampf hervorrufen mußten, ebenso wie die Gürtler darauf vorbereitet sind, noch wochenlang im Kampfe auszuharren, zumal da die Kühnemänner alles aufbieten, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

Nächste Drückerversammlung am Montag.

Schmerzhafte Wohlthätigkeit oder Nehmen ist seliger als Geben!

Die Differenzen in der Stockfabrik von Schmeling u. Barta, über welche unsre Leser bereits durch eine Veröffentlichung der zuständigen Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes in der gestrigen Nummer unterrichtet sind, hat eine eigentümliche Vorgeschichte. In Weißensee ist entweder im Anschluß an die jüdische Gemeinde oder als selbständiges Unternehmen eine Anstalt errichtet worden zu dem Zweck, arbeits- und existenzlosen Glaubensgenossen eine Unterkunft und Nahrung zu bieten. Soweit Arbeit seitens der Kolonie beschafft werden kann, sind die Insassen zur Arbeit verpflichtet. Nach dem Statut muß jeder Eintretende sich für mindestens 13 Wochen verpflichten, aber niemand darf länger als 1 Jahr der Anstalt angehören. Die Arbeitszeit ist eine 11½stündige mit 2 Stunden Pausen. Die Woche wird 5 Tage gearbeitet, der Sonnabend ist Ruhetag. Der Verein oder die dort Arbeit ausführenden Firmen zahlen pro Insasse 70 Pf. für Kost und Logis an die Anstalt. Es wird ein Arbeitspensum festgesetzt, und soll der Betrag der Arbeit, welcher mehr geleistet wird, den Arbeitern gespart und beim Austritt aus der Anstalt ihnen ausgezahlt werden. Soweit gut und schön. Erfahrungen eigner Art sind aber in der Stockfabrikation, soweit für diese Industrie in der Anstalt gearbeitet wird, gemacht worden. Bisher wurden dort nur Unterstöcke, sogenannte Schüsse, angefertigt. Für diesen Artikel wurden in der Anstalt 1,50 M. Arbeitslohn gezahlt. Ein Unternehmer, der denselben Artikel von freien Arbeitern anfertigen ließ, bezahlte dafür 2,30 M., und trotzdem konnte nur ein Wochenverdienst von 14—18 M. erzielt werden. Nachdem der bisherige Unternehmer die Fabrikation aufgegeben, hat jetzt die Firma Schmeling u. Barta, Rixdorf, Thüringerstr. 18, nach eigner Aussage der Firmeninhaber, dort eine Anzahl Arbeiter „gekauft". In welcher Weise die unglücklichen Anstaltsinsassen ausgebeutet werden sollen, dafür folgendes Beispiel: Am Montag dieser Woche wurde für diese Firma begonnen zu arbeiten. Sie entlohnt eine Arbeit in ihrem Betriebe mit 1,50 M., in der Anstalt mit 0,60 M. Wenn derartige Abzüge gemacht werden, stellt sich der Artikel 50—75 Pf. im Arbeitslohn billiger, wie der der Konkurrenz. Dadurch wird eine bisher beispiellose Schmutz- und Schleuderkonkurrenz großgezogen. Eine Industrie, in der 500—600 Arbeiter allein in Berlin beschäftigt werden, wird durch eine derartige Fabrikationsweise an den Rand des Abgrundes gebracht.

So sieht man, wie ein an sich humanes Unternehmen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zum Schaden der Arbeiter ausschlagen kann. Selbstverständlich werden die im Holzarbeiter-Verbande organisierten Stockarbeiter den Kampf gegen die Firma Schmeling u. Barta in voller Schärfe aufnehmen, um diese Rücksichtslosigkeit der Unternehmer zurückzuweisen.

Achtung, Glaser! Die organisierten Glaser haben in der Mittwoch-Versammlung beschlossen, die Sperre über die nicht tariftreuen Firmen aufzuheben, gleichzeitig aber der Schlichtungs-Kommission aufgegeben, mit den Kommissionsmitgliedern der Unternehmer von neuem zu verhandeln. Die Herren haben es aber vorgezogen, mit Abwesenheit zu glänzen. Es ist nun Pflicht jedes Glasers, in der Versammlung, welche am Sonnabend in den Industriesälen stattfindet, zu erscheinen. In dieser Versammlung wird über neue Maßnahmen seitens der Gehilfenschaft beraten. Sollte es zum Streik kommen, so seien die Bauhandwerker auf die Annonce am Dienstag aufmerksam gemacht.

Deutsches Reich.

Porzellanarbeiter, Achtung! Wieder stehen die organisierten Porzellanarbeiter einem recht schneidigen Vernichter ihres Verbandes gegenüber und der Kampf, der sich infolge dessen bereits entsponnen hat, droht ein überaus heftiger und hartnäckiger zu werden. In Schlierbach, einem kleineren hessischen Orte bei Wächtersbach, befindet sich die Steingutfabrik des Fürsten von Ysenburg-Büdingen, deren leitender Direktor ein Dr. Ehrlich, früher an der „Union" in Berlin bedienstet, ist. Während in den früheren Jahren die Arbeitsverhältnisse in der genannten Fabrik nur gute zu nennen waren, änderte sich das für die Arbeiter sofort, als vor etwas mehr wie einem Jahre Dr. Ehrlich den Direktorposten dortselbst übernahm. Besonders der Umstand, daß die meisten Schlierbacher Porzellanarbeiter dem Berliner Porzellanarbeiter-Verband — im Gegensatz zum Magdeburger Dreher-Verband (Hirsch-Dunckerscher Richtung) — angehörten, veranlaßte den neuen Direktor zum Vorgehen gegen die organisierten Arbeiter. Mit Versprechungen und Drohungen wollte man die Arbeiter zur Preisgabe ihres Verbandes überreden. Schon in der Wahlbewegung zur Reichstagswahl that Dr. Ehrlich sein möglichstes, um mit der politischen zugleich auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Abbruch zu thun. Es gelang jedoch nicht. Die Zahlstelle in Schlierbach blieb nach wie vor eine der stärksten im Verbande, ja sie wuchs noch zusehends. — Während dessen gingen die Angriffe Dr. Ehrlichs auf den Verband weiter und als vor kurzem einige wegen Umbaues in der Fabrik gekündigt gewesenen Arbeiter wieder eingestellt werden sollten, schloß der Direktor einen Arbeiter, den er der „Hetzerei" im Verbandsinteresse beschuldigte, von der Wiedereinstellung aus, d. h. der Direktor machte dieselbe von dem Austritt des Betreffenden aus dem Verbande abhängig. Das schlug dem Faß den Boden aus. Der größte Teil der Arbeiter erklärte sich mit dem Ausgeschlossenen solidarisch und da trotz vielfacher Bemühungen der Arbeiter der Direktor Ehrlich und der derzeitige Fürst Friedrich Wilhelm eine gütliche Einigung nicht zu stande kommen ließen, legten 305 Arbeiter, darunter 31 weibliche, die Arbeit nieder. Es verließen die Arbeit, auf Grund des Paragraphen 124 Ziffer 4 der Gewerbe-Ordnung, sofort 72 Arbeiter, die übrigen hören am 10. Oktober auf. — Der Kampf wird vom Direktor Ehrlich zu einer Machtfrage gestempelt; denn in einer drei Seiten umfassenden „Erklärung" in dem Unternehmerorgan „Sprechsaal" zeigte der Genannte, daß es ihm vor allen Dingen darum zu thun ist, die „feigen socialdemokratischen Hetzer" nieder zu zwingen und die „alte in der Fabrik seit langem beliebten Schlamperei" durch neuen Blutzufluß, den der Herr Doktor aus den Reihen der Unorganisierten und Hirsch-Dunckerianer ziehen will, zu ersetzen. — Von seiten des Verbandes ist der Kampf frohen Mutes aufgenommen worden. Sämtliche 305 Arbeiter (weiter arbeiten 96, darunter 48 Lehrlinge) sind organisiert. Möge jeder Porzellanarbeiter den Zuzug nach Schlierbach vermeiden!

Ausland.

Das Ende des Genfer Maurerstreiks. Wie aus Genf gemeldet wird, ist der Maurerstreik nach fast vierteljähriger Dauer und nachdem er so gut wie verstumpft schien, nun doch noch mit einem Erfolg abgeschlossen worden. Die Unternehmerorganisation hat folgenden Minimaltarif einstimmig angenommen: 54 Cts. (Forderung der Maurer 55 Cts.) pro Stunde für die Maurer, 42 Cts. (42 Cts.) für die Erdarbeiter, 40 Cts. (40 Cts.) für die Handlanger und 30 Cts. (30 Cts.) für Mörtelträger. Ferner wurde beschlossen, daß Bauunternehmer und Maurerpoliere keine Arbeiterpensionen mehr halten dürfen, die Lohnzahlung alle 14 Tage und zwar am Freitag zu erfolgen hat. Wären diese Konzessionen am 20. Juli gemacht worden, so hätte es den vierteljährigen Streik nicht gegeben, der gewiß alle Beteiligten schwer geschädigt hat. Bemerkenswert ist noch, daß zum erstenmal seit Jahren dieser Streik ohne Militäraufgebot verlief, zweifellos eine Folge der beim Generalstreik vom Oktober 1902 erlebten massenhaften Dienstverweigerung der proletarischen Wehrmänner. Dagegen konnte sich die Genfer Regierung, die zu den schlechtesten Regierungen in ganz Europa gehört, nicht versagen, wiederum in frivolster Weise Massenausweisungen von streikenden Italienern vorzunehmen, trotzdem die Streikenden gute Disciplin und Ordnung bewahrt hatten. Erfreulich ist, daß die raffinierte Gaunerei mit den „Normallöhnen" nun doch erfolglos geblieben und die Bewegung gegen das raffinierte kapitalistische Antistreikgesetz neuerdings in Fluß gekommen ist und wahrscheinlich einen erfolgreichen Verlauf nehmen wird.

Sociales.

Eine Korrektur freisinniger Socialpolitik.

Schon wiederholt haben wir Beispiele von der Hartnäckigkeit angeführt, mit der der aus freisinnigen Größen bestehende Stadtmagistrat Nürnberg in socialpolitischen Dingen den Unternehmerstandpunkt auf Kosten der in Nürnberg so zahlreich vertretenen Arbeiterschaft wahrt. Seit einem vollen Jahrzehnt sind die Arbeiter bestrebt, eine bessere Krankenversicherungs-Form zu erlangen und die Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse durchzusetzen, aber der Magistrat hält krampfhaft an dem reaktionären Gemeindeversicherungs-System fest, weil er die Unternehmer schonen und, was der Hauptgrund für seine Halsstarrigkeit ist, den Arbeitern das Recht nicht zugestehen will, in ihren Versicherungs-Angelegenheiten selbst ein Wort mitzureden, wie es bei einer Orts-Krankenkasse der Fall wäre. Wiederholte Gesuche dieser Art wurden abgelehnt, obwohl die Gemeinde-Krankenkasse dem Stadtsäckel jährlich eine Ausgabe von über 100 000 M. verursacht. Soviel beträgt das jährliche Deficit dieser Kasse, das man fortgesetzt durch Verschlechterung der Leistungen an die Versicherten herabzumindern suchte. Die Bezüge der Aerzte wurden ebenfalls bis auf ein Minimum beschnitten, worunter natürlich auch wieder die Versicherten zu leiden haben. Als das alles nichts half, verfiel man darauf, alle Unternehmer mit einer größeren Arbeiterzahl zur Gründung von Betriebskrankenkassen anzuhalten oder sie zu verpflichten, den Teil des Deficits, der von ihren Arbeitern der Gemeindekrankenkasse verursacht wird, zu tragen. Ein Teil der Unternehmer ging auf die erstere Forderung ein, so daß es jetzt in Nürnberg eine Menge von Krankenkassen giebt, von denen jede einen besonderen Verwaltungsapparat erfordert; der andre Teil der Fabrikanten zog es vor, an dem Deficit zu participieren, aber selbstverständlich wird der auf sie entfallende Betrag auf die Arbeiter abgeladen. Vor wenigen Monaten nun wurde von den Arbeitern wiederum der Antrag auf Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse gestellt, vom Magistrat aber unter den fadenscheinigsten Gründen abermals abgelehnt. Auf die dagegen erhobene Beschwerde hin hat jetzt die mittelfränkische Regierung angeordnet, daß der Magistrat eine Abstimmung unter den Beteiligten zu veranstalten habe, ob sie eine Orts-Krankenkasse wollen. Das freisinnige Stadtväter-Kollegium wird nun die Sache wieder ungeheuer schlau arrangieren, um die Arbeiter trotzdem um ihre Orts-Krankenkasse zu bringen. Das wurde schon vor zehn Jahren einmal gemacht. Man berechnete nämlich auf Grund der Mitgliederlisten der Gemeindekrankenkasse die Zahl der in den Betrieben Nürnbergs beschäftigten Arbeiter einschließlich der Arbeiterinnen und Lehrlinge und ordnete an, daß jeder, der für die Orts-Krankenkasse sei, sich an einem bestimmten Tage in eines der Wahllokale zu verfügen und dort sein „Ja" abzugeben habe. Diejenigen, die nicht abstimmten, wurden einfach als Gegner dieser Versicherungsform gezählt, und so brachte man natürlich eine glänzende „Ablehnung" zu stande. So wird man es wahrscheinlich auch jetzt wieder machen, damit man den Arbeitern keine Rechte einräumen muß, was einem richtigen Freisinnigen ein Greuel ist.

Könnte man übrigens dieses wunderbare Abstimmungsverfahren nicht auch sonst bei Wahlen der Sache der heiligen Ordnung dienstbar machen? Das wäre doch mal ein fruchtbarer Gedanke!

25 Jahre Todesursachen-Statistik.

In dem soeben erschienenen dritten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs, 1903, befindet sich ein von vier Tafeln mit Diagrammen begleiteter Bericht „25 Jahre Todesursachen-Statistik", bearbeitet auf Grund der Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamts und des kaiserlichen statistischen Amts. Er behandelt die Sterblichkeit in den deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern in dem Zeitraum 1877 bis 1901. Diese Städte hatten 1877 7,8 Millionen, 1901 aber 17,5 Millionen Einwohner.

In den deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern starben danach auf 100 000 Einwohner jährlich:

	Im Jahrfünft 1877/81	Im Jahrfünft 1897/1901	Im ersteren Jahrfünft also mal so viel Personen
überhaupt	26,73	20,46	1,3 mal
darunter			
an Pocken	1,5	0,04	37,5 „
„ Unterleibstyphus, gastrischem u. Nervenfieber	43,6	10,4	4,2 „
„ Flecktyphus	2,6	0,06	43,3 „
„ Kindbettfieber . . .	14,4	5,1	2,8 „
„ Masern und Röteln .	27,6	21,3	1,3 „
„ Diphtherie und Bräune	99,8	31,1	3,2 „
„ akut. Erkrankungen der Atmungsorgane einschließlich Keuchhusten	308,6	258,5	1,2 „
„ Lungenschwindsucht .	357,7	218,7	1,6 „
„ in d. Gesamtheit der in dieser Statistik nicht namentlich aufgeführten Krankheiten	1426,7	1129,8	1,3 „

als in dem letzten Jahrfünft 1897/1901.

Wegen unentschuldigter Schulversäumnis ihres Sohnes war die Arbeiterin Th. angeklagt worden. Ihr Mann ist im Zuchthaus und sie mußte, um sich und ihr Kind kümmerlich durchzubringen, schon vor dem Beginn der Schulstunden die Wohnung verlassen. Der Junge benutzte die Gelegenheit und schwänzte mehrmals die Schule. Frau Th. wurde in zweiter Instanz vom Landgericht Halberstadt zu einer Geldstrafe von einer Mark verurteilt, indem das Landgericht 1 M. für die geringste zulässige Strafe erachtete, obwohl die in Betracht kommende Regierungs-Polizeiverordnung 50 Pf. als niedrigste Strafe festsetzt. Begründend wurde noch ausgeführt: Der Fall liege an sich hier recht milde. Eine Freisprechung könne aber nicht erfolgen; wenn Frau Th. so früh weg mußte, dann hätte sie eben dafür sorgen müssen, daß sich irgend jemand darum bekümmerte, daß der Junge zur Schule ging.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Es sei ein Irrtum des Landgerichts, daß 1 M. die zulässig geringste Strafe sei. Wenn die Regierungs-Verordnung als Mindeststrafe 50 Pf. festsetze, dann sei das nicht ungesetzlich. Im übrigen sei die Annahme des Landgerichts bedenklich, daß es sich nur um ein fortgesetztes Delikt handele.

Die Bekämpfung der Wurmkrankheit wird einen Punkt des Programms der Verhandlungen des britischen Bergarbeiterbundes bilden, der gegenwärtig in Glasgow tagt. Die Krankheit, die bekanntlich unter den deutschen Bergleuten, namentlich in Westfalen, sehr verbreitet ist, hat auch in den englischen Bergwerken in der letzten Zeit in besorgniserregender Weise um sich gegriffen, besonders in den Minen von Dalcoath und Camborne (Cornwall). Die Krankheit trat in Cornwall zum erstenmal vor sechs Monaten auf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 9. Oktober. (W. T. B.) Der Neffe und Erbe des Herzogs von Devonshire, Victor Cavendish, ist zum Finanzsekretär des Schatzamts, der Earl of Percy zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen ernannt worden.

Melbourne, 9. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die Politiker aller Schattierungen in Australien zollen Chamberlains meisterhafter Behandlung der handelspolitischen Frage Anerkennung. Sie wünschen alle, die Bande mit dem Mutterlande zu befestigen und die Wechselbeziehungen im ganzen Reiche zu begünstigen. Tiefgehende Unterschiede jedoch bestehen rücksichtlich der Mittel zur Verwirklichung des Planes. Aeußerungen von leitenden Schutzzöllnern weisen darauf hin, daß sie nicht zu materiellen Opfern bereit sind. Es wird besonders hervorgehoben, da, wo die Ausdehnung der Manufakturen und das Aufleben neuer Industrien gefährdet sei, verbiete der Selbstschutz eine Herabsetzung der bestehenden Zölle, wenn diese auch für fremdländische Produkte erhöht werden könnten. Dieses Gefühl wird noch dadurch erhöht, daß die australischen Staaten in der Hauptsache von den Einnahmen aus den Zöllen abhängig seien.

Shangai, 9. Oktober. (W. T. B.) Der amerikanisch-chinesische Handelsvertrag ist gestern mittag, der japanisch-chinesische heute morgen hier unterzeichnet worden. In dem ersteren ist die Oeffnung von Mukden und Antung für fremden Handel, sowie die Einräumung von internationalen Niederlassungen zugestanden. Der Umfang der Niederlassungen wird durch besondere Vereinbarungen zwischen Amerika und China festgesetzt werden.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW Hierzu 3 Beilagen.

Die „Zukunft“

beendigt in ihrer letzten Nummer die Auseinandersetzungen Hardens über den Dresdener Parteitag. Wir drucken auch diesen Artikel — unter Streichung einiger Wiederholungen — zur Information nachstehend ab:

Bevor ich zum Genossen Bebel zurückkehre, muß ich über die Rechtfertigungsversuche der vier öffentlich von mir der Unwahrhaftigkeit angeklagten Genossen ein paar Worte sagen. Genosse Bernhard bestritt keinen irgendwie wesentlichen Punkt der Anklage und führte als mildernden Umstand nur an, er sei in Dresden „bestürzt“ gewesen und habe nicht die Möglichkeit gefunden, auszusprechen, was er über mich und meine Wochenschrift auf dem Herzen hatte. Das Bewußtsein solcher Verschuldung — die gerade er eignem Wollen, nicht den Umständen zuzuschreiben hatte — hielt ihn aber nicht von dem unanständigen Versuch ab, mich in Nebenpunkten der Lüge zu zeihen. Der Versuch blieb freilich erfolglos. Festgestellt wurde, daß mein Entschluß ihn, wider seinen Wunsch, veranlaßt hatte, in der Parteitagswoche hier keinen Artikel zu veröffentlichen; und ferner, daß ich ihm schon im August geraten hatte, die Mitarbeit an der „Zukunft“, um in der Partei Ruhe zu haben, so schnell wie möglich aufzugeben und sich eine eigne Finanz-Wochenschrift zu gründen, für deren erste und schwerste Lebenszeit ich ihm die Geschäftsräume und den gesamten Apparat meines Verlages unentgeltlich zur Verfügung stellte. Dieses Anerbieten beglückte ihn damals. „Dann kann ich's machen,“ rief er, der vorher über Mangel an Kapital gestöhnt hatte, und bat seine Gattin ins Zimmer, um ihr „Hardens fabelhafte Liebenswürdigkeit“ mitzuteilen. Was er vier Wochen danach in Dresden that und unterließ, habe ich vor vierzehn Tagen erzählt. Genosse Braun, der, nebst seiner Frau, in materiellen und litterarischen Fährnissen eines wirtschaftlich nicht nur der Philistermoral widersprechenden Lebens jahrelang von mir Hilfe erbeten und erhalten hatte, fand es jetzt „unter seiner Würde“, auf meine Anklage präcis zu erwidern, und glaubte, durch groben und gröbsten Schimpf seine Sache bessern zu können. Keine Silbe des in den beiden letzten Heften über ihn Gesagten ist entkräftet worden, konnte entkräftet werden. Doch er stand auf verlorenem Posten, wurde von den eignen Parteigenossen mit Ausdrücken tiefster Verachtung überschüttet: und so mag man ihm die traurige Taktik verzeihen. Unverzeihlich aber war und ist das Verhalten des Genossen Göhre. Er, der vor ein paar Jahren noch das Evangelium von der Kanzel herab verkündet hatte, griff nun nach den schäbigsten Mitteln journalistischer Troßknechte. Silbenstecherei und Schimpfwörter sollten den Thatbestand verdunkeln: daß Genosse Göhre Stimmung und Beschluß seines Parteivorstandes kannte, als er seinen Artikel in der „Zukunft“ veröffentlichte, und daß er in seiner Erklärung vom 20. April 1903 wissentlich Unwahres behauptet, in seiner Dresdener Rede wissentlich Wahres verschwiegen hat. Auch andre Lüge wurde ihm nachgewiesen. Das hinderte ihn, als er sich zum Verzicht auf sein Reichstags-Mandat gezwungen sah, nicht, wider besseres Wissen die Behauptung aufzustellen, er habe meine „Verdächtigungen als Fälschungen entlarvt“. Nicht Verdächtigungen, sondern erweislich wahre Thatsachen hatte ich gegen ihn vorgebracht; und trotz vielfachen Bemühungen ist es ihm nicht gelungen, eine meiner Angaben in ihrer Beweiskraft zu erschüttern. Schade, daß der Mann, den einst so frohe Hoffnung empfing, dem Kampf um politische Macht nicht fern blieb; der sittliche Wille war in ihm schwächer als der Ehrgeiz, der starke Versucher. Klüger als die Drei handelte Genosse Heine. Ehe noch die Anklage gegen ihn erschienen war, veröffentlichte er im „Vorwärts“ eine lange Schutzschrift. Zweck: die Wirkung zu mindern, die in seiner Partei die Enthüllung der Thatsache haben mußte, daß er den Feldzug gegen den Genossen Mehring als Stratege geleitet hatte. Jeder halbwegs erfahrene Verteidiger rät dem Angeklagten, belastende Momente, die in der nächsten Stunde der Beweisaufnahme ans Licht kommen müssen, lieber selbst, als handle sich's um erhebliche Dinge, vorzubringen. Doch die Schutzschrift trug auch das Merkmal schlechterer Advokatenpraxis; sie war nicht von dem Streben nach Wahrhaftigkeit diktiert, sondern von dem Bemühen, durch große und kleine Entstellungen des Thatbestandes den Gegner ins Unrecht zu setzen. Ich müßte ganze Seiten füllen, wenn ich alle Ungenauigkeiten des heinischen Schriftsatzes nachweisen wollte. Das ist einstweilen nicht nötig. Zwei Proben werden genügen. Er sagt („Vorwärts“ Nr. 228): „Ich schickte die Briefe (Mehrings) mit Dank zurück . . . In derselben Zeit schrieb ich Herrn Harden einige Zeilen über eine Theateraufführung und erhielt bald darauf von ihm seine Broschüre „Kampfgenosse Sudermann“ mit einer Dedikation“. Der Brief, den er meint, enthielt erstens die Bitte, ihm Gelegenheit zu geben, „die so angenehme und anregende Plauderei (mit mir) fortzuspinnen“; zweitens Nachrichten und Grüße von Herrn und Frau v. Vollmar; drittens die Aufforderung, über den Geisteszustand eines seiner Klienten ein litterarisches Gutachten abzugeben; viertens eine spöttische Erwähnung des Herrn Sudermann, die mir den Anlaß bot, dem Spötter meine Broschüre zu schicken. Das nennt Heine „einige Zeilen über eine Theateraufführung.“ Der Brief ist vom 6. Februar 1903 datiert; und erst zwei Monate später schickte er endlich die von mir entliehenen Briefe Mehrings zurück. (Der die verspätete Rücksendung entschuldigende Brief, aus dem im vorigen Heft ein Stück abgedruckt wurde, ist nicht, wie dort irrtümlich stand, am fünfzehnten, sonden am fünften April 1903 geschrieben). Zweite Probe. Herr Rechtsanwalt Heine citiert aus dem Gedächtnis, er habe mir (nach der neulich erwähnten „Dedikation“) geschrieben: „Die politische Wahrhaftigkeit zeigt sich darin, daß man den Mut hat, nicht mehr zu glauben, was man nicht mehr glauben kann, und nicht zu sagen, was man nicht mehr sagen kann. Diesen Mut haben Sie bewiesen.“ Das habe sich, fügt er hinzu, auf meine Haltung in einer sechzehn Jahre zurückliegenden Zeit bezogen. Daß ich vor sechzehn Jahren an litterarische Thätigkeit noch nicht dachte und meine ersten Apostata-Artikel im Sommer 1890 erschienen, mag hingehen, beleuchtet aber die Genauigkeit heinischer Darstellung. Doch was hat er mir in Wirklichkeit geschrieben? „Das Wesen der politischen Wahrhaftigkeit steckt tiefer, in dem Mut, Notwendiges zu erkennen und zu vertreten, auch wenn es einem zuwider ist. Es ist wohl nicht nötig, zu sagen, daß Sie sich diesen Ruhm vindizieren können; vielleicht aber hören Sie es gern auch von jemand, der in sehr wesentlichen Punkten, vielleicht den wichtigsten der heutigen Tagespolitik, andrer Meinung als Sie über das Notwendige ist.“ Genosse Heine hat also falsch citiert und den Sinn seines langen Briefes (vom zehnten Februar 1903) bis zur Unkenntlichkeit entstellt; denn dieser Brief lobte nicht meine in ferner Vergangenheit, sondern meine in „heutiger Tagespolitik“ bewiesene Wahrhaftigkeit. Und daß der Vertreter des dritten Reichstags-Wahlkreises mir solches Lob gespendet habe, sollte den Parteigenossen verschwiegen werden. Die beiden Proben genügen zunächst wohl; ich könnte ihnen manche andre gesellen, will hier aber heute nur wiederholen, was ich im „Vorwärts“ auf Heines Schriftsatz geantwortet habe. (Folgt die im „Vorwärts“ schon veröffentlichte Zuschrift Hardens.)

Dieser Replik folgte eine Duplik des angeklagten Rechtsanwalts, die einigermaßen zerknirscht klang, doch an vielen Stellen wieder der Wahrheit ausbog. Das wichtigste Zugeständnis: „Herr Harden hat mir in der That niemals den Wunsch zu erkennen gegeben, gegen Mehring vorzugehen; weder hat er mich noch habe ich ihn für irgend welche Intrigue benutzen wollen.“ Die wichtigste Ableugnung: unsre Gespräche seien nicht intim gewesen. Ich konnte mich mit dem Hinweis auf die Thatsache begnügen, daß Heine vorher auch seinen Briefen den Charakter der Intimität abzustreiten versucht hatte, habe ihn aber öffentlich aufgefordert, mich zu verklagen und sich als beeideten Zeugen vernehmen zu lassen; ich wolle auf das Rechtsmittel der Widerklage verzichten und noch zwei oder drei andre Zeugen vorladen: dann werde festzustellen sein, ob die Mitteilungen, die wir austauschten, mit Fug als intim zu bezeichnen sind. Dieselbe Aufforderung richtete ich an die Herren Bernhard, Braun, Göhre. Wenn ich in der Notwehr Briefstellen veröffentliche, heißt es in dem Lager, wo die politische Verwertung eines von Miquel als Student an Marx geschriebenen Briefes wie eine Heldenleistung gefeiert wurde: Das thut kein Sittsamer. Wenn ich gesprochene Worte anführe, werden sie abgeleugnet. Dieses Gebahren ekelt mich nachgerade an. Jedes hier über die vier Genossen gesagte Wort ist wahr; und ich könnte, wäre ich grausam und rachsüchtig, noch mehr über einzelne von ihnen sagen. Wollen sie die Wahrheit meiner Darstellung bestreiten, dann sollen sie den Ort aufsuchen, wo der Eid das Gedächtnis schärft und die Zeugnispflicht feige Zungen zum Reden zwingt. Thun sie es nicht: zur Entschleierung kollusorischer Versuche fehlt mir nun endlich der Raum und die Zeit.

Der Abgeordnete Heine hat im „Vorwärts“ erzählt, er habe von einem Brief, den er mir am 11. September 1903 aus Tegernsee schrieb (und den er, mit Weglassung aller Intimität verratenden Stellen, abgedruckt hat), eine Abschrift zurückbehalten. Warum wohl? Er hat politisch und persönlich wichtigere Briefe nicht kopiert, trotzdem ers in Berlin, neben seinem Anwaltsbureau, bequemer gehabt hätte. Und jetzt, im Gebirge, in der Hochstimmung eines von Sonnenglanz und Mondschein Beglückten, plagt er sich mit Abschreiberei? Mir war diese Mitteilung ungemein wertvoll, weil sie das letzte Rätsel dieser politischen Tragikomödie lösen half. Der Tegernseer Brief hatte im Meritorischen (wie die östreichische Amtssprache sagt) einen gegen den früherer Briefe völlig veränderten Ton; als ich ihn gelesen hatte, sagte ich zu einem Freund: „Heine wird in Dresden nicht für mich sprechen“. Ende August hatte er mir geschrieben, er werde in die Debatte über die „Zukunft“ eingreifen. Ein paar Tage danach hatte er seinem Genossen und Klienten Bernhard ein Plaidoyer für die „Zukunft“ vorgetragen, von dem dieser Genosse mir sagte: „Wenn Heine die Rede in Dresden wirklich hält, werden Sie sich sehr über ihn freuen“. Jetzt schrieb er plötzlich: „Ich habe den Wunsch, möglichst wenig in die Debatte einzugreifen.“ Dazu allerlei bisher nie auch nur angedeutete Vorbehalte. Natürlich traue er mir nicht „ehrenrührige Beweggründe“ zu; natürlich müsse „der Wahrheit gemäß hervorgehoben werden, daß Sie sich über die Bedeutung der Socialdemokratie für die Arbeiter auch anerkennend ausgesprochen haben.“ (Natürlich wurde in Dresden weder das eine noch das andre hervorgehoben.) Aber was über Rußland und über die Socialdemokratie in der „Zukunft“ gestanden habe, sei nicht zu rechtfertigen; auch habe er schon im Winter einmal die Absicht gehabt, sich mit mir über die Form meiner Polemik auszusprechen, und hoffe, dazu noch Gelegenheit zu finden. Diesen Satz läßt er, ohne eine Lücke im Brief anzudeuten, beim Abdruck fort. Warum? Weil dieser Satz an einem Punkt die Unwahrhaftigkeit seiner Dresdener Rede bewiesen hätte, in der es hieß: „Ich habe Harden ausgesprochen, daß ich seinen persönlich-gehässigen Ton auf das schärfste mißbillige.“ Aus dem Tegernseer Brief, der eintraf, als die von Heine telegraphisch erbetenen Briefe schon nach Dresden abgeschickt sein mußten, wußte ich also, daß der Rechtsanwalt sich jedenfalls nicht in die Schußlinie stellen werde. Die Gründe solcher Zurückhaltung konnte ich nur ahnen. Jetzt kenne ich sie. In oder bei Tegernsee ist Genosse Heine, vielleicht nicht ohne fremde Nachhilfe, zu der Einsicht gelangt, daß die Vernichtung Mehrings viel wichtiger sei als die Verteidigung Hardens und daß, wer Mehring an den Leib wolle, sich vor dem Verdacht schützen müsse, mit Harden intim zu sein. In oder bei Tegernsee hat ein kühler Schlaukopf ungefähr so gesprochen: „Bebel tobt gegen uns, hat die unbarmherzigste Abrechnung in Aussicht gestellt und möchte uns am liebsten aus dem Parteiverbande drängen. Das ist, bei der durch Bernsteins Präsidialthorheit bewirkten Erregung, nicht ungefährlich. Unsren August kennen wir ja aber nicht seit gestern: wenn er sich einmal nach Herzenslust ausgetobt hat, wird er ruhig und läßt mit sich reden. Wir sind geborgen, wenn er den heißesten Zorn gegen die „Zukunft“ auswettert. Wahrscheinlich tritt er dann kurioso für Mehring ein, den er gern als Vertrauensmann im „Vorwärts“ hätte*), und ist ein bißchen blamiert, wenn wir Mehrings Briefe auftauchen lassen. Zwei Fliegen würden so mit einer Klappe geschlagen: den Mehring wären wir los und Bebel verlöre an Prestige und müßte sich in der Hauptdebatte zähmen. Dem Harden aber schreibt man einen diplomatischen Brief, der im schlimmsten Fall später als Rechtfertigung zu benutzen ist. Auch ist er ein netter Kerl, wirds, wenn ihm alles erklärt ist, nicht übelnehmen, wieder gern mit uns zusammensitzen und und unsre Strategie lachend loben.“ So ward es gemacht und ein Ziel wirklich erreicht: Bebels Rede gegen die „Revisionisten“ war, nach den vorausgegangenen Wutgewittern, eher zahm als wild und dem „Komödienspiel“ wurde nicht, wie er verheißen hatte, ein Ende mit Schrecken bereitet. Die Rechnung hatte aber ein Loch. Die „Zukunft“ und ihr Herausgeber wurden in Dresden so über alles Erwarten schmählich verleumdet und die Genossen Bernhard, Braun, Göhre, Heine zeigten sich in ihrer Untreue und Unwahrhaftigkeit auch noch so unklug, daß ich, wenn ich mir Selbstachtung bewahren wollte, nicht schweigen durfte. Und das Schlußbild war: Bebel triumphans. So gehts in der Politik jedem, der, wider Lamartines Warnung, droht, ohne zuschlagen zu können. Mit solchen Mittelchen werden die Vollmarischen nicht viel wirken; sie sollten sich an das Schicksal der Girondisten erinnern und fragen, ob Thiers nicht recht hatte, als er schrieb: Tout parti modéré qui veut arrêter un parti violent est dans un cercle vicieux dont il ne peut jamais sortir (Jede gemäßigte Partei, die eine radikale Partei aufhalten will, dreht sich in einem Kreise, aus dem es kein Entrinnen giebt). . . . Ists aber nicht allerliebst, an solchem Zufallsbeispiel zu erkennen, wie Parteikrisen entstehen, Parteigeschichte gemacht wird? Genosse Mehring fühlt das Bedürfnis, mich wieder einmal zu verrufen, und suggerirt seine aberwitzige Weisheit dem Genossen Bebel, der in mir zugleich die sotenfassischer Ketzerei verdächtigen Genossen Braun und Göhre treffen will. Die sputen sich, jede nähere Beziehung zu Zeitschrift und Herausgeber skrupellos abzuleugnen, und ihre Hintermänner reiben die Hände, da August der Schreckliche sich an mir austobt. Von beiden Seiten wird des Schlechten aber allzu viel gethan und das Endergebnis ist: offener Schimpfkrieg Aller gegen Alle in der Partei, schlimme Schwächung des norddeutschen Fähnleins der nicht mehr blind an Marx Glaubenden, von denen drei Offiziere schlapp geworden sind, und die Enthüllung eines Mangels an Kohäsion, wie er sonst nur an luftförmigen Körpern beobachtet wird, deren Raumgrenzen die Wucht äußeren Druckes bestimmt. Das konnte kein der Partei fern Lebender wirken. Das hat mit seinem Flugblatt Genosse Mehring, mit seiner Tegernseer Taktik Genosse Heine vollbracht.

Der Inhalt des Flugblattes wurde zuerst in der vom Genossen Mehring redigierten „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht; am neunten September 1903. Wenn ich die Absicht gehabt hätte, das Lügenknäuel sofort zu entwirren, wäre meine Antwort im Heft vom neunzehnten September erschienen, also nach Schluß der Parteitags-Debatte über die „Zukunft“. Das hatte der Pseudologe richtig berechnet. Auch lagen die zur Abwehr der lustigsten Lügen nötigen Briefe, auf Wunsch des Genossen Heine, vom 11. bis zum 20. September in Dresden. Doch ich wollte damals nicht antworten. Erstens, weil der Verfasser Mehring hieß; zweitens, weil ich, seit im Februar die Frage der Mitarbeit an der „Zukunft“ erörtert wurde, mir vorgenommen hatte, jeden Versuch einer Einwirkung auf den Beschluß der Partei-Instanzen zu meiden. Ich schwieg also auch jetzt; und das Flugblatt wurde in vierhundert Exemplaren im Trianonsaal verteilt. Da lasen die Genossen wundervolle Räubergeschichten. Harden ist Mehring „nachgelaufen“, hat sich für einen Socialdemokraten ausgegeben und verschwiegen, daß er für Bismarck schwärme, dem er sich dann schlankweg „verkauft“ hat. Weil Mehring diese Thatsache erfuhr, hat er die Aufforderung, für die „Zukunft“ zu schreiben, „von vornherein abgelehnt“ und bald danach „auf jeden persönlichen Verkehr mit Herrn Harden verzichtet“. (All diese unsauberen Lügen sind hier schon am 4. März 1899 sine ira (in aller Ruhe) mit Mehrings eignen Worten, widerlegt worden; thut nichts: nach vier Jahren, meint er, sind sie wieder so gut wie neu.) Die „Zukunft“ ist ein „Klatschblatt“, dessen Hauptaufgabe in der Verleumdung der Socialdemokratie besteht, und „Ehren-Harden, der auch nicht über die einfachste politische Frage das einfachste sachliche Wort zu sagen weiß“ (dessen recht jugendliche Apostata-Bücher von Ehren-Mehring aber 1892 als „glänzende litterarische Produktionen, als die Erzeugnisse eines tiefen und tapferen socialen Instinktes außerordentlich hoch geschätzt“ wurden), ist sogar von der hyperkonservativen „Kreuz-Zeitung“, der er sich „anbiedern“ wollte, hinausgeworfen worden. (Natürlich habe ich zur „Kreuz-Zeitung“ nie auch nur die losesten Beziehungen gehabt oder gesucht.) Und so weiter. Citate aus meinen Artikeln, wie der gewissenloseste spanische Prokurator sie nicht gegen einen Dynamitanarchisten dem Gerichtshofe vorlegen würde. Dann der Notschrei: „Es ist mir unmöglich, den schmutzigen Blödsinn noch weiter abzuschreiben.“ Der Artikel, der in diesem wackeren Socialdemokraten so starke Unlustgefühle weckte, verteidigte die Socialdemokratie gegen die Breslauer Rede des Kaisers und enthielt, neben andren, die jeden Genossen freuen mußten, die Sätze: „Die Socialdemokratie gehört zu den Dingen, die man erfinden müßte, wenn sie nicht schon bestünden. Ihrer kleinen, unsichtbaren Drillarbeit, die den Ehrgeiz spornt und dem Leben der Aermsten selbst, der ins Joch geistlos monotoner Arbeit Gespannten einen Inhalt giebt, ist zum großen Teil der angestaunte Fortschritt der deutschen Industrie zu danken; und der besonderen Art ihrer Agitation die Ruhe, die seit einem Halbjahrhundert in Deutschland herrscht. . . . Der wütendste Bourgeois müßte zugeben, daß keine uns bekannte politische Organisation je einer Klasse so schnell und so wesentlich genützt hat wie den deutschen Arbeitern die Socialdemokratie.“ Nach solchen Proben wird der Leser begreifen, warum der Fall Mehring mir in den Berufskreis des Psychiaters zu gehören scheint; nur ein Mensch, dessen Geistesthätigkeit krankhaft gestört ist, kann so kindische Fälschung wagen. Einerlei. In Dresden, dachte ich, wird man den Armen auslachen. Da sitzen auch außer den Bernhard, Braun, Göhre, Heine ja noch Leute, die seit Jahren die „Zukunft“ kennen, und andre, die eigne wehe Erfahrung gelehrt hat, daß man solcher Citatensammlung, die den Köller weit überkollert, nicht trauen dürfe. Da wird man die Sache einfach komisch finden. Komisch, daß die Liebe zu Bismarck wie die ärgste Todsünde von einem Mehring verdammt wird, der als sechsunddreißigjähriger Mann, nachdem er schon einmal Socialdemokrat gewesen war, schwärmend „den genialen Staatsmann Bismarck“ gerühmt hat. Daß Liebknecht und Bebel gegen satirische Kritik von einem Manne verteidigt werden sollten, der Bebels Bauernkriegsgeschichte „eben so albern wie anmaßlich“ genannt und von Liebknecht gesagt hat, er sei „geistig entartet“, schütze die „infamste Korruption“, habe die Massen entsittlicht und greife im Kampf nach den „gemeinsten Verleumdungen“. Daß jedes Spottwort über die längst zur Großmacht erwachsene Partei als fluchwürdiges Verbrechen von einem Manne denunziert wird, der in der Zeit hitzigster Socialistenverfolgung schreiben und drucken lassen konnte: „Unter den unermeßlich reichen Gaben, mit welchen das unvergleichliche Jahr 1870 unser Vaterland begnadete, war nicht die geringste die gänzliche Zerschmetterung der deutschen Socialdemokratie“. Und: „Die Fabrikinspektoren schildern übereinstimmend die Arbeiter in allen Gegenden, die ergiebige Werbeplätze der Socialdemokratie waren, als ein dumpfes, träges, jeder thatkräftigen Selbsthilfe unfähiges Geschlecht“. Und endlich: „Die socialdemokratische Agitation war ein kühl berechneter Versuch schlauer Demagogen, die bestehende Ordnung der Dinge gewaltsam umzustürzen. . . . Sich hiergegen zur Wehr zu setzen, die Waffe zu zerbrechen, die nach seinem Herzen gezückt wurde, war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Staates.“ Wer so — nicht als Jüngling, sondern als ein Mann, der sich früher selbst zur Socialdemokratie gerechnet, in ihrem Namen fünf Jahre vorher gegen Treitschke öffentlich das Wort geführt hatte — wer so über die vom Socialistengesetz geknebelte Partei und deren Führer urteilen konnte, hat das Recht verwirkt, selbst dem schlimmsten „Scharfmacher“ heute das Schaffot zu errichten. Das, dachte ich, würde man auch in Dresden sagen; und das läppische Flugblatt zu dem Uebrigen legen: zu den Akten der Krankengeschichte Mehrings. Es kam anders. Der beredteste und angesehenste Führer der Socialdemokratie sprach, ohne auch nur ein Stündchen an die kritische Sichtung des Materials zu wenden, alles nach, was der als zuverlässig bewährte Genosse Mehring ihm vorgesagt hatte. Sprach? Brüllte, heulte, schrie. Und von den 336 Delegierten fand keiner eine Silbe für mich. Ein Gast sogar, der östreichische Genosse Dr. Adler, der doch triftigen Grund gehabt hätte, zu schweigen, trug zu dem Scheiterhaufen schnell noch ein Spähnlein herbei.

Der Abgeordnete Bebel hält es offenbar für höchst originell, in seinen Reden, die ich jetzt betrachten muß, mich stets „Herrn Witkowski-Harden“ zu nennen. Er wußte nicht, daß ich seit dreizehn Jahren den Zeitungslesern tausendmal unter diesem Doppelnamen vorgeführt worden bin, in hundert Zeitungen, von der „Staatsbürgerin“ bis zum „Kleinen Journal“. Solche Bezeichnung sollte ein vages Mißtrauen gegen mich wecken. Konnte es auch. Wer seinen Namen wechselt, ist, zumal wenn er Wirkung auf öffentliche Angelegenheiten erstrebt, mit Recht verdächtig; mit um so größerem Recht, wenn der neue Name deutsch klingt, der abgelegte semitischen Beiklang hatte. Gewiß, denkt dann der Leser, hat dieser Streber den Namen gewechselt, um die Spur jüdischen Ursprungs zu verwischen und sich nicht in die Karriere zu verderben. Das Vorurteil ist begreiflich. Ich habe darunter gelitten und mußte, so leicht mir eine Widerlegung gewesen wäre, schweigen, weil eine öffentliche Erörterung dieser Dinge meiner alten Mutter argen Schmerz bereitet hätte. Im Frühling habe ich sie verloren; und darf nun reden. Herr Bebel erzählt, er habe meinen Vater gekannt, einen guten Demokraten, mit dem zu verkehren ihm eine Ehre gewesen sei; mit dem Sohn zu verkehren, würde er nicht für eine Ehre halten. Vielleicht, weil er ihn eben nicht kennt; doch: wie es Euch gefällt. Dieselbe Geschichte von Vater und Sohn hat übrigens Knecht Mehring schon mehr als einmal erzählt; auch er will mit meinem Vater intim verkehrt haben. Als Politiker muß ich fragen, was mit dieser Gegenüberstellung denn eigentlich bezweckt werden soll. Einen faßbaren Sinn könnte sie doch nur haben, wenn der Vater ein Märtyrer seiner Ueberzeugung, der Sohn ein Streber wäre, der um jeglichen Preis in die Sonne zu kommen sucht. Hier liegt die Sache anders. Mein Vater war Kaufmann und hatte niemals Gelegenheit, seinem politischen Glauben irgend ein Opfer zu bringen. Und mir, dem viermal wegen politischer Vergehen Bestraften, über zwölf Monate Eingesperrten, von allen herrschenden Gewalten Boykottierten, sollte selbst Bebel nicht nachsagen, daß ich in die Sonne will und ein der Ueberzeugung zu bringendes Opfer scheue. Ich könnte ihm beweisen, daß ich Versuchungen widerstanden habe, die den Ehrgeiz, die Eitelkeit, die Gewinnsucht locken und einem Kränkelnden die Gefangenschaft sparen konnten; und bilde mir nicht ein, auf solche Widerstandskraft stolz sein zu dürfen. Als Sohn muß ich mich freuen, daß mein Vater gelobt wird, — mags immerhin auf meine Kosten geschehen. Ich habe ihn nicht gekannt; nicht in gesunden Tagen. Als ich erwuchs, hatte eine schwere Psychose ihn heimgesucht und in meinem Gedächtnis lebt der Unglückliche nur als ein verstörter Geist, der Tag und Nacht mit sich selbst laute Zwiegespräche hielt und die Seinen mit grausigen Wahnvorstellungen quälte. Genug . . . Der leichtfertige Verleumder, der mich zwingt, hier meine Scham zu entblößen, kann mich nicht zwingen, diese unsäglich traurigen Zustände bis ins einzelne zu schildern. Wer sie ahnen will, lese, was Hebbel am 18. September

*) Die Andeutung, die hier Harden dem „Schlaukopf“ in den Mund legt, daß Bebel beabsichtigt hätte, Mehring als seinen Vertrauensmann in den „Vorwärts“ zu bringen, bezeichnet uns Bebel selbst als „kompletten Blödsinn“. Red. des „Vorwärts“.

1888 in sein Tagebuch schrieb. Meine arme Mutter saß sich durch Gründe, die auch das Gesetz als zur Lösung des Ehebundes ausreichend erkannte, genötigt, das Haus zu verlassen, in dem sie 30 Jahre lang nur ihrem Mann und den Kindern gelebt hatte. Ich blieb, ein Knabe, der keine Kindheit, keinen Strahl alltäglicher Kinderfroheit gekannt hatte, beim Vater, mußte mindestens bis zur Ehescheidung bei ihm bleiben, in dem und für den keine Stimme gemeinsamen Fühlens sprach. Eine entsetzliche Zeit, der ich entlief: zur Mutter. Wurde zurückgeholt und, trotz den Bitten des Gymnasialdirektors, der den blutjungen Primus der Sekunda bis zum Beginn der Studentenjahre fortbilden wollte, in ein Kaufmannsgeschäft gesteckt. Das war das Letzte. Ich lief davon. Mit zwei, drei Thalern in der Tasche, ohne warmen Rock, omnia mea mecum portans (meine ganze Habe mit mir tragend). Acht Tage, acht Nächte obdachlos in Berlin. Vier, fünf Stunden bei einer Tasse Kaffee im heißen Raum. Dann schickte ein Winkelagent den noch nicht vierzehnjährigen Knaben zu einer jämmerlichen Schauspielgesellschaft. Theater: Das bedeutete mir Freiheit, des Freisten sogar, und obendrein Kunst. Den Knabenwahn, der mich in Planwagen und als Passagier vierter Klasse ein Jahr lang durch allerlei Landstädtchen trieb, habe ich mit meiner Gesundheit teuer bezahlt. War aber selig. Da der Vater mich durch die Polizei suchen ließ, hatte ich, der lieber untergehen als heimgeschleppt werden wollte, den Namen angenommen, den ich seitdem trage; für eine Weile war ich so geborgen, denn mit wandernden Komödianten nimmt's die Meldebehörde nicht allzu genau. Aus dieser Zeit schon kann ich Herrn Bebel Theaterzettel vorlegen, auf denen Herr Maximilian Harden, der dumme Junge, als Darsteller des Musikus Miller und ähnlicher Rollen verzeichnet ist. Dem Schreckensjahr folgte ein stilleres. Der Vater, dessen Lebenslicht im Erlöschen war, hatte das Suchen aufgegeben; der auch körperlich noch unentwickelte Sohn spielte in einem Hause, wo in den Pausen Akrobaten und Gymnastiker auftraten, nahe bei Berlin den Marquis Posa und Mortimer. Meint August Bebel nicht, der Drang nach Freiheit müsse recht stark in einem Knaben gewesen sein, der täglich ins Nest zurückkriechen konnte und im Elend blieb, um sich nicht brechen zu lassen? Glaubt er, daß proletarisches Empfinden mir nach solchem Erleben fremder als ihm sei? . . . Nach dem Tode des Vaters begann ein neuer Lebensabschnitt. Der Kranke hatte sein Vermögen verloren, aber die Güte eines älteren Bruders ermöglichte mir, das Allernötigste nachzulernen. In dem kleinen Kreise, der den Bürger die Welt dünkt, hatte die Familiengeschichte Lärm gemacht; geräuschvolle Hauskonflikte, Scheidung nach dreißigjähriger Ehe, Flucht und Abenteurerleben eines Sohnes: fama crescit eundo (das Gerücht wächst im Wandern). Mutter und Kinder erbaten und erhielten von der Behörde die Erlaubnis zum Namenswechsel: nicht, weil eins von ihnen sich etwas vorzuwerfen, eine schlechte That zu verbergen hatte, sondern, weil sie sich von einer finsteren Vergangenheit lösen wollten, die lästiger Skandalsucht Anlaß zum Tuscheln bot. Seitdem ist ein Vierteljahrhundert verstrichen. Ich blieb bei dem einmal erwählten Namen. Denn mochte ich nun zum Schauspielerberuf zurückkehren oder ein andres Ziel zu erreichen suchen: für die kleine Welt des Nachbarklatsches sollte meine Familie nicht mit meinen Schicksalen verlettet sein. Ehe ich eine Zeile für die Oeffentlichkeit schrieb, ehe ich auch nur an litterarische Thätigkeit noch gar an den Schriftstellerberuf dachte — zu den ersten Versuchen trieb mich, offen gestanden, später die bitterste Not —, hatte ich das gesetzliche Recht erworben, den Namen zu führen, den ich seit den Knabenjahren als Bühnenpseudonym trug; nur diesen Namen: der meines Vaters gebührt mir nicht. Und als sechzehnjähriger Knabe war ich, der nie innere oder äußere Beziehungen zum Glauben Israels gehabt hatte und während der Schulzeit schon nur in den Lehren neutestamentlicher Religion unterwiesen worden war, zum Christentum übergetreten, das dem jungen Sinn die höherer Kultur entsprechende Glaubensform schien. Das alles ist traurig, trauriger noch als es hier klingt, aber nicht schimpflich. Oder will jemand behaupten, der Knirps, der Mime werden wollte, habe Namen und Glauben geändert, um Karriere zu machen? Behaupten, ich wäre heute nicht derselbe, der ich bin, mit allem, was ich erreicht und nicht erreicht habe, wenn ich noch den Namen meines Vaters trüge? Tausendfache Verdächtigung wäre mir erspart geblieben; und hätte ich zu ahnen vermocht, wohin mein Lebensweg führen würde: nie hätte ich mir auch noch diese Last aufgebürdet. Denn für die Feinde eines politischen Schriftstellers ists gar zu bequem wenn sie dem Gehaßten nachwispern können: Der Kerl hieß früher anders, muß also sicher ein fauler Kunde sein. Daß von Molière und Voltaire bis zu Novalis und Lagarde, bis in unsre Tage hinein mancher Schriftsteller, um sich und sein Geschick von der socialen Schicht, in die er geboren war, deutlich zu scheiden, seinen Namen geändert hat, wird nicht beachtet. Und daß Lassalle, dessen Vater, wie meiner, ein jüdischer Seidenhändler war, seinen Geburtnamen durch Anhängung eines e französiert hat, ist Herrn Bebel offenbar kein Aergernis. Das ist seine Sache. Ich habe nicht als strebsamer Litterat, sondern als Kind meinen Namen gewechselt; nicht, um Karriere zu machen, sondern, um mich unerträglichem Druck zu entziehen, der mich in einem Kaufmannsladen verkümmern lassen, zur Feindschaft gegen die beste Mutter erziehen wollte. Das ist erweislich wahr, kann, wann und wo es notwendig wird, bewiesen werden. Bevor sich noch der leiseste litterarische oder gar politische Trieb in mir regte, stand mir nach Gesetz und Kirchenbuch kein andrer Name zu als: Maximilian Felix Ernst Harden. Machts Bebel Vergnügen, mich anders zu nennen: meinetwegen. . . . Da ich keinen Schmutzfleck zu verbergen habe, kann ich ertragen, daß mir die letzte Hülle vom Leibe gerissen wird.

Nichts ist, nichts war je zu verbergen; und ich darf am Ende verlangen, nicht nach härterem Recht gerichtet zu werden als andre Menschen, die auf gebahnten Normalwegen an die Quellen der Bildung geführt worden sind. Wer als Kind nicht sorgenlos fröhlich war, wird es nie mehr. Wer als Knabe gehungert, gefroren, und seelisch und geistig gedarbt hat, behält den bitteren Nachgeschmack auch in hellerer Zeit auf der Zunge. Ererbte psychische Belastung, deren Gefahren durch ganz abnorm verfrühte Selbständigkeit in dem unreinen Milieu kleinsten Komödiantenlebens, dann durch überhastetes Lernen gesteigert werden, im Elternhaus täglichen Hader, draußen Verführung der ekelsten Art: Das ist wahrlich kein heiteres Los. Da es doch einmal sein muß, spreche ich hier, als hätte ich das abgeschlossene Leben eines Fremden vor mir. Und sage, ruhig und aufrichtig: Er hat sichs, unter den schwersten Verhältnissen, selbst gezimmert, Stück vor Stück; hat keinen je so gequält, wie sich selbst, keines Fehler klarer als die eignen erkannt; auch die Riesenlücken in seinem Wissen; aber er hat, so gut ers nach der Verspätung, mit wunden Nerven, noch konnte, zu lernen im Urteil gerechter zu werden versucht; auch wer ihn nicht ausstehen kann und seine Schreiberei unleidlich findet, sollte ihm zubilligen, daß er seinen Willen nie feig beugen ließ, nie sich ins Fronjoch duckte und daß er in Fährnissen der verschiedensten Formen ein anständiger Kerl geblieben ist. Deshalb wars eigentlich nicht nötig, gerade ihn totzuhetzen . . . Doch wir sind ja noch nicht beim Nekrolog. Das ist wahrscheinlich nur Schweningers Verdienst oder Schuld. Ein Stärkerer wäre zusammengebrochen. Jeder Lump, vor einem Jahre mußte ich's dem täppischen Falschmünzer Sudermann zurufen, wischt sich an meinem Kleide die schmutzigen Stiefel ab. Die Freunde — ein paar der berühmtesten Namen Europas sind darunter — schweigen. Der bestochene Schreiber, der Spion findet irgendwo in der Presse einen Verteidiger von Ruf; ich nicht. Die Temperamente sind eben verschieden. Ich habe nie thatlos zugesehen, wenn neben mir ein Mensch überfallen wurde; zumal einer, der mich halbwegs wertvoll dünkte. Andre begnügen sich in solchen Fällen, dem Opfer der Strolchthat brieflich ihre Hochschätzung, Bewunderung, Verehrung zu beteuern. Und stehen manchmal nach einer Weile, um ein fetteres Gänschen zu ködern, selbst wider mich auf. Wenn ich, im unbestrittenen Rechte der Notwehr, dann in meinen mit Hochschätzung, Bewunderung, Verehrung bis oben vollgestopften Briefscheank greife und die Lügner an den Pranger stelle, an den sie gehören, klingts, ganz wie von der Lippe der von Ibsens Schöpferodem belebten Heuchlersippe: So was thut man nicht! Privatbriefe sind heilig! Gaunermoral, die ohne das heilige Recht auf Lug und Trug nicht auskommen kann. Ich brauchte kein konvenienzwidriges Wehrmittel zu wählen, wenn die Bewunderer, die Verehrer weniger schweigsam wären; brauchte an den Bebelquark höchstens zehn Zeilen zu wenden, wenn im Trianonsaal ein einziger Tapferer gesagt hätte, was Pflicht ihm zu sagen gebot. Das geschah nicht. Das geschieht mir nie. Und so ist's nach Jahren schuftiger, kaum durch ein vernehmbares Zufallswörtchen karger Anerkennung unterbrochener Hetze dahin gekommen, daß Herr Bebel vor Millionen sprechen durfte: „Herr Harden hat die Vergangenheit gewisser Mädchen." Ich weiß nicht, was er damit meinen kann, meinen könnte. Ich bringe heute nicht einmal mehr Zorn gegen den eisgrauen Tribunen auf, den dieses Wort mehr schändet als mich. Doch ähnliches hat er ja immer gelesen. In den größten, schmutzigsten, also vornehmsten Zeitungen. Und niemand hat widersprochen. Und die heldenhaften Genossen haben den Verkehr mit mir, den sie Jahre lang suchten, ja wirklich wie den Umgang mit gewissen Mädchen verhehlt.

Ich vermute, daß Sankt Augustinus mit seinem Schimpf sagen wollte, ich hätte Bismarck als ein Prostituierter gedient. Denn Bismarck, sprach er, habe mich eingefangen, weil ich witterte, daß Hunderttausende an ihm zu verdienen seien. Bismarck hat mir „Artikel diktiert"; „und wenn er nicht gestorben wäre, schriebe er heute noch für die „Zukunft". Merkwürdig. Anno 1890 gab's in Deutschland doch viele Zeitschriften und Zeitungen, gab's, auch wohl nach Bebels Ansicht, doch manchen vorurteillosen Verlagsgeschäftsmann: kein einziger aber kam auf den Gedanken, an dem gestürzten Kanzler sei ein großes Stück Geld zu verdienen. Vielleicht glaubten sie, was täglich in socialdemokratischen Blättern stand: der „Säkularmensch", der bornierte Junker, der Depeschenfälscher habe so gründlich abgewirtschaftet, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nehme. Vielleicht sagten die Mosse, Ullstein, Lessing u. Co. auch zu ihren Leuten: „An Bismarck wäre zwar ein Mordskapital zu verdienen; da ich, Sie wissens längst, aber stets nur reinster Ueberzeugung folge, wollen wir auch fernerhin für den alten Kanzler die Schmähung, für den jungen Kaiser den Weihrauch reservieren." Möglich. War's aber so, dann weiß ich nicht, warum die Genossen die „bürgerliche" Presse schelten; dann ist sie, ein Produkt selbstloser Ueberzeugungstreue, höchsten Ruhmes würdig. Doch wir wollen ernsthaft reden. Als ich für Bismarck zu sprechen begann, war an ihm nichts zu verdienen. Alles neigte der neuen Sonne zu. Und ich glaube, so ist's geblieben. Vielleicht hat der Besitzer der „Hamburger Nachrichten" an Bismarck Geld verdient. Sicher ist's nicht; und dieses Blatt war von 1890 bis 1898 wirklich la feuille de M. de Bismarck (das Blatt des Herrn v. Bismarck). Erweislich — und längst erwiesen — ist aber, daß die Blätter, die sonstwo auf Tod und Leben die Bismärckische Politik vertraten, die „Westdeutsche Allgemeine", eine Weile die Münchener „Allgemeine Zeitung", die „Berliner Neueste Nachrichten" und andre, aus der Deficitwirtschaft nie herauskamen; und sie wurden von geschickten, tüchtigen Journalisten bedient und kämpften für eine der reichen Bourgeoisie wohlgefällige Klassenpolitik. Wenn, zum Beispiel, die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bessere Geschäftsresultate erzielten, so lag's nicht an Bismarck, sondern an der von richtigem Instinkt geschaffenen Organisation und dem frischen, forschen, niemals langweilenden Stil des Leitartikelschreibers Dr. Liman. Ich hätte behaglicher gelebt und gewiß auch mehr Geld verdient, wenn ich den Ruhm der herrschenden, nicht der entthronten Macht gesungen hätte. Das mag Herr Bebel glauben oder nicht glauben; er mag auch bezweifeln, daß fünf politische Strafprozesse einen nicht von Parteianwalten Verteidigten ein hübsches Stück Geld kosten, daß der „Zukunft" durch das Bahnhofsverbot, das ein schlauer Geschäftsmann durch Wohlverhalten leicht beseitigen konnte, die Jahreseinnahme um zwölf- bis fünfzehntausend Mark geschmälert worden ist und daß eine Zeitschrift vor der Gefahr völligen Ruins steht, wenn ihr Herausgeber und Hauptmitarbeiter, wie mir geschah, als Kaiserbeleidiger im Laufe von zwei Jahren fast 13 Monate lang hinter Schloß und Riegel sitzt. Wie's dem Verehrten beliebt. Nun aber ist seit Bismarcks Tod ein Lustrum vergangen. Ein Blatt, das von ihm lebte, müßte bald nach ihm gestorben sein. Und wenn Herr Bebel einen Vertrauensmann in die Friedrichstraße schicken will, wird ihm aus den Büchern bewiesen werden, daß die „Zukunft" noch nie so reichen Ertrag gebracht hat wie, trotz fortwährender Bahnhofssperre, in ihrem elften Lebensjahre. Womit zugleich dann bewiesen wäre, daß ich mein Geld — dieses viel beschwatzte Geld, von dem ich verdammt wenig Genuß habe, das die meisten Zeitungsschreiber mir aber nicht verzeihen können — nicht bismärckischer Gunst verdanke. Am Ende bequemt er sich, den Boten zu senden, wenn ich ihm vorher verrate, was für ihn, wohl so ziemlich für ihn allein, noch immer Geheimnis ist: daß ich nie die bismärckische Klassenpolitik vertreten habe, niemals, und daß in meiner besonderen Lage das Bekenntnis zur Persönlichkeit Bismarcks geschäftlichen Schaden eher als Nutzen brachte.

Nach einem Erleben, von dem ich einen Teil hier heute entschleiern mußte, nach knapp zweijährigem litterarischen Bemühen wurde ich von Bismarck eingeladen, ihn zu besuchen. Der zweiten Einladung folgte ich. An die Gründung der „Zukunft" war noch nicht zu denken, wurde noch nicht gedacht. Der Mann, der selbst dem Wunsch, der Sehnsucht unerreichbar schien, ging und fuhr stundenlang mit mir durch seine Wälder, hielt mich tagelang unter seinem Dach zurück und sagte dem kaum einem kleinen Kreis bekannten Anfänger, er werde, als ein Freund des Hauses, stets willkommen sein. Oft war ich dort; und schied nie, ohne von dem Gütigsten zu hören, er bedauere, daß ich abreisen müsse. Wenn ich den Riesen blind vergöttert, mit Haut und Haar mich ihm verschrieben hätte, dürfte kein Gerechter mich schelten; denn es ist kein Alltagserlebnis, nach verwüsteter Kindheit als knapp Dreißigjähriger in die Intimität — sehr viel intimere, sehr viel länger dauernde, als mich dem Genossen Heine verband — aufgenommen zu werden, auf Spaziergängen und Fahrten sein einziger Begleiter zu sein, auf ausdrücklichen Wunsch den Steinberger Kabinettswein des Kaisers mit ihm zu trinken, sich von ihm Freund nennen zu hören. Es war das große Glück eines armen Lebens; ein Glück, das viel und vieles aufwiegt. Und wenn ich, Herr Bebel, auf etwas stolz sein darf, so darauf, daß ich selbst gefundenen Glauben nie dem großen Manne geopfert habe; nicht eine Sekunde lang. In dem Artikel, den ich nach meinem ersten Besuche in Friedrichsruh schrieb, ist gesagt, ich wolle nicht, könne nicht Bismärcker sans phrase sein; ist gesagt, Bismarck sei „durch diplomatische Aufgaben hypnotisiert" gewesen und habe das moderne Ideal des Socialismus verkannt, aber man solle „ihm gnädig verzeihen, daß er 1815 in einem märkischen Junkerhause geboren ward." Und so ist's geblieben; zu Dutzenden könnte ich Beispiele dafür anführen, daß ich Bismarcks Socialistenpolitik stets bekämpft habe. Leicht wurde mir's nicht, denn es war sein empfindlichster Punkt; aber ich könnte nicht weiter atmen, wenn ich je anders geschrieben hätte, als ich in der Stunde des Schreibens fühlte und dachte. Das erste Heft der „Zukunft" brachte die Wiedergabe eines Gespräches mit dem Erzbischof von Stablewski, der die Polen verteidigte, einen socialpolitischen Aufsatz vom Prof. Brentano, einen wilden Artikel gegen die bourgeoise Presse: lauter Dinge, die der Fürst höchst ungern sehen mußte und sah. Als ich dann wieder in seinem Zimmer saß, sagte er, namentlich der „polnische Artikel" sei ihm nicht unbedenklich erschienen; aber er maße sich nicht an, „gescheiten Freunden die Wahl ihres Weges vorzuschreiben". Er hat's nie gethan, hat mir nie mit einer Silbe angedeutet, was er geschrieben, was nicht geschrieben wünsche. Auch die berühmten „Informationen" waren in Friedrichsruh nicht einmal für Reporter zu holen; der Besucher, der freilich unschätzbaren Historienstoff heimtrug, hatte aus der Berliner Tagespolitik mehr zu erzählen als zu erfahren. Noch heute wissen nur Wenige, wie abgesperrt, wie vereinsamt und gemieden der Mann im Sachsenwalde lebte, ohne oft auch nur ein Echo der Maschine zu hören, die seine Hand in Gang gebracht hatte. Als die „Zukunft" drei Jahre bestand, kam's zum unvermeidlichen Konflikt. Der Fürst, der für jedes von mir geschriebene Wort von der Presse und von der Regierung verantwortlich gemacht wurde, ließ, als ich Stumm angegriffen hatte, in den „Hamburger Nachrichten" verkünden, meine Wochenschrift sei „in die socialdemokratische Richtung hineingeglitten". Das offiziöse Telegraphenbureau trug die Botschaft in alle Winde. Und als ich in Friedrichsruh anfragte, ob die Bannbulle von dort gekommen sei, erhielt ich in einem sehr höflichen Brief die Antwort: es sei nicht zu vermeiden, daß „bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten beide Herren sich auch öffentlich divergierend aussprechen"; und der frühere Kanzler könne den Verdacht nicht zulassen, daß er „die Aufreizung der Besitzlosen gegen die Besitzenden, der Arbeiter gegen die Unternehmer billige", wie sie in einzelnen meiner Artikel „zu Tage getreten sei". Stiefelleder, nicht war? Am 16. März 1895 besprach ich hier das Intermezzo und sagte: „Ich werde der Thatsache, daß ich in socialdemokratischen Blättern ein Stipendiat der Schönhausener Stiftung und ein Bravo von Friedrichsruh genannt und in einem bismärckischen Blatt als Socialdemokrat denunziert werde, die tröstende Gewißheit entnehmen, daß mein Bemühen, zugleich der großen Persönlichkeit Bismarcks und dem lebenskräftigen Kern der socialen Reformgedanken gerecht zu werden, nicht ganz erfolglos geblieben ist." Ein Jahr lang und länger stockte aller Verkehr. Die Umsturzvorlage war gekommen. Herr von Stumm schrieb mir, Herr von Köller ließ mir durch seinen Adjutanten sagen, sie wüßten genau, daß Bismarck meine socialpolitische Haltung im höchsten Grade mißbillige. Das wußte ich auch; und konnte es leider nicht ändern. Gut, sprach der Adjutant: dann wird der Fürst sich öffentlich schroff von Ihnen lossagen. Das würde mir weh thun; meine politischen Artikel aber sollten nie mehr sein als der Ausdruck persönlichen Wollens; und lossagen kann man sich nur von einem zur Gefolgschaft Verpflichteten. So weit kam's nicht. Und als ich später, wiederholter Anregung folgend, nach Friedrichsruh gereist war, hörte ich beschämt das milde Wort: „Trotz Ihrem avancierten Socialismus, den ich, in meinen Jahren und bei meiner Vergangenheit, nicht mitmachen kann, möchte ich Sie unter meinen Freunden nicht missen." Das alte Verhältnis war wieder hergestellt. Den angenehmen Verkehr mit dem zweiten Fürsten Bismarck, einem der liebenswürdigsten und auf dem Gebiet internationaler Politik gebildetsten Männer, die ich je kennen gelernt habe, hat meine angebliche „Vertretung socialdemokratischer Tendenzen" mich aber gekostet. Und die echten Bismärcker haben mir nie verziehen, daß ich gegen jedes Ausnahmegesetz war und den Heros da nicht vergötterte, wo er in seinen alten Tagen mir sterblich schien. Gegen Köller und Stumm, für Otto Bismarck, das märkische Wunder, und gegen den Mann, der die Seinen nach einem Socialistengesetz rufen ließ, für Getreidezölle und dennoch für eine Kultur, die zwischen Lehre und Leben endlich die feste Brücke schlägt, für Kanitz und Ibsen: solche Politik mag inkonsequent sein, blitzdumm, trotzdem sie im modernsten Lande von den modernsten Staatsmännern so ungefähr heute vertreten wird, — ein Profitgieriger, Genosse Bebel, hätte dieses Wagestück nicht unternommen. Der hätte sich vom Ballast eigner Ueberzeugung früh befreit und sich als Wortführer der reichsten Klassen etabliert, der Klassen, denen ich die bitterste Wahrheit nicht erspart habe, wenn sie mich Wahrheit dünkte.

Was mir notwendige Wahrheit schien, habe ich auch über die Socialdemokratie gesagt. Richtiges oder Falsches, mit Fug oder Unfug: eine Partei, die den Anspruch erhebt, den Höchsten das Herbste zu sagen, müßte sich schämen, wenn sie solche Kritik nicht gestatten wollte. Ich weiß schon: der Ton, der berüchtigte „persönlich-gehässige Ton"; will aber die Grachen, die über den Aufstand klagen, heute nicht allzu ernst nehmen und hoffen, daß Herr Bebel nicht mehr für sich heischt, als ein Reichskanzler verlangen kann und, wenn er nicht ganz unklug ist, wirklich nur verlangt. Und es ist einfach nicht wahr, was verbreitet wird: daß die Socialdemokratie hier „beständig gemein beschimpft worden ist": von mir nicht ein einziges Mal. Nicht wahr, daß ich je geschrieben habe, Bebel sei zum Kinderspott geworden; nur: er sei recht gealtert. Ist das schon Verbrechen, da man ungestraft doch ein Jahrzehnt lang dem Monarchen sagen durfte, er sei noch recht jugendlich? . . . Was also bleibt? Nach dem Primadonnenartikel habe ich Bebel aufgefordert, hier, vor dem selben Publikum, zu dem ich spreche, über seine Partei und deren Ziel zu sagen, was ihm beliebe. Er antwortete grob, ich duplizierte noch gröber. Er schickte mir meinen, ich ihm seinen Brief ohne Begleitwort zurück. Damit war die Sache erledigt; und als er zum erstenmal wieder von mir erwähnt wurde, rühmte ich seine „ausgezeichnete und darum unbeachtete Rede" zum Kasernierungsgesetz. In allen seitdem erschienenen Heften wird er kein ihm zugeschleudertes Schimpfwort finden. Kein einziges, — bis zum Dresdener Parteitag.

. . . Ich komme ohne Peroration zum Schluß. Fanatikerwut möchte jetzt die vier ungetreuen Genossen am liebsten verbrennen. Das wäre nicht gerecht. Denn der Hauptschuldige heißt noch immer: August Bebel. Der hat Aengstliche eingeschüchtert und gegen einen, dessen Wesen und Wirken er nur aus grundfalscher Darstellung kannte, die Masse entflammt, bis sie bereit war, jeden Andersdenkenden niederzubrüllen. Die vier Genossen waren keine Helden und haben gegen mich unverzeihlich gefehlt. Die Partei aber sollte sie pardonnieren. Sie werden die Lehre so leicht nicht vergessen. Und dann braucht Herr Bebel nur noch dafür zu sorgen, daß in seiner Partei, wie am Hof und im Rat guter Könige, auch wider den Wunsch und die Laune des höchsten Gebieters jeder ungefährdet und frei seine Meinung aussprechen darf.

Vierter Verbandstag des Centralverbandes der Stukkateure usw.

Köln, 8. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Verbandstag befaßte sich heute mit Statutenberatungen. Es wird beschlossen, künftig auch bei dem Tode der Ehefrau Sterbegeld zu zahlen.

Bei der Reiseunterstützung wird beschlossen, daß künftig dieselbe nur von einer Filiale zur andren gezahlt wird, damit nur das Mitglied unterstützt wird, das wirklich zur Aufsuchung von Arbeit reist.

Es wird ferner beschlossen, den Beitrag, der jetzt für die Monate Dezember, Januar und Februar 30 Pf. beträgt, auf 50 Pf. (wie in den übrigen Monaten) zu erhöhen. Die Erhöhung soll schon am 1. Dezember dieses Jahres stattfinden.

Es wird weiter beschlossen, daß von den Beiträgen, statt bisher 50 Prozent, vom 1. Januar an 65 Prozent an die Hauptkasse abgeführt werden müssen.

Die Anträge: den Sitz des Hauptvorstandes von Hamburg nach Berlin (Antrag Berlin) bezw. nach Frankfurt a. M. (Antrag Frankfurt) zu verlegen, finden keine Gegenliebe. Die Begründung für die Verlegung haben die betreffenden Delegierten schon bei der Diskussion über den Bericht des Hauptvorstandes angeführt. Es wird beschlossen, den Sitz des Vorstandes wieder nach Hamburg und den Sitz des Ausschusses wieder nach Leipzig zu legen. — Das Gehalt des Hauptvorsitzenden wird von jährlich 2000 M. auf 2100 M. erhöht. Der bisherige Hauptvorsitzende Odenthal wird nahezu einstimmig wiedergewählt.

Beim letzten Punkte der Tagesordnung: „Verschiedenes" wird folgender Antrag der Filiale Plauen angenommen: „Wird von einer auswärtigen Firma ein Zweiggeschäft in einer andren Stadt errichtet, so haben die organisierten Kollegen, die nach dem betreffenden Orte geschickt werden, sich der dort bestehenden Filiale anzuschließen und mindestens die Löhne zu verlangen, die am Ort des Zweiggeschäfts von der Organisation festgelegt sind, sobald diese mehr betragen als am Stammorte des Geschäftes."

Ein andrer Beschluß geht dahin, daß die Summe, die der Elberfeld-Barmer Streik kostet, auf die einzelnen Filialen prozentual zu verteilen ist.

Endlich wird beschlossen, von dem Protokoll des Verbandstages 5000 Stück drucken zu lassen und den Filialen zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen.

Eingegangene Druckschriften.

Wolff, Rote Byzantiner. Preis 50 Pf. Friedrich Luckhardt, Verlagsbuchhandlung. Berlin und Leipzig.

Lorenz Pieper. Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. 266 Seiten. Stuttgart und Berlin 1903. J. G. Cottasche Buchhandlung.

P. Johs. Müller. Des Schulzimmer. 75 Seiten. Berlin 1906. P. Johs. Müller u. Co., Hedemannstr. 15.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 10. Oktober.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Hänsel und Gretel. — Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches. Geschäft ist Geschäft.
Berliner. Die Jungfrau von Orleans.
Westen. Der Freischütz.
Lessing. Der Sturmgeselle Sokrates.
Residenz. Sphinx. Das beste Mittel.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.
Carl Weiß. Amor in Wichs.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Fleck auf der Ehr'.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Bibliothekar.
Neues. Der Kammersänger. Salome.
Kleines. Nachtasyl.
Luisen. Mönch und Soldat.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingsluft. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Casino. Tolle Kadetten. Specialitäten.
Palast. Genießet das Leben. — Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Abends 8 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.

Salome.

Vorher: **Der Kammersänger.**
Anfang 7½ Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.

Nachtasyl.

Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Mönch und Soldat.

Sonntagnachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen: Die Jungfrau von Orleans. Abends: Einer von unsere Leut'. Montag: Krieg im Frieden. Dienstag: Krieg im Frieden. Mittwoch: Einer von unsere Leut'. Donnerstag: Zum erstenmal: Berlin bei Nacht.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7½ Uhr.

Das beste Mittel.

Schwank in 3 Akten von A. Bisson. Deutsch von B. Jacobsohn. Vorher: **Sphinx.** Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Lutti.**

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes! Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern. **Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.** Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.

Die Liebesschaukel.

In Vorbereitung: „**Biscotte**".

Apollo-Theater.

Zum 4. Male:
Mit vollständig neuer Ausstattung:

Frühlingsluft.

Operette in 3 Akten von weiland **Josef Strauss.**
Im 3. Akt: **Blütenhochzeit.**
Ballett von Louis Gundlach.
Ferner: **Die neuen Specialitäten** und **Messters Biophon.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Fleck auf der Ehr'.** Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Renaissance.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Die Ehre.**
Montagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.**

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.** Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Romeo und Julia.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**
Montagabend 8 Uhr: **Im weissen Rössl.**

Cirkus Schumann.

Heute, Sonnabend, den 10. Oktober, abends 7½ Uhr:

High-life-Soiree.

Der **König** der **Wüstenkönige**, Herr **Jul. Seeth** mit seiner einzig dastehenden Gruppe von **25 männlichen dressierten Löwen.**
Spanische Schule, geritten von dem weiblichen Toreador **Frl. Dora Schumann.**
Mons. Pissiutti, ausgez. Jockeyreiter. | **Frl. Slezack**, Reitkünstlerin. | **Mons. Duroff**, russischer Blitzreiter.
Der preisgekrönte 6er Zug u. die fahrenden Cascaden, non plus ultra der Pferdedressur von Dir. **Alb. Schumann.** — Morgen nachmittag: **1 Kind frei;** weitere Kinder zahlen halbe Preise. — In beiden Vorstellungen: 25 Löwen. Die Wunderaffen. Alle Clowns.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

Um **8** Uhr:
An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal:
Verbreitungsmittel der Pflanzen.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Sonnabend, 10., abends 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Direktor Busch: 2 Perserhengste. „Neapolitano Soja", echt Lippizaner Hengst, ger. von Hrn. **Burkhardt-Foottit. Eine Hirschjagd**, ger. mit 20 Voll- u. Halbblutpferden.
Die beiden Sensationen Berlins: Miss Claire Heliot, Paul Mündner. Zum Schluß:

Berliner Winterfreuden.

Humoristisches Manege-Schaustück. Sonntag, den 11. Oktober: Zwei große Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen: **Miss Claire Heliot, Paul Mündner.**

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Lebend!! Die zusammengewachsenen Schwestern, 25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen
Neu!! **Der Riese Andries Venter** aus Transvaal, ehemal. Leib-Gardist d. Präsidenten Krüger.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. **Puhlmanns Vaudeville-Theater,** Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit großem Beifall aufgenommenen

Norddeutschen Sänger.

Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Jeden Dienstag und Freitag: **Gastspiel Berl. Volks-Theater.**
Jeden Mittwoch: **Grosser Elite-Familienabend, Norddeutsche Sänger u. Ball.**
Entree 30 Pf. Sperrsitz 50 Pf.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7½.
Das vollst. neue Oktober-Programm.
Arnolde—Wolpert—Marzelli.
Die neue Posse: „**Die Diebesfalle**".
Um 9½ Uhr: **Tolle Kadetten.**
Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Unser Goldjunge.**

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzchen.**
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Buntes Theat.), Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Der Sensations-Erfolg
Gastspiel Adolf Philipp.

Ueber'n großen Teich

Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akt. von Adolf Philipp.
Billetvorverkauf (ohne Gebühr) an der Theaterkasse, Invalidendank, Künstlerdank und in Wertheims Warenhäusern.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Außerdem ganz neues Programm.
Zum Schluß:
Die Angströhre.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Gewöhnliche Preise!
Olga Wohlbrück,
Spott- und Geissellieder.
Das Moto-Mädchen,
Mensch oder Maschine.
Das neue Rätsel für Berlin!
Prolongiert.
14 neue erstkl. Nummern.

WINTERGARTEN

Neues Programm:

Saharet australische Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist, assistiert v. Miss Jeane Franciola. Goldin gab am 12. November 1902 in Sundringham eine Separatvorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. und Sr. Majestät König Eduard VII.
Smith u. Doreto Excentrics.
Therese Renz Schulreiterin.
Die drei Luppus Reckturner.
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agoust's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin.
Smaun der kleinste Akrobat.
Die Jahrmarktsprinzess Ballett.
Der Biograph.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Heute nachm. 4 Uhr: 10, 25, 40 Pf.:
Die sieben Raben.
Abends 8 Uhr: Nur noch kurze Zeit:
Amor in Wichs.
Morgen nachmittag 3 Uhr: Parkett 60 Pf.: **Die Schule des Lebens.**

Palast-Theater früher Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Riesen-Erfolg.
8½ Uhr:

Genießet das Leben.

Das grandiose * * * * Oktober- * * * * Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für [28/10*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Ich wohne jetzt **Pankow, Florastraße 51, I.** 22585*
B. Strelewicz.

Hüte

Capeau claque . von **7,50.**
Cylinderhüte . . von **4,00.**
Filzhüte . . . . von **1,50.**

2844L*

Pelz-Waren
nur eignes Fabrikat.
Schirme grösstes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2. Ecke Skalitzer-Str.

Restaurant „Wilhelmshof"

2 Minuten vom Bahnhof **Hirschgarten**
Inhaber: **Wilhelm Radischat.**
Empfehle mein Lokal mit großem Garten und Saal, ca. 2000 Personen fassend, verdeckte Kegelbahnen, Kaffeeküche usw., den Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen Benutzung. 2955L*

W. Noacks Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.

Die Geier-Wally.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familien-Ball.
Sonntag: **Die Geier-Wally.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.
Sonntag:

Kyritz-Pyritz.

Posse mit Gesang in drei Aufzügen von Wilken und Justinus.
Anfang 5 Uhr.
Montag: **Preciosa.**

Etabl. Buggenhagen

Moritzplatz.

Künstler-Ensemble
„Nordsterne"
unter Leitung d. Herrn **Rudolf Schauss.**
Anf. 7½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverk. 40
Bons hab. Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Untere Saal: **Przywarski**-Konzert.

Reichshallen

Stettiner Sänger
(Menzel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Böckmann, Plättner, Schrader u. Eberino.)
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

BLUTARMEN u. KRANKEN

steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

Anfertigung feiner
Herren- und Damen-Garderobe,
bessere Damenjacketts auf Lager.
Eleg. Ausführung, gering. Teilzahlg.
J. Kurzberg,
Neue Königstr. 47, II, *
direkt am Alexanderplatz.

Anzüge Paletots

für **Herren**, aus feinsten Maßstoffen herrührend, vornehm an Sitz, Eleganz. **Maßpreis bis 70 M., jetzt 20—40 M. Hochelegante Herren-Beinkleider, Maßpreis bis 22 M., jetzt 8—12 M.** 2923L*
Verkauf täglich, auch Sonntags.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 73, I Treppe.

Luisenstädt. Klubhaus,

Annenstr. 16. Inh. **H. Grupe.** *

Saal für Vereine.

3 Vereinszimmer. Fernspr. 7a, 7301.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, beste Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Reste Reste Reste Reste
Damen-Kostüm- und Paletotstoffe — Herren-Anzug- und Paletotstoffe
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Rosestr. 2.
Koch & Seeland.

97, Gelegenheitskäufe, 97,

in Winterpaletots, Winterjoppen, elegante Anzüge für jedes Alter, bestangefertigte Ware, **keine Fabrikarbeit,** zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Große Auswahl in Monats-Garderobe, wenig getragen. [2328b*
H. Moldauer, Prinzenstraße 97, an der Wasserthorstr.
Da ich keine Filialen unterhalte, bin ich im stande, billiger zu verkaufen, als meine Konkurrenz.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten 2185b*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu, sowie speciell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Stalitzerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Reste

C. PELZ
DAMENMÄNTEL · KOSTÜMSTOFFE · PLÜSCH · PALETOTSTOFFE · BESATZARTIKEL · ASTRACHAN · KRIMMER
4. Kottbuser Strasse 4.

⚒ Josef Fischer ⚒

Ostbahnhof, Brombergerstr. 19/21 verkauft die **Kohlen** am billigsten ab seinem Lagerplatz. Von 10 Ctr. an 1 Ctr. Hansa Halbsteine nur 65 Pfg. 1 Ctr. Senftenberger Briketts 6+7 Zoll nur 70 Pfg. 1 Ctr. echt Senftenberger, Henkels Werke, 7 Zoll, nur 80 Pfg.
Bessere Kohlen als letztere giebt es nicht, mag der Name der Briketts sein, wie er will. Unter 10 Ctr. pro Ctr. 5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pfg. der Centner mehr. 50 Handwagen verleihe zur Kohle a 10 Pfg. 2828L*

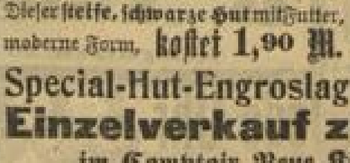
Erkner—Baustellen

billig, günst. Zahlung, nur d. Bauer **Catholy, Buchhorsterstraße,** 5 Min. ab Schule. 52 Stck. bis jetzt verk. Näh. **Schulz,** Rixdorf, Lenaustr. 12/13. *

Achtung! Vereine!
Saal (ev. Bühne) bis 300 Personen ist zum Sonnabend den 14. November frei geworden.
2916L* **Neues Club-Haus, Kommandantenstraße 72.**

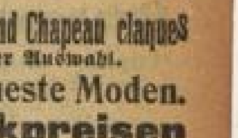
Hüte

in allen Preislagen.
A. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstrasse. 2704L*



Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, **kostet 1,90 M.**

Nur neueste Moden.



Cylinderhüte und Chapeau claques in großer Auswahl.

Special-Hut-Engroslager nur neueste Moden.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im **Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe,**
drittes Haus vom Alexander-Platz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter **M. 1.50,** mit Atlasfutter **M. 2.—,** hochfeine **Qualität M. 2.50,** extra feine **M. 3.—,** beste **Qualität M. 4.50.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 7. Oktober verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Adolf Hanschbach

Bergstr. 74.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt. 249/9

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Gestern abend 11 Uhr verschied sanft nach langen, schweren Leiden unser geliebter Bruder, Schwager, Freund, der Redakteur

Richard Levy

im 31. Lebensjahre.
Berlin, Leiden, Gr.-Lichterfelde, den 8. Oktober 1903.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Margarethe Levy.
Dr. Anton Levy.
Franziska de Graaff.
Eugenie Levy.
Willem de Graaff.
Familie Adam. 30/5

Die Beerdigung findet Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des jüdischen Friedhofes zu Weißensee aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Tischler 2342b

August Wichmann

nach langem schweren Leiden im 44. Lebensjahre am 7. d. M. verschieden ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde, Nieder-Schönhausen, aus statt.
Die trauernde Witwe **J. Wichmann** nebst Kindern.

Achtung! Zimmerer.

Die Zahlstelle **Moabit, Bezirk 4,** der Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer befindet sich **jetzt Birkenstr. 29a.** 2330b
Der Vorstand: C. Guttheil.

Orts-Krankenkasse

für das
Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Sonntag, den 18. Oktober 1903, im Restaurant Schulz, Weißortstr. 15 (früher Grenadierstr. 33): 277/3
Versammlung der Arbeitgeber u. großjährigen Kassenmitglieder.
Tages-Ordnung:
Vormittags 9½ Uhr: Ergänzungswahl von einem Arbeitgeber-Vertreter.
Vormittags 10 Uhr: Ergänzungswahl von 7 Arbeitnehmer-Vertretern, § 49 (7. Abänderung) des **Statuts.** Quittungsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Land, Woche 2 M. Abzahlung, 840 qm 300 M. Vorort. Nur mündlich. **Herronimy,** Blumenstr. 79. *

Gardinen-Reste

Ausverkauf 2763L*
500 bis 1000 Reste spottbillig um zu räumen.
Grüner Weg 80, parterre
Eingang v. Flur. **Bruno Güther.**

Künstl. Zähne,

tadellose Ausführung
von 3 M. an, **Plomben** von 2 M. an
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Vorzeiger dieses erhält: 4 M. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 M., unter 20 M. 2 M. 2051L*
Teilzahlung gestattet.

5 Billards — Neu eröffnet. **1. Etage.** Neu eröffnet. **Neuhusen-Billards** mit Korkan-Bande a Stunde **40** und **60 Pf.**

Café Schurig

Oranienstr. 144, am Moritzplatz.

Neu eröffnet. **1. Etage.** Neu eröffnet. **Grosse Auswahl von Zeitungen,** modernen Witzblättern und Journalen. **Kaffee 10 und 15 Pf., Bier 10 Pf.** — **5 Billards**

Centralverband der Glaser Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Glaser!

Sonnabend, den 10. Oktober 1903, abends 7 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuth-Straße Nr. 20:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Schlichtungs-Kommission. 2. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen **Eichhorn** aus Karlsruhe.

Nur Organisierte haben Zutritt. Das Verbandsbuch ist mitzubringen.

Die Unternehmer sind **nicht** in der Schlichtungs-Kommission erschienen! Besucht Mann für Mann die Versammlung. 76/16

Die Ortsverwaltung. J. A.: Jahn.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1904

Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Das Kinderschutzgesetz.

Die Reichstagswahl von 1903

mit vergleichenden Zahlen der für die Sozialdemokratie im Jahre 1898 abgegebenen Stimmen.

Porträts und Biographien der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Sitzungssaal des Reichstags (Illustrat.) Die Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten. — Wahlbeteiligung u. Stimmenzahl der Parteien. — Beteiligung der Parteien an Haupt- und Stichwahlen. — Die Volksschulen in Deutschland. — Vom Schlachtfeld der Arbeit. — Einnahme- und Ausgabetabellen. — Notiz-Kalender. — Die Mitglieder der freien Gewerkschaften. — Weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften. — Finanzielle Leistungen der Gewerkschaften. — Adressen der deutschen Gewerbeinspektoren, der Zentralverbände, Arbeitersekretariate. — Zur Beachtung für Revisoren.

Der Kalender ist ein unentbehrliches

Nachschlagebuch für Gewerkschaften und Partei

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verlag:

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Ziehung 21. und 22. Oktober zu Berlin im Kaiserhof.

Berliner Lose à 1 M.

der techn. Kommission f. Trabrennen. 11 Lose 10 M., Porto und Liste 20 Pf. Pferde-Gew. m. 70% d. angegeb. Wertes sofort verkäuflich gegen

Bar-Geld.

6089 Gewinne im Gesamt-Werte von M.

100 000
1 à M. **10 000**
1 à M. **6000**
1 à M. **5000**
1 à M. **4000**
2 à **3000** = **6000**
5 à **2000** = **10 000**
6 à **1500** = **9000**
2 à **1000** = **2000**
6000 à 15, 10 u. 5 M. **44 000**
20 Fahrräder = **4000**

Lose versendet d. General-Debit:

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Töpfer- u. Ofensetzerei, passende Wohnung, 2 Stuben, Küche und 4 Fenster Lagerraum, Garten, in aufstrebendem Teile Wilmersdorfs, konkurrenzlos, 500 M., per sofort zu verm. Vogel, Friedenau, Kirchstr. 20.

Für Maurer.

Allabendlich findet Unterricht im bautechnischen Zeichnen, Veranschlagen, Kostenberechnenꝛc. statt. **Ausbildung zum Polier.** Meldungen nimmt entgegen Maurermeister **Karras,** 2818b NW., Beusselstr. 71, II.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin I.

Bureau u. Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II Zimmer 16. — Telephon: Amt VII, Nr. 3348.

Achtung! Kutscher aller Branchen! Achtung!

Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 2½ Uhr:

Grosse Protest-Versammlung

in den **Industrie-Sälen,** Beuthstraße 19.

Tages-Ordnung:

1. **Die hohen Polizeistrafen und unsre Stellungnahme hierzu.** Referent: **A. Werner.** 2. Diskussion und Beschlußfassung. 68/18

Bei der wichtigen, und für einen jeden Kutscher hoch interessanten Tagesordnung, ist es Pflicht eines jeden einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es gilt gemeinsam unsre Stimme zu erheben. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen bilden wir eine Macht.

Die Ortsverwaltung Berlin I.

NB. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend werden in sämtlichen Zahlstellen Beiträge entgegengenommen.

Montag, den 12. Oktober, abends 8½ Uhr, Hussitenstr. 40:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Karl Stripp** über: „Die Landstreicher". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 147/12

Montag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter und vom Arbeitsnachweis. 2. Bekanntmachung der Kollegen, welche sich zur Aufnahme gemeldet haben. 3. Anträge: a) Jeden Sonnabend Beiträge in den Zahlstellen anzunehmen. b) Aenderung der Arbeitslosen-Unterstützung. c) Anträge zum Delegiertentag. 4. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in obiger Versammlung zu erscheinen und das Mitgliedsbuch an der Kontrolle vorzuzeigen.

Die Differenz bei **Hahn & Hetzkow** in **Weissensee,** König-Chaussee 71, ist noch nicht beigelegt. **Der Vorstand.**

Grosses Garten-Etablissement

mit großen Sälen (der größte in der Umgebung), 18 eingerichteten Fremdenzimmern, Glaspavillon, Kaffeeküche, Kegelbahnen, Dampfer-Anlegestelle der Berliner Dampfer, im Vorort von Berlin, ist an solventen tüchtigen Wirt unter günstigen Bedingungen sofort oder per 1. April zu verkaufen. 2962a*

Schlossbrauerei Königs-Wusterhausen

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung, so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in

Teppichen, Portieren, Gardinen,

Diwan-, Tisch- u. Steppdecken, Möbel- u. Läuferstoffen etc.

Da wir riesige Waren-Posten gegen Cassa-Zahlung ungemein günstig erworben haben, verkaufen wir obige Artikel

zu **wirklich spottbilligen Preisen.**

Teppichhaus B. Adler & Co.,

Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **nur 1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt-Rathenower Brillen, Pincenez, Operngläser. 2827a*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Wollen Sie vorteilh. kaufen? So kaufen Sie nach Gewicht!

Ich führe **nur erstklassige Marken** und notiere bis auf weiteres ab m. Lagerplatz

Berlin O., Brombergerstr. 15/16 (königl. Ostbahnhof)

Ia **Sentbrgr. Marienglück,** 7", p. Ctr. (110—120 Stück) 75 Pf.
Ia **Diamant,** 7", ges. gesch. Qual., unerreicht, p. Ctr. (110-120St.) 80 Pf.
I. **Ilse-Briketts,** 7", bei 50 Ctr. p. Ctr. (110—120 Stück) 85 Pf.
Ia **Ilse u. Diamant,** Halbsteine sowie Wurf-Briketts, Ia Qual., p. Ctr. 65 Pf.

frei Keller pro Centner 10 Pf. mehr. Salon-Briketts bei **100 Ctr. 5 Pf.** billiger. — Ia doppelt gesiebten **Anthracit Cade** p. Ctr. M. 1,90, Buchen-, Birken-, Kiefern-Kloben I. Klasse, zerkl. auf eig. Maschinen, 2—3 Schnitt, p. Mtr. M. 11,—, 4—6 Schnitt 50 Pf. mehr. Ia **Oberschl. Steinkohlen u. andre billigere Marken** in Briketts II. Qualität, sowie **Coaks,** grob u. zerkleinert, liefere laut Preisliste. 2655L*

Bei Original-Waggons u. gröss. Abschlüssen direkt von d. Gruben verl. Sie meine Special-Offerte.

A. B. Koch, Berlin O., **Kohlen-Grosshändler.**

Seidene Steppdecken

alle Farben, Grösse 150/200 cm à **10, 12, 15** bis **20** Mk.

Daunen-Decken 18 Mk., 25 Mk., 30 bis **40** Mk.

Wollatlas à **4, 5, 6, 8** bis **10** Mk.

Excelsior-Cloth à **4.75, 6.50** bis **8** Mk., doppelseitig **9** Mk.

Seidenart. Lasting à **7.50, 9** Mk. u. **12** Mk. bis **14** Mk.

Satin, gemustert, à **4.50, 6** Mk. bis **7.50** Mk.

Purpur, echt rot, à **2.50, 3.25** bis **5** Mk.

Türkisch-Cretonne 2.25, 3 Mk. bis **4.50** Mk.

Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises.

Steppdeckenfabrik B. Hurwitz,

Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal.

Telephon I. 8311.

Gewerbegericht zu Berlin.
J.-Nr. 500 Gew.-Ger. 03.

Bekanntmachung.

In der Streiksache der bei den Firmen Schmalisch u. Below und Adolph Pieck beschäftigten Fliesenleger ist auf Grund der Vorschläge in der Sitzung vom 20. August 1903, an welcher teilgenommen haben:

1. Gewerberichter von Schulz als Vorsitzender,
2. Spediteur Licht,
3. Hutmachermeister Lucht, als Vertrauensmänner der Arbeitgeber,
4. Maurer Metzke,
5. Zimmerer Hinrichsen, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,

vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Berlin nach zuvor erfolgter Anrufung durch beide Teile ein

Vergleich

nachstehenden Inhalts zwischen den Parteien geschlossen worden, welcher gemäß § 76 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht der Stadt Berlin vom 25. Juli 1902 hiermit öffentlich bekannt gemacht wird:

I. Die Vertreter der beiden Firmen Schmalisch u. Below und Adolph Pieck zahlen 80 Pf. Stundenlohn; dagegen heben mit dem heutigen Tage sowohl der Verein der Mosaik-Fliesenleger Berlins und Umgegend als auch der Centralverband der Maurer, letzterer für die ihm angehörigen Fliesenleger, die Sperre gegen die beiden genannten Firmen auf. Die Vertreter der letzteren werden Fliesenleger, welche sich zur Arbeit melden, soweit Plätze frei sind resp. frei werden, zur Arbeit annehmen.

II. Die heutigen Parteien verabreden, daß über einen einheitlichen Tarif nicht bloß mit den anwesenden Firmen, sondern auch mit denjenigen Firmen, welche ebenfalls den Stundenlohn von 80 Pf. anerkannt haben, in kürzester Zeit vor dem Einigungsamt in derselben Besetzung verhandelt werden soll. Sie beantragen, bei dem Gewerbegericht einen Termin anzuberaumen, zu welchem sowohl die heutigen Parteien als auch die im Protokoll bereits angegebenen 13 Firmen zur Verhandlung und Schließung eines Tarifvertrages zu laden sind.

Der Termin hierzu ist auf Montag, den 24. August, vormittags 10 Uhr, bestimmt und es werden sowohl die Vertrauensmänner als auch die Vertreter der Parteien zu demselben ohne Vorladung erscheinen.

v. g. u.

gez. Schmalisch u. Below. Adolph Pieck: Raphaeli. W. Schulz, Fliesenleger. Franz Wegner, Fliesenleger. Karl Panser für den Verband der Maurer. Paul Winzler, Fliesenleger. v. Schulz. Paul Lucht. O. Licht. Jonny Hinrichsen. Heinrich Metzke.

Gewerbegericht zu Berlin
J.-Nr. 507 Gew.-Ger. 03.

In Sachen

der Lohnbewegung im Fliesenleger-Gewerbe ist in der Sitzung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts vom 24. August 1903, an welcher unter dem Vorsitze des Gewerbegerichts-Vorsitzenden v. Schulz teilgenommen haben:

als Vertrauensmänner der Arbeitgeber: Kaufmann Licht und Hutmachermeister Lucht;

als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer: Maurer Metzke und Zimmerer Hinrichsen;

nach erfolgter Anrufung des Gerichts durch beide Teile, zwischen den Parteien, und zwar:

auf Seiten der Arbeitgeber: den Firmen: Schmalisch u. Below, hier, Kochstr. 67, Adolf Pieck, hier, Lindenstraße 16/17, Fromm u. Hanns, hier, Mühlenstr. 13, Keller u. Körner, hier, Rüdersdorferstraße 49, Otto Ramin, Schöneberg, Grunewaldstraße 16, Perino u. Co., hier, Wilhelmstr. 6;

auf Seiten der Arbeitnehmer: dem Lokalverbande der Mosaik-Fliesenleger Berlins und Umgegend und den dem Centralverband der Maurer Berlins und Umgegend angehörigen Fliesenlegern,

nachstehender

Vergleich

geschlossen worden, welcher in Gemäßheit des § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes (Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1901) und des § 76 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht der Stadt Berlin vom 6. Juni / 25. Juli 1902 hiermit öffentlich bekannt gemacht wird:

§ 1. Der Stundenlohn beträgt 80 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit.

§ 2. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 6 Uhr nachmittags.

Pausen sind: a) von 8½ Uhr bis 9 Uhr vormittags, b) von 12 Uhr bis 1 Uhr mittags, c) von 4 Uhr bis 4½ Uhr nachmittags.

§ 3. An den Sonnabenden wird eine Stunde früher wie gewöhnlich, jedoch, falls der Lohn im Comptoir ausgezahlt wird, so zeitig, daß der Lohn um 5 Uhr in Händen des Arbeitnehmers ist, an dem Tage vor den hohen Festtagen (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) drei Stunden früher wie unter 2 festgesetzt ist, Feierabend gemacht, jedoch ohne Lohnabzug.

§ 4. Für Arbeiten innerhalb des Kreises, welcher den Radius Spittelmarkt als Mittelpunkt bis Potsdamerstraße, Ecke der Lützowstraße hat, werden Fahrgelder nicht vergütet. Außerhalb dieses Kreises wird Fahrgeld gewährt und zwar: Innerhalb der Ringbahn von dem der Baustelle und der Wohnung des Arbeitnehmers am nächsten gelegenen Punkte gerechnet, bei Arbeiten, die auf einer außerhalb der Ringbahn liegenden Baustelle ausgeführt werden, auch neben den zu gewährenden Fahrgeldern die mehr erforderliche Zeit.

§ 5. Bei Arbeiten, welche außerhalb des Vorort-Verkehrs auszuführen sind, wird außer den Entschädigungen unter § 4 ein Betrag von 2,50 M. pro Tag gezahlt; falls Kost und Logis gewährt wird, verringert sich der Zuschlag von 2,50 M. pro Tag auf 75 Pf.

§ 6. Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn Ueberstunden gemacht werden müssen, so ist für dieselben von 6 bis 9 Uhr abends ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen. Nachtarbeiten von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sowie Sonntagsarbeiten sind mit 100 Proz. Zuschlag zu bezahlen.

§ 7. Zur Arbeit werden von Seiten des Arbeitgebers Schnur, Schwamm und Pinsel geliefert. Das Tragen des Handwerkszeuges von einer Baustelle zur andern gehört zur Arbeitszeit. Ferner ist jedem Fliesenleger, falls er entlassen wird oder aussetzen muß, dieses auf der Arbeitsstelle vor Schluß der Arbeitszeit mitzuteilen.

§ 8. Accord wird nicht gearbeitet und darf im Falle der Verweigerung der Arbeitnehmer nicht entlassen werden. Ferner haben die Arbeitgeber Sorge zu tragen, daß auf jeder Baustelle ein verschließbarer Raum zur Unterbringung der Kleidung und des Handwerkszeuges herzustellen ist.

§ 9. Für die Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Streitigkeiten zur Vermeidung von Streiks und Aussperrungen soll von Fall zu Fall eine paritätische Kommission gebildet werden. Gegen die Entscheidung dieser Kommission steht der unterliegenden Partei die Berufung an das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu. Diese Berufung ist innerhalb acht Tagen nach Veröffentlichung der Entscheidung anzubringen.

Eine Kommission soll auch gebildet werden, um vor Ablauf der Dauer dieses Vergleiches über die neuen Arbeitsvertrags-Bedingungen zu beraten und zu beschließen. Auch gegen den Beschluß über den neuen Arbeitsvertrag steht den Parteien die Berufung an das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu.

§ 10. Arbeitsordnungen dürfen Bestimmungen, welche diesem Vergleiche entgegenstehen, nicht enthalten.

§ 11. Die Arbeiterorganisationen verpflichten sich, ihre Mitglieder zu veranlassen, nur bei Arbeitgebern in Arbeit zu treten, welche diesen Tarif anerkannt haben.

Die Arbeitgeber verpflichten sich, in erster Linie Mitglieder der beiden kontrahierenden Organisationen zu beschäftigen.

§ 12. Der vorstehende Vergleich ist gültig vom 1. September 1903 bis zum 1. Februar 1905 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn nicht acht Wochen vor Beendigung desselben eine Kündigung erfolgt.

Die Vertreter der Parteien schließen diesen Vergleich unter Vorbehalt der Genehmigung der von ihnen einzuberufenden Versammlungen.

Es wird hierzu bemerkt, daß mehrere Firmen, welche ihre Geneigtheit zum Abschluß eines Tarifvertrages mit den beiden genannten Arbeiter-Organisationen den heute anwesenden Arbeitgeber-Vertretern gegenüber geäußert haben, zur Verhandlung nicht erschienen sind, auch Bevollmächtigte nicht geschickt haben.

Die Arbeiter-Vertreter sowohl wie die Arbeitgeber-Vertreter werden persönlich auf dem Gewerbegericht erscheinen, die Arbeitgeber-Vertreter eventuell auch mit Vollmacht der heute nicht erschienenen Arbeitgeber, um eine definitive Zustimmungserklärung sämtlicher Beteiligten zu Protokoll zu geben.

v. g. u.

gez. von Schulz. Paul Lucht.
Oskar Licht. Jonny Hinrichsen.
Heinrich Metzke. Schmalisch u. Below.
Adolph Pieck-Raphaeli. Fromm u. Hanns. Perino u. Co. Rüdiger.
Keller u. Körner. Otto Ramin.
Wilhelm Böhl. Paul Winzler.
Karl Panser. Johann Jaensch.
Franz Wegner. Wilh. Schulz.

Verhandelt
Berlin, den 28. August 1903.

Anwesend:

A. Als Vorsitzender: Gewerberichter von Schulz.

B. Arbeitgeber: Schmalisch u. Below, vertreten durch Schmalisch. Adolph Pieck, vertreten durch Fräulein Raphaeli. Richard Schäffer, vertreten durch Prekontisch. Perino u. Co., vertreten durch Rüdiger. Bernhard Lehmann. Fromm u. Hanns. Keller u. Körner, vertreten durch Keller. Otto Ramin. H. Karsch. Barnebold u. Rasse, vertreten durch Prekontisch.

C. Arbeitnehmer: Schulz, Wegner, Jaensch, Vertreter des Verbandes der Mosaikleger; Panser, Vertreter des Verbandes der Maurer.

In Sachen

der Lohnbewegung des Verbandes der Mosaikleger Berlins und Umgegend und des Centralverbandes der Maurer erscheinen die obenbezeichneten Vertreter der Firmen und der Organisationen, um bezüglich des in der Sitzung des Einigungsamtes vom 24. August d. J. festgesetzten Tarifvertrages die Beschlüsse der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Versammlungen mitzuteilen. Sie einigen sich zunächst dahin, daß an Stelle des § 4 des soeben genannten Entwurfes folgender Inhalt treten soll:

Für Arbeiten innerhalb des Kreises, welcher den Radius vom Spittelmarkt als Mittelpunkt bis zur Potsdamerstraße, Ecke der Lützowstraße, hat, werden Fahrgelder nicht vergütet. Außerhalb dieses Kreises werden solche gewährt, und zwar innerhalb der Ringbahn von dem der Baustelle am nächsten gelegenen Punkte gerechnet.

Bei Arbeiten, die auf einer außerhalb der Ringbahn liegenden Baustelle ausgeführt werden, ist neben den zu gewährenden Fahrgeldern auch die mehr erforderliche Zeit zu bezahlen.

Ferner sind die Parteien auf Antrag des Herrn Panser damit einverstanden, daß im § 8 die Worte: „und darf im Falle der Verweigerung der Arbeitnehmer nicht entlassen werden" gelöscht werden.

Alsdann soll der letzte Satz des § 8 folgendermaßen beginnen: „Die Arbeitgeber haben Sorge zu tragen", so daß die ursprünglichen Anfangsworte des Satzes: „Ferner haben" wegfallen.

Endlich werden sich die Parteien dahin einig, daß der ganze § 11 aus dem Tarifvertrage zu beseitigen ist.

Mit diesen heute beschlossenen Abänderungen erklären die Parteivertreter hiermit ausdrücklich den in der Sitzung des Einigungsamtes vom 24. August festgesetzten Tarifvertrag namens ihrer Auftraggeber zu genehmigen.

v. g. u.

gez. Schmalisch u. Below. Ad. Pieck: Raphaeli. ppa. Richard Schäffer: Prekontisch, auch in Vertretung der Firma Barnebold u. Rasse. Perino u. Co.: Rüdiger. B. Lehmann. Fromm u. Hanns. Keller u. Körner. Otto Ramin. H. Karsch. W. Schulz, Fliesenleger. Franz Wegner, Fliesenleger. Hermann Jaensch, Fliesenleger. Für den Centralverband der Maurer: Karl Panser.

Nachträglich: Mit vorstehenden Abänderungen des Tarifvertrags einverstanden:

gez. A. Selchow. gez. M. Zander

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Ein Kleeblatt.

„Münchner Post“. „Petite République“. „Berliner Tageblatt“.

Das „Berliner Tageblatt“ hat eine neue Entdeckung gemacht. Mein letzter Artikel in der „Neuen Zeit“, worin ich im Interesse der sittlichen Reinheit ein strenges Gericht über alle unsauberen Elemente fordere, ist ihm ein deutlicher Beweis dafür geworden, daß ich die Bernhardsche Parteimoral mit doppeltem Boden zu der meinen gemacht habe.

Die Redaktion des „Vorwärts“ ersucht mich, das richtig zu stellen, was ich natürlich mit Vergnügen thue. Aber ich benutze die Gelegenheit, um noch einiges andre richtig oder klar zu stellen, was mit dieser Affaire mehr oder weniger in Zusammenhang steht.

In demselben Artikel, in dem das „Berliner Tageblatt“ meine sittliche Verworfenheit enthüllt, findet sich folgender Passus:

„Just in derselben Zeit, als Kautsky, der Principienwächter des Marxismus, auf dem Dresdener Parteitage den Bannstrahl gegen die Revisionisten schleuderte, ereignete sich in Frankreich etwas Merkwürdiges. Nach der „Petite République“ hat der Municipalrat von Montluçon (im hochindustriellen Departement Allier) eine Million Frank für den Bau einer Infanterie-Kaserne bewilligt. Dieser Municipalrat aber besteht aus unentwegten Guesdisten und Blanquisten, und Maire von Montluçon ist der „revolutionäre“ Abgeordnete Constans. Die „Münchner Post“ des Herrn v. Vollmar übernimmt diese Nachricht, wie man sich denken kann, mit ganz besonderem Behagen. Die Geschichte ist für Herrn Kautsky noch um so blamabler, als er selbst eben erst anläßlich des Kongresses von Reims im Auftrage des deutschen Parteivorstandes den französischen radikalen Genossen „die unerbittliche Opposition gegen die bestehende Bourgeoisordnung“ recht dringlich ans Herz gelegt hat.“

Sicher ist diese Affaire höchst blamabel, aber für ganz andre Leute als die französischen Genossen des oppositionellen Socialismus oder meine Wenigkeit. Die „Münchner Post“ hat sich bereits gezwungen gesehen, in ihrer Nummer vom 7. Oktober zu erklären, daß die von ihr der Petite République“ entnommene „Nachricht nicht richtig“ sei. Da sie aber inzwischen „mit ganz besonderem Behagen“ von der bürgerlichen Presse übernommen worden ist, die kaum die nachträgliche Berichtigung mitteilen wird, muß ich an dieser Stelle darlegen, worum es sich handelt.

Der socialistisch-revolutionäre Municipalrat von Montluçon hat keinen Sou für den Bau einer Kaserne bewilligt, geschweige 1 Million Frank. Aber er hat allerdings eine Million für eine Kaserne ausgegeben, nämlich für den Ankauf einer alten, leerstehenden Kaserne, um sie für Gemeindezwecke zu verwenden. Diesen Thatbestand hat dann das Organ des Abgeordneten Jaurès zu der angegebenen Meldung verdreht, um die antiministeriellen Socialisten zu diskreditieren, und mein Begrüßungsschreiben diente der „Münchner Post“ als Handhabe, dazu noch meinen Namen in die anscheinend so blamable Affaire hineinzuziehen.

Schon auf dem Kongreß zu Reims hatte der Abgeordnete Constans in einer Rede die Sache richtig gestellt und die Methode der Berichterstattung der „Petite République“ gebrandmarkt. Parteigenossen, die sich dafür interessieren, verweise ich auf den Bericht des Genossen Kritschewsky in der „Leipziger Volkszeitung“, Nr. 225, 2. Beilage. Im „Vorwärts“, dem der gleiche Bericht zuging, wurde die betreffende Stelle nicht veröffentlicht.*)

Als Beispiel für die Glaubwürdigkeit der Mitteilungen der „Petite République“ aus dem Parteileben diene folgendes, für uns Deutsche besonders amüsante Stückchen. Um seinen Lesern den Dresdener Parteitag als einen Sieg des Revisionismus erscheinen zu lassen, berichtet der Abgeordnete Rouanet in der Nummer vom 2. Oktober, die Resolution über die Taktik habe nichts zu bedeuten, sei eine reine Formalität. Entscheidend zeige sich die Stimmung der Partei in der Wahl zum Parteivorstand, und die habe ergeben, daß neben Auer Vollmar mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit zum Parteisekretär gewählt worden sei. Vollmar habe in Dresden also nahezu die ganze Partei hinter sich gehabt!

Und nun zum dritten Blättchen des Kleeblatts, dem „Berliner Tageblatt“. In einem Artikel „Nachklänge zum Parteitage“ hatte ich Angesichts der Anklagen Hardens, die, wenn sie berechtigt sind, ehrlose Handlungen einiger Parteigenossen darthun, ein unparteiisches Gericht gefordert, das nur nach Thatsachen urteilt, sich durch Klatsch nicht beeinflussen läßt, das aber streng und unerbittlich waltet! Darüber ist das Mosseblatt sehr entrüstet und es sieht darin das Streben des „Torquemada der Partei“ einige „Ketzer“ zu „rösten“. Die „Meinungsfreiheit“ erstreckt sich also in der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ auch auf ehrlose Handlungen. Nun, sie muß es am besten wissen. Aber im nächsten Satz wird sie selber ethisch und erklärt:

„Dieser rückständigen Tendenz (nämlich dem Streben, unsaubere Elemente auszuscheiden! K.) entspricht es auch, daß Kautsky in einer Weise über die Pflicht der Wahrhaftigkeit schreibt, die jedem Jesuiten Ehre machen würde. Er meint nämlich, daß man dem Genossen gegenüber wahrhaft sein müsse, und fährt dann wörtlich fort: „Dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt.“ Ein Socialdemokrat darf also nach Kautsky den Feind, das ist die bürgerliche Gesellschaft, belügen, daß sich die Balken biegen — ein Beitrag zur socialdemokratischen Moral, der unsres Erachtens die Dreimillionen-Partei noch mehr diskreditiert als alle gegenseitigen Schimpfereien zusammengenommen.“

Welch feine Wendung durch Levysohns Fügung! Weil ich die Unwahrhaftigkeit unter den Genossen verpöne, bin ich ein Torquemada, und weil ich die Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit dem Feinde gegenüber weniger streng auffasse, bin ich ein Jesuit. Gleichzeitig ein Fanatiker der Wahrhaftigkeit und der Unwahrhaftigkeit. Oder meint das „Tageblatt“ vielleicht, ein Socialdemokrat dürfe wohl Genossen belügen, nie aber Feinde der Partei?

Will aber nun das „B. T.“ jeden Menschen, der seinen Feind belügt, zu einem Verworfenen oder Jesuiten stempeln, der durch die Enthüllung seiner Moral aufs schlimmste diskreditiert wird? Dann wird es gar manchen seiner Helden aufgeben müssen.

Der Grundsatz, den ich da ausgesprochen habe, daß man die Pflicht der unbedingten Wahrhaftigkeit dem Feinde gegenüber nie anerkannt habe, ist nicht etwa eine Forderung, die ich erhebe, sondern eine historische Thatsache, die so alt ist wie das Menschengeschlecht oder doch die Sprache, und die ich in meinem Artikel als solche konstatiere, ohne mich weiter darüber zu äußern.

Als ich diesen Satz niederschrieb, hatte ich Fälle im Auge wie den Hermanns, des Cheruskers. Als die Römer „frech geworden“ und in Germanien eingedrungen waren, da heuchelte bekanntlich Hermann, der „edle Recke“, Ergebenheit und Unterwürfigkeit gegenüber dem römischen Kommandanten Varus, wodurch es ihm gelang, diesen in einen Hinterhalt zu locken, in dem die römische Kriegsmacht vernichtet wurde. Das geschah freilich vor 1900 Jahren, aber bis heute, ja man kann sagen, seit einem Jahrhundert mehr denn je, wird die That Hermanns als eine herrliche gepriesen und unsrer Schuljugend im hellsten Lichte dargestellt.

Wird dadurch nicht nur die Partei der drei Millionen Wähler, sondern gleich die gesamte deutsche Nation aufs schlimmste diskreditiert?

Aber mit diesem Hinweis will ich mich nicht um die Aufgabe herumdrücken, die Frage zu beantworten, wie weit die Parteigenossen zur Wahrhaftigkeit gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft verpflichtet sind.

Ich bin der Anschauung — und alle Parteigenossen, die ich kenne, vertreten den gleichen Standpunkt, und einen andern habe ich in der Partei noch nicht kennen gelernt, so daß ich glaube, hier nicht bloß eine belanglose Privatmeinung, sondern die Meinung der Partei wiederzugeben: Ehrlichkeit ist auch dem Feinde gegenüber für einen Socialdemokraten in der Regel die beste Politik.

Einmal deswegen, weil unsre wichtigste historische Aufgabe die Aufklärung der Massen ist. Wir wollen die gesamte Masse gewinnen. Wer heute unser Feind ist, soll morgen unser Freund sein. Und wir können Freunde und Feinde in der Masse nicht trennen, können die Feinde nicht täuschen, ohne die Freunde zu täuschen. Keine Partei kann und darf daher so wenig mit der Verschleierung ihrer wirklichen Absichten operieren wie die unsre.

Gegen das Belügen der Feinde spricht jedoch auch der Umstand, daß wir eine Partei mit weitabliegenden Zielen sind, die sich an Augenblickserfolgen nicht genügen läßt. Die Politik der Lüge ist aber stets kurzlebig. Lügen haben kurze Beine und Lügner verfangen sich früher oder später in ihren eignen Schlingen. Je weniger wir „Realpolitiker“ sind, das heißt, je weiter wir über unsre Nase hinwegsehen, je weniger wir uns auf das Streben nach einzelnen Augenblickserfolgen beschränken, umsoweniger unterliegen wir der Versuchung, solche Erfolge durch die Täuschung von Gegnern zu erringen.

Endlich aber ist Ehrlichkeit auch dem Gegner gegenüber schon deshalb in der Regel unsre beste Politik, weil wir eine Partei sind, für welche die Thatsachen sprechen, die daher am stärksten dann ist, wenn sie ausspricht, was ist. Die Lüge ist das Kampfmittel des Schwachen gegenüber dem Starken. Wer seiner Sache sicher ist, wer sich selbst stark fühlt, lügt nicht.

Immerhin giebt es auch für einen Socialdemokraten Fälle, wo er nicht umhin kann, den Feind zu belügen. Es sind Notfälle, und es handelt sich dann um besonders unterschiedene Feinde, die von vornherein dazu da sind, uns zu bekämpfen, und die nie unsre Freunde werden können, es handelt sich dabei in erster Linie um die politische Polizei. Etwa politische Flüchtlinge vor ihr verbergen und ihre Verfolger auf eine falsche Spur lenken, verbotene Schriften unter falschen Angaben einschmuggeln, Lockspitzel belügen und ihnen Fallen stellen, das sind Uebertretungen des Gebots der Wahrhaftigkeit, die vielleicht selbst das „Berliner Tageblatt“ nicht als allzu jesuitisch oder diskreditierend betrachten wird, wenn es auch keineswegs der Auffassung der Parteigenossen beitreten dürfte, daß dergleichen zu thun eine sittliche Pflicht sei.

In seinen letzten Jahren hat freilich auch der Liberalismus diese Pflicht zur Täuschung des Feindes anerkannt und geübt.

Seitdem hat sich sein ethisches Empfinden sehr verfeinert. In der Theorie vertritt er jetzt die Pflicht unbedingter Wahrhaftigkeit, auch dem Feinde gegenüber. Und in der Praxis belügt er, das heißt der größte Teil seiner Vertreter in Presse und Parlamenten, nicht seine Feinde, sondern das deutsche Volk, „daß sich die Balken biegen“ — sobald es gilt, die Socialdemokratie zu diskreditieren.

Aber seine Praxis der Lügen vor dem Volke beirrt uns ebensowenig wie seine Theorie der unbedingten Wahrhaftigkeit auch dem Feinde gegenüber.

K. Kautsky.

*) Die betreffende Stelle ist im „Vorwärts“ nicht veröffentlicht worden, weil auch die unrichtige Darstellung der „Petite République“ von uns nicht übernommen war und weil einige Streichungen unwesentlich erscheinender Stellen des Kongreßberichts bei dem Umfange desselben und bei dem Raummangel unsres Blattes in dieser Aera der Erklärungen notwendig waren. Die Redaktion.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen! Seht die Wählerlisten zu den Landtagswahlen nach!

An den am 6. Oktober im „Vorwärts“ bekannt gegebenen 60 amtlichen Auslagestellen sind die Listen am Sonntag, den 11. Oktober, von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr, am Montag, den 12. Oktober, und am Dienstag, den 13. Oktober, von mittags 12 bis abends 8 Uhr, einzusehen. Außerdem liegen die Listen im Bereich des **zweiten Reichstags-Wahlkreises** an den genannten drei Tagen den ganzen Tag über in folgenden Lokalen aus: O. Kumke, Bülowstr. 59; Richter, Kulmstr. 36; Böttcher, Steinmetzstr. 29; Rickert, Steinmetzstraße 60; Marsch, Alvenslebenstr. 15; Hähnelt, Blumenthalstr. 5; Weist, Bülowstr. 67; W. Bruns, Wilhelmstr. 146; F. Ohneforge, Markgrafenstr. 102; R. Augustin, Lindenstr. 69; F. Lehmann, Friedrichstr. 16; H. Störmer, Zimmerstr. 24; Wieprecht, Schützenstraße 18/19; J. Sasse, Hornstr. 2; K. Werner, Hagelsbergerstr. 2; F. Rechtbach, Hagelsbergerstr. 23; F. Preuß, Belle-Alliancestr. 74a; Borgfeldt, Arndtstr. 35; J. Thomsen, Gneisenaustr. 30; E. Seidel, Mittenwalderstr. 16; Paul Scholz, Zossenerstr. 1, Ecke Barutherstraße; Jul. Fischer, Boeckhstr. 7; F. Ewald, Schönleinstr. 6; Patschke, Gräfestr. 31; E. Lindemann, Moritzstr. 9; Schulz, Wasserthorstr. 14.

Zweiter Wahlkreis. Die Mitglieder des Wahlvereins können, nachdem ihnen der Vereinsbeitrag für Monat Oktober abgestempelt worden ist, von heute ab das **Protokoll des Dresdener Parteitages** gegen Zahlung von 10 Pf. in Empfang nehmen. Der Vorstand.

Alt-Glienicke. Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von Satz statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten F. Zubeil über: „Die Landtagswahl“. Kassenbericht. Bericht von der Generalversammlung. Aufstellung der Wahlmänner zur Landtagswahl. Verschiedenes.

Nieder-Schöneweide. Sonnabendabend 8½ Uhr findet bei Franz die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Bericht von der Generalversammlung des Kreises. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Steglitz. Montagabend 8 Uhr findet bei Schellhase, Ahornstraße 15a, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent Genosse Fritz Zubeil. — Sonntagvormittag 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Wir ersuchen die Genossen, sich in ihren Bezirkslokalen pünktlich einzufinden.

Schöneberg. Zur bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl findet am Sonntag, 11. Oktober, früh 7½ Uhr, eine **Flugblatt-Verteilung** statt und zwar für den 2., 4., 7., 8. und 10. Bezirk. Treffpunkt bei: Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Döring, Merseburgerstr. 7; Reimer, Hohenfriedbergstr. 26; Hoffmann, Cheruskerstr. 16, und Moll, Sponholzstr. 34. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Britz. Heute Sonnabend findet bei Bethge, hier, Chausseestraße 39, das Stiftungsfest des hiesigen Wahlvereins statt. Komische Vorträge und turnerische Aufführungen werden mit Gesangseinlagen des Arbeiter-Gesangvereins Britz abwechseln. Die Festrede hält Genosse Fritz Zubeil. Entree 20 Pf.

Adlershof. Sonntagnachmittag 3 Uhr findet eine Volksversammlung für Männer und Frauen im Lokale des Herrn Meißner, Bismarckstraße 60 statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stadtverordneten Ewald: „Warum beteiligen wir uns an der Landtagswahl?“

Lokales.

Die „heilige“ Familie.

Spaltenlange Berichte bringen alle Blätter über den Prozeß Dippold, der gestern sein Ende erreicht hat. Zu acht Jahren Zuchthaus hat das Schwurgericht in Bayreuth jenen Unmenschen verurteilt, der ein junges, ihm zur Bildung anvertrautes Menschenkind in barbarischer Weise zu Tode gemartert hat. Auch wenn das Drama einen andren Ausgang gehabt hätte, wenn der perverse Hauslehrer statt ins Zuchthaus ins Irrenhaus gesteckt worden wäre, so hätte sich doch nichts an der Thatsache geändert, daß dieser Prozeß ein furchtbares Dokument für die **Zersetzung der Familie** im Zeitalter des Kapitalismus bleibt. Die Eltern der unglücklichen Kinder, die der wollüstigen Grausamkeit eines Entarteten zum Opfer fielen, gehören der sogenannten Creme der Berliner „Gesellschaft“, den oberen zehn Dutzenden an. Mit irdischen Gütern überreichlich gesegnet, konnte der Bankdirektor Koch seiner Familie alles Gute gewähren, konnte seinen Kindern die beste Erziehung und sorgsamste Pflege angedeihen lassen. Wenn er jetzt mit seiner Frau zusammen an dem Grabe des Kindes trauern muß, so kann ihnen auch der mitleidigste Mensch die **Verantwortung** für das schwere Unglück nicht von den Schultern nehmen. Denn es ist in der That unverantwortlich, wie diese Leute an ihren Kindern gehandelt haben. Unverantwortlich, aber nicht ungewöhnlich. Wir haben es ja vor noch gar nicht langer Zeit, bei der Katastrophe in dem Hause des sächsischen Kronprinzen, die auch von einem Hauslehrer heraufbeschworen wurde, erlebt, mit welcher Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit die reichen Familien bei der Auswahl der Kindererzieher verfahren. Auf irgend ein beliebiges Zeugnis, auf eine oberflächliche Empfehlung hin, wird so ein Präceptor engagiert, höchstens daß er sich einmal mit Gehrock und Cylinder der gnädigen Frau vorstellen mußte. Ob er ein braver Kerl ist, ob er mit Lust und Liebe und dem nötigen pädagogischen Talent und Wissen an seine Aufgabe herangeht — pah, das sind Nebensächlichkeiten. Das Engagement des Kutschers ist eine wichtigere Angelegenheit, als die Bestallung des Hauslehrers, weil der Kutscher mit „repräsentieren“ muß, während der Hauslehrer in den Hinterzimmern der Wohnung versteckt wird, wenn „Gesellschaft“ kommt. Und dort kann er treiben, was er will. In der Wohnung ebensowenig eine Kontrolle, wie auf dem Lande draußen, wo der Präceptor die Kinder monatelang fern von den Eltern unter seiner alleinigen Aufsicht hat. Das Kostgeld geht regelmäßig ein — im übrigen aber, bekümmert sich nicht Vater, nicht Mutter um das Wohlergehen der Sprößlinge.

Woher sollen sie auch die Zeit dazu nehmen! Geschäft und Gesellschaft nehmen ja die Kräfte von Mann und Frau bis auf den letzten Rest in Anspruch. Wenn die Damen der großen Welt ihre Kinder in die Welt gesetzt haben — eine lästige Angelegenheit, die sich nun einmal nicht auf andre übertragen läßt — dann haben sie auch so ziemlich alles gethan, was man billig von ihnen verlangen kann. Dann gehören sie wieder der „Gesellschaft“, dann haben sie wichtigere Pflichten zu erfüllen, als an der Erziehung ihrer Kinder mitzuarbeiten! Und der Mann: wenn er seine Geschäfte betreibt, Reichtümer auf Reichtümer häuft, einen Orden und Titel nach dem andren einheimst — ja, was soll er denn sonst noch thun? Giebt er dadurch seinen Kindern nicht bessere Waffen mit für den Kampf ums Dasein, als Tüchtigkeit des Charakters und Gediegenheit des Wissens sind? Soll er seine gequälten und abgeschundenen Nerven auch noch durch Kindergequarre und Sorgen um die Exercitien seiner Jungen strapazieren?

Wir schildern keine Ausnahmen, sondern die Regel, wenn wir das Familienleben der Großkapitalisten so charakterisieren. Der Kapitalismus hat es in Grund und Boden zerstört, zersetzt, derselbe Kapitalismus, zu dessen Schutz dieselben Leute die Mär ersonnen haben und in Welt hinausposaunen, die Socialdemokratie wolle die Familie zerstören.

Ihr Widerspiel finden die grauenvollen Zustände, die auf den „Höhen der Menschheit“ herrschen, drunten in der dunklen Tiefe der ärmsten Schichten des Proletariats. Nur, daß dort nicht der Ueberfluß, sondern die furchtbarste **Not** zerstörend wirkt. Daß ein gewissenloser Hauslehrer, der ohne jede Kontrolle blieb, einen Bankdirektorssohn totprügelte, das regt eine ganze Welt auf: wenn das Kind der geplagten Proletarierfrau ohne Aufsicht zu Hause bleiben muß und zu Tode kommt, dann hat man kaum noch ein Wort armseligen Mitleids, wohl gar noch einen harten Tadel, dafür übrig. „Nein Gott, das kommt ja so oft vor! Man weiß ja, daß diese Sorte ihre Kinder vernachlässigt!“ — Hier wie dort aber sind es in Wirklichkeit die entsetzlichen Zustände, die die Menschen schuldig werden lassen: unten nur Lasttiere, oben nur Mammonsdiener — wo aber ist der **Mensch**? Wahrer Menschlichkeit wieder eine Stätte zu bereiten, das ist **unser** großes Ziel und alles setzen wir daran, es zu erreichen.

Die Beerdigung unsres Parteigenossen Richard Levy, dessen Tod wir gestern meldeten, erfolgt am Sonntagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weißensee aus. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich an der Bestattungsfeier zu beteiligen.

Die Kontrolle des Schulbesuches, die die Schulkommissionen über die schulpflichtigen Kinder auszuüben haben, wird noch immer dadurch erschwert, daß diejenigen Eltern, die ihre Kinder nicht einer Gemeindeschule, sondern andren Schulen, einer Vorschule, einer Privatschule, den unteren Klassen einer höheren Mädchenschule, zuführen, vielfach die für solche Fälle getroffenen Bestimmungen unbeachtet lassen. Der Schulbesuch dieser Kinder untersteht zwar nicht der Kontrolle der Schulkommissionen, aber mindestens muß den zuständigen Kommissionen mitgeteilt und durch amtliche Schriftstücke nachgewiesen werden, daß die Kinder beim Eintritt in das schulpflichtige Alter überhaupt einer Schule zugeführt werden, soweit sie nicht im Hause unterrichtet werden sollen oder auf ärztliche Anordnung von der Unterrichtspflicht noch befreit bleiben. Auch wenn ein Kind, das bereits längere Zeit die Schule besucht, von einer Gemeindeschule auf eine Lehranstalt andrer Art (Gymnasium usw.) übergeht, muß der zuständigen Schulkommission hiervon Mitteilung gemacht werden, damit sie weiß, wo das Kind geblieben ist. Die Nichtbefolgung dieser Bestimmungen verursacht den Schulkommissionen zu Beginn jedes Halbjahres unnötige Arbeit.

Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans erschien heute früh zum erstenmal nach überstandener Krankheit wieder im Rathause. Von allen Seiten auf das herzlichste begrüßt, begab er sich in sein Bureau, um einige Sachen zu erledigen. Morgen wird Langerhans dem Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage über die selbständigere Stellung der Oberärzte an den chirurgischen Abteilungen der städtischen Krankenanstalten präsidieren und am 1. November dieses Jahres gedenkt der Vorsteher dann die Amtsgeschäfte der Stadtverordneten-Versammlung wieder in altgewohnter Weise zu übernehmen.

Die Sozialpolitik des Polizeipräsidiums. Die „Voss. Ztg.“ meldet: „Der Verein selbständiger Geschäftsinhaber zur Abwehr des Achtuhr-Ladenschlusses (Geschäftsstelle Münzstr. 9) entsandte gestern eine Abordnung, bestehend aus den Herren: erster Vorsitzender Kaufmann Pollnow, Blumenhändler Tille, Konfitürenhändler Riedel,

Klempnermeister Allschewski, Uhrmacher Prauser, Cigarrenhändler Klose, zum Polizeipräsidenten v. Borries. Nach längerem Vortrag durch den ersten Vorsitzenden über den Stand der Bewegung der Geschäftsinhaber, die Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses sind, erklärte der Polizeipräsident in entgegenkommendster Weise die Zusammensetzung der einzelnen Geschäftszweige einer sachgemäßen Prüfung vor der amtlichen Entscheidung unterziehen zu wollen, und bewilligte zur Herbeiführung der noch anzufertigenden Listen von Gegnern des Achtuhr-Ladenschlusses eine dreimonatliche Frist, bis zu welcher die Anträge der Anhänger des Achtuhr-Ladenschlusses ruhen sollten. Es liegt jetzt in der Hand der Geschäftsinhaber, durch Niederlegung ihrer Unterschrift bei genanntem Verein zur schleunigen Beschaffung des vom Polizeipräsidenten gewünschten Materials das Ihrige beizutragen."

So wird also die Erledigung einer Maßnahme, deren Notwendigkeit jedem einleuchten sollte, der für die drängenden socialpolitischen Fragen einiges Verständnis hat, einem beschränkten Kleinkrämergeist zu liebe auf Monate hinausgeschoben. Durch solche Verzögerung kann dem „Mittelstande" ebenso wenig geholfen werden wie durch Beibehaltung des Neunuhrschlusses; es werden dadurch nur die berechtigten Interessen der Angestellten schwer verletzt.

Volkskunst und Magistrat.

Die „Freie Volksbühne" hat die Absicht, im Laufe dieses Winters Kunstabende für ihre Mitglieder zu veranstalten. Es soll der Versuch gemacht werden, auf allen Gebieten der Kunst den Arbeitern das beste und vornehmste zu bieten. Um den Veranstaltungen einen möglichst intimen Charakter zu sichern, beschloß die Leitung der „Freien Volksbühne" bei der Stadt die Ueberlassung von Schulsälen zu beantragen. Auf den vor mehreren Wochen gestellten Antrag ist bisher noch kein Bescheid ergangen, obwohl die Zeit drängt. Dafür weiß heute ein Magistrats-Berichterstatter zu melden:

Die Direktoren der Anstalten hätten sich gegen diese Ueberlassung ausgesprochen. Der Magistrat habe sich dieser Ablehnung angeschlossen.

Welche Gründe diesem unerklärlichen Verhalten zu Grunde liegen mögen, ist uns nicht bekannt. Wir halten deshalb mit einer Kritik der Ablehnung vorläufig zurück. In Aussicht genommen waren zunächst u. a. ein Beethoven-Konzert und ein Klinger-Abend. Was veranlaßt die Direktoren und den Berliner Magistrat, den im höchsten Sinne volksbildenden Bestrebungen des Vereins Schwierigkeiten zu bereiten? Will man nicht, daß das Proletariat zu künstlerischer Begehrlichkeit und Genußfähigkeit erstarke?

Mit dem Neubau der königlichen Bibliothek auf dem Terrain des Akademiegebäudes soll im kommenden Frühjahr begonnen werden. Der größere Teil der Baulichkeiten an der Dorotheenstraße, ehemalige Wagenschuppen und Stallungen, wie auch das alte Dienerhaus, sind bereits abgetragen, und ein Teil der Fundamente dürfte noch in diesem Herbst beseitigt werden. Die bisher noch stehengebliebenen Gebäude, die zum Teil noch bewohnt sind, werden im April künftigen Jahres niedergelegt. Unabhängig hiervon wird jedoch schon im März auf dem übrigen Bauterrain mit der Fundamentierung des Neubaues begonnen werden.

Im Berliner Stadt- rc. und Vorort-Verkehr herrschen seit der Neuregelung der Zugformation Charlottenburg-Kaulsdorf noch immer Zweifel darüber, ob auf der Strecke Stralau-Rummelsburg-Kaulsdorf der Stadtbahn- oder der Vorort-Tarif platzgegriffen hat oder nicht. Die Staatsbahn-Verwaltung hat sich daher zur Herausgabe eines „Deckblattes" zum Aushangs-Fahrplan der Berliner Stadt- und Ringbahn veranlaßt gesehen, auf welchem besonders darauf hingewiesen wird, daß die Stationen Rummelsburg-Ost, Lichtenberg-Friedrichsfelde, Friedrichsfelde-Ost, Biesdorf und Kaulsdorf, ebenso wie die Stationen Eichkamp und Grunewald nicht Stadt- und Ringbahn-, sondern Vorort-Stationen sind.

Aus der gestrigen Magistratssitzung. Wie schon kürzlich mitgeteilt, waren vom Magistrat die Wahlbezirke 4, 9, 10, 11, 15 und 16 ausgelost worden, in denen Hausbesitzer von der II. Abteilung gewählt werden mußten. Nachträglich sind nun zwei Stadtverordnete Hausbesitzer geworden. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, zwei Bezirke von dieser Verpflichtung zu befreien. Der Magistrat hat wieder das Los entscheiden lassen. Die Bezirke 9 und 10 sind aus der Urne hervorgegangen, die von der Wahl eines Hausbesitzers befreit sind. Im 9. Bezirk steht der Stadtv. Iden und im 10. der Stadtv. Klaar, beides Hausbesitzer, zur Wiederwahl. — Ein hiesiger Unternehmer hat sich an das Polizeipräsidium gewandt wegen der Erlaubnis, an den Häusern der Straßenecken Tafeln anbringen zu dürfen, auf denen die zu vermietenden Räume verzeichnet sind. Der Magistrat ist um eine Aeußerung ersucht worden, und hat beschlossen, sich gegen diese Neuerung auszusprechen.

Ein Bau-Unfall, bei welchem drei Personen schwere Verletzungen erlitten haben, ereignete sich am Donnerstagnachmittag auf dem von dem Maurermeister K. Lehmann ausgeführten Neubau Kurfürstendamm 68. Auf dem bis zur dritten Etage hochgeführten Bau waren die Maurer mit der Aufmauerung eines Lichtschachtes beschäftigt. Ihnen wurden die Materialien durch einen Fahrstuhl in die Höhe und dann mittelst Lowries zugeführt. Als nun der 18 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Ulbrich eben eine solche Lowry mit Kalk zufuhr, brach plötzlich das Gerüst aus einer bisher nicht ermittelten Ursache zusammen und die Lowry stürzte hinab. Ulbrich blieb an den Schienen hängen, so daß ihn die auf der andern Seite beschäftigten Maurer noch im letzten Augenblick festhalten konnten. Der Unglückliche hatte sich jedoch, da die Lowry auf ihn gefallen war, den linken Unterschenkel gebrochen. Die beiden am Lichtschacht beschäftigten Maurer stürzten mit in die Tiefe. Der 22 Jahre alte Maurer Emil Lücke, wohnhaft Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 156, fiel bis in die erste Etage hinab, wo er quer über einen Netzriegel liegen blieb, dort fielen ihm mehrere Bretter auf den Leib. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf, an beiden Unterschenkeln und an den Händen, die linke Hand war gebrochen. Der 25 Jahre alte Maurer Sommer, Berlin, Bergstraße 72 wohnhaft, stürzte bis in den Keller hinab und blieb mit schweren Verletzungen und gebrochenen Beinen liegen. Alle Verletzten wurden in Droschken sofort nach der Rettungswache gebracht und Sommer dann nach dem Krankenhause, die beiden anderen nach ihren Wohnungen gefahren. Wie das Unglück geschehen ist, konnte, wie schon erwähnt, nicht ermittelt werden. Möglich ist jedoch, daß durch die beim Fahren mit den Lowries hervorgerufene Erschütterung schließlich eine Steife, die unter der zur Auflage der Netzriegel dienenden Stange gestellt war, umfiel, die Stange unter der großen Last brach und das ganze Gerüst dann in die Tiefe stürzte.

Die letzten Bauunfälle ereigneten sich meist sämtlich auf Bauten mit Fahrstuhl-Beförderung. Hier ist die Arbeit doppelt gefährlich, da auch die Gerüste bedeutend sicherer hergestellt werden müssen. Die beim Fahrstuhl beschäftigten Leute fahren auch in den meisten Fällen mit den schweren Lowries unsinnig umher. Ihre Ausrede ist, daß sie bei den niedrigen Accordpreisen ja sonst nur wenig verdienen können.

Vorsätzlich in Brand gesteckt ist gestern früh von Einbrechern das Postamt 85 in der Oranienstraße 72, gegenüber der Jakobi-Kirche. Kurz vor 6 Uhr wurde von Straßenpassanten bemerkt, daß aus dem noch geschlossenen Postamt Rauch hervordrang. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, die feststellte, daß in das Postamt eingebrochen und das Feuer zweifellos vorsätzlich angelegt worden war. Die mit einem sogenannten Sicherheitsschubschloß verschlossene Thür zum Postamt war vom Treppenflur aus anscheinend mit einem Brecheisen gewaltsam erbrochen, auch die drei Schreibtische des Schalterraumes waren erbrochen. Die Spitzbuben haben das Postamt — es ist ein Nebenamt, das nachts geschlossen wird — nach Beute durchsucht. Da diese ihren Erwartungen nicht entsprochen haben dürfte, denn die Kasse war leer, haben sie jedenfalls aus Aerger eine mit Papier gefüllte Kiste vor dem Schalter angezündet. Diese Kiste, der Fußboden, die Balkenlage usw. standen in Flammen. Der Brand konnte bald gelöscht werden. Brandinspektor Reinhardt benachrichtigte die Polizei, die Ermittelungen anstellte. Allem Anschein nach ist der Einbruch erst in früher Morgenstunde von Neulingen verübt worden, die Ausführung läßt diesen Schluß zu. Nachdem die Verbrecher das Papier u. a. angezündet hatten, haben sie das Postamt unbemerkt durch die Thür nach dem Hausflur, die sie eingeklinkt hatten, verlassen. Briefe und Wertsachen sind den Einbrechern nicht in die Hände gefallen.

Als Leiche wiedergefunden wurde der 8 Jahre alte Sohn Leopold des Kellners Hörnick aus der Ackerstr. 171, der seit acht Tagen verschwunden war. Frau Hörnick ging am 2. d. M. mit dem Knaben eine Weile auf der Straße spazieren, ließ ihn dann allein vor der Thür und ging in ihre Wohnung hinauf, um ihre jüngeren Kinder, einen Knaben und ein Mädchen von 5 und 3 Jahren, zu beaufsichtigen. Seit jener Zeit war der Kleine verschwunden, bis man ihn gestern morgen vor dem Hause Schiffbauerdamm Nr. 15 als Leiche aus der Spree landete. Der Junge lief gerne zum Spielen umher. Seine Eltern hatten ihn schon ein paarmal stundenlang suchen müssen. Sie glauben daher, daß er vor acht Tagen nach der Weidendammer Brücke gegangen und dort unbemerkt beim Spielen ins Wasser gefallen und ertrunken sei. Spuren eines Verbrechens wurden an der Leiche nicht gefunden. Der Umstand, daß von der Kleidung die blaue Jacke fehlt, läßt sich auch ohne die Annahme eines Verbrechens erklären.

Durch Versagen einer Bremse stießen in der Schönhauser Allee zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei der Fahrer Gustav Alebein am Kopfe erheblich verletzt wurde und zwei Fahrgäste erhebliche Verletzungen davontrugen. Die Wagen wurden stark beschädigt und mußten außer Betrieb gesetzt werden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich in der vergangenen Nacht die 30 Jahre alte Kaufmannsfrau Elise Heinrichs aus der Schwedterstraße Nr. 225 das Leben genommen. Die Frau litt seit einem Jahre an der Lunge und hatte gestern einen Anfall, der sie wohl glauben machte, daß es für sie keine Rettung mehr gebe. In der vergangenen Nacht stand sie, während ihr Mann und ein dreijähriges Töchterchen schliefen, heimlich auf und stürzte sich aus dem Küchenfenster ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Ein Gastwirt aus dem Hause und seine Gäste fanden sie dort mit zerschmetterten Gliedmaßen liegen und holten die Polizei und einen Arzt. Dieser konnte nur noch den Tod feststellen. Erst durch den Reviervorstand, der ihn weckte, erfuhr der Ehemann den schrecklichen Unfall. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Orgelkonzert. Otto Dienel giebt Montag, den 12. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Marienkirche ein Bach-Konzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Frl. Eva Pilchowska, Frl. Olga la Barre, Herrn Karl Rachó, Herrn Otto Tormin und Herrn Leopold Behrends. Es werden Teile der Cantaten „Brich dem Hungrigen dein Brot", „Es ist das Heil uns kommen her", „Ach wie nichtig", „Jesu der du meine Seele" u. a. aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Ungültige Gemeindeverordneten-Wahl in Groß-Lichterfelde. Im März 1902 waren von der dritten Wählerklasse eines Wahlbezirks von Groß-Lichterfelde zwei Gemeindeverordnete zu wählen. Es kam zur Stichwahl, bei welcher Kaufmann K. Schulze und Rechnungsrat Gebauer die meisten Stimmen erhielten und für gewählt erklärt wurden. Unser Parteigenosse Kurt Eisner focht die Wahlen nach vergeblichem Einspruch durch Klage im Verwaltungsstreit-Verfahren an, indem er bemängelte, daß bei der Hauptwahl sieben **eingeschriebene** Stimmberechtigte zur Stimmabgabe nicht zugelassen worden seien. Die Zulassung war den Leuten verweigert worden, weil sie bis zum Wahltage ihre Gemeinde-Abgaben trotz Mahnung noch nicht bezahlt hatten. Eisner machte nun geltend, daß es hierauf gar nicht ankommen könne; **entscheidend für das Stimmrecht sei die Eintragung in die Wählerliste.** Der Kreisausschuß wies die Klage ab, während der Bezirksausschuß als Berufungsinstanz **dem Kläger zustimmte** und die Wahl der Herren Schulze und Gebauer für **ungültig** erklärte, da ein andres Resultat der Stichwahl möglich gewesen wäre, wenn bei der Hauptwahl jene sieben Wähler, wie ihnen zukam, hätten mitstimmen dürfen. Die Gemeindevertretung, vertreten durch den Gemeindevorsteher, legte Revision ein. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte jedoch gestern das Urteil des Bezirksausschusses, ohne Gründe zu verkünden.

Groß-Lichterfelde. Infolge des Fleischbeschau-Gesetzes ist die hiesige Gemeinde zur Errichtung einer sogenannten Freibank, auf welcher das minderwertige, aber zum Genuß noch taugliche Fleisch zum Verkauf kommen solle, aufgefordert worden. Nach der vom Gemeindevorstand in der jüngsten Gemeindevertreter-Sitzung verlesenen Statistik wurden in der Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März in den hiesigen privaten Schlächtereien 163 Kühe, 608 Kälber, 762 Schafe und 2404 Schweine geschlachtet. Im engsten Zusammenhange mit der Errichtung einer Freibank steht die Erbauung eines eignen **Gemeinde-Schlachthauses,** das für eine Gemeinde von solcher Größe wie Lichterfelde ein unabweisbares Bedürfnis ist. Freilich ist in unsrer Gemeinde an die Durchführung kultureller Aufgaben ohne einen gewissen Druck von außen nicht zu denken, obwohl wie es schien, der Gemeindevorstand der Einrichtung eines Gemeinde-Schlachthauses durchaus sympathisch gegenübersteht. Aber unsre Gemeindevertreter, die die Nützlichkeit einer Einrichtung in erster Linie danach beurteilen, welch' finanzielle Vorteile dabei für das Grundbesitzertum herausspringen, sind so rasch nicht dafür zu haben. Da auf den Tag doch bloß 'ne halbe Kuh komme, brauche die Angelegenheit auch nicht über's Knie gebrochen zu werden. Sie wurde von der Tagesordnung abgesetzt und in die Kommission verwiesen. — Die früheren Beschlüsse der Gemeindevertretung bezüglich des Neubaues der **Turnhalle** und der Aula des Gymnasiums mußten aufgehoben werden, nachdem die Erwerbung des Nachbargrundstücks sich nicht realisieren ließ. Die Neubauten müssen im Rahmen des vorhandenen Grundstücks aufgeführt werden und kosten ca. 48 000 M. Das Gymnasium, ein Flickwerk, wie es der Gemeindevorsteher selbst nannte, kostet alsdann der Gemeinde im ganzen die horrende Summe von 600 000 M. In diesem wie in vielen andren Fällen trägt die Schuld die Kurzsichtigkeit der Gemeindevertretung. Es giebt sicherlich wenig große Gemeinden, denen die Erwerbung von Grundbesitz, einer eminent wichtigen Angelegenheit für alle Kommunen, so verhältnismäßig leicht gemacht war und jetzt noch ist als Groß-Lichterfelde. Statt dessen werden das letzte Gärtchen verklopft und später die nötig werdenden Grundstücke den Bodenspekulanten zu exorbitant hohen Preisen wieder abgekauft. Diese durchaus verkehrte, kurzsichtige, nicht über Nasenlänge hinaus reichende Politik der bürgerlichen Gemeindevertreter ist der Gemeinde schon teuer zu stehen gekommen. Auch das gänzlich unzureichende Expropriationsrecht ist ein Hemmschuh für die Entwicklung besonders rasch wachsender Gemeinden. — Die Zahl der Gemeindevertreter wird vom 1. April 1904 ab von 18 auf 24 erhöht.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, ein östlich der Ostbahnbrücke belegenes Terrain von 2 Morgen für Schulzwecke zum Preise von 250 Mark für die Rute zu kaufen. Der Schulneubau in der Pfarrstraße gab wieder zu scharfen Auseinandersetzungen Gelegenheit. Unsre Parteigenossen beantragten die Annahme des Projekts in ursprünglicher Fassung, worin größere Klassenräume, sowie auch besondere Garderobenräume vorgesehen sind. Die Bürgerlichen begeisterten sich für das abgeänderte Projekt, weil nach diesem 30 000 Mark gespart werden. Der Turnhallen-Neubau wurde mit der klassischen Redensart bekämpft, daß man früher auch keine Turnhallen gehabt habe. Nachdem die Vertretung das ursprüngliche Projekt gegen 10 Stimmen abgelehnt hatte, wurde das verschlechterte Projekt mit knapper Mehrheit angenommen. Die Ausführungen des freisinnigen Herrn Plonz, daß den Luxusbauten und der Befriedigung der Arbeiterwünsche Einhalt gethan werden müsse, offenbarten abermals die Rückständigkeit und Arbeiterfeindlichkeit des Freisinns.

Der Gemeindevorsteher machte noch die Mitteilung, daß die Stadtwerdungswünsche den höheren Instanzen unterbreitet seien, nachdem Berlin von der Eingemeindung nichts wissen wolle und auch der Plan der Zusammenlegung von Lichtenberg, Friedrichsfelde und Rummelsburg zu einer Stadtgemeinde, aus der der innerhalb der Ringbahn belegene Teil auszuscheiden sei, als gescheitert betrachtet werden müsse. Eine spätere Sitzung wird sich mit der Frage eingehend befassen.

Sein Kind verhungern lassen hat in Brandenburg a. H. der Militärinvalide Oskar Eiserbeck, ein dem Trunke ergebener Mensch, der sich, als seine Frau verreist war, aus der Wohnung entfernte und darin seine beiden Kinder im Alter von einem Monat und zwei Jahren einschloß. Eiserbeck kehrte nicht in die Wohnung zurück, sondern trieb sich tagsüber in Gasthäusern umher, bis man ihn abends, schwer betrunken, arretierte. Als ein Polizeibeamter in die Wohnung Eiserbecks eilte, fand er dort das jüngste Kind an Entkräftung gestorben, während das zweijährige erschöpft nach dem Krankenhause gebracht wurde.

Aus Industrie und Handel.

Der Coaksmarkt hat auch im September, wie die soeben veröffentlichten statistischen Nachweise zeigen, sich recht gut gehalten. von den rheinisch-westfälischen Werken wurden nämlich im September 730 550 Tonnen gegen 722 117 Tonnen im Monat August und 610 724 Tonnen im September vorigen Jahres abgesetzt. Demnach hat der Versand gegen den Vormonat, anstatt einen Rückgang zu erleiden, noch um 8500 Tonnen zugenommen. Bekanntlich hatte das Coakssyndikat für den September eine Einschränkung von 15 Proz. angesetzt, da es eine beträchtliche Abnahme des Absatzes annehmen zu dürfen glaubte. Die wirkliche Einschränkung beträgt nach obigen Ziffern nur ungefähr 4 Proz.: ein Beweis, daß vorläufig noch die Eisenindustrie, und zwar hauptsächlich die Hochofenwerke, recht gut beschäftigt sind.

Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Eine ganz überraschend günstige Wendung hat, wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" meldet, die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September erfahren. Nach der Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen nur 111,7 Arbeitsuchende gegen 136,7 im September 1902. Sehr viel zu der überaus günstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes hat die Herbstkonjunktur im Baugewerbe beigetragen, die zum Teil so lebhaft war, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften in einzelnen Orten, wie z. B. in Berlin, Magdeburg, Altona, Solingen vorübergehend stärker war, als das Angebot. Auch der Bergbau nahm eine große Zahl neuer Arbeitskräfte auf. Im Braunkohlen-Bergbau insbesondere wurde die Förderung so lebhaft, daß Ueberstunden und Sonntagsschichten zu Hilfe genommen werden mußten. Im Eisengewerbe und in der Maschinenindustrie kann zwar der Beschäftigungsgrad noch immer nicht als befriedigend bezeichnet werden, aber gegenüber dem August trat eher eine kleine Belebung, als eine Verschlechterung ein. Der Auftragsbestand der rheinisch-westfälischen Hochofenwerke reicht noch bis in das nächste Jahr hinein. Die Befürchtungen wegen einer Verschlechterung des Beschäftigungsgrades im Textilgewerbe, die man während der letzten beiden Monate hegen mußte, haben sich bis Ende September nicht verwirklicht. Die Uebergangszeit von einer Saison zur andren hat zwar die regelmäßige Mattigkeit gebracht, aber gegenüber der ungünstigen Lage des Textilgewerbes im Auslande blieb der Arbeitsmarkt im deutschen Textilgewerbe immerhin in leidlicher Verfassung.

Das Ergebnis der letzten australischen Weizenernte stellt sich nach den jetzt eingegangenen näheren Angaben als noch weit trauriger heraus, wie nach den früheren unvollständigen Berichten vermutet wurde. Besonders haben Queensland und Neu-Südwales unter der anhaltenden Dürre gelitten. Der Weizenertrag belief sich für Neu-Südwales auf 1 561 205 Bushel, Victoria 2 386 219 Bushel, Süd-Australien 6 354 912 Bushel, West-Australien 881 708 Bushel, Queensland fast nichts und Tasmanien rund 900 000 Bushel oder auf insgesamt 12 084 044 Bushel. Demgegenüber stellte sich in den Vorjahren die australische Weizenproduktion: 1899/1900 auf rund 40 000 000 Bushel, 1900/1901 auf rund 49 000 000 Bushel, 1901/1902 auf rund 38 500 000 Bushel.

Die diesjährige Ernte ist also nicht einmal ein Drittel so groß wie die der früheren Jahre. Der Bedarf Australiens an Weizen für das Jahr 1903 wird auf insgesamt 22 750 000 Bushel berechnet. Demnach würde sich die fehlende Menge auf rund 10 750 000 Bushel oder nahezu 300 000 Tonnen stellen. Selbst wenn man die alten vorhandenen Bestände an Weizen in Abzug bringt, so bleiben, um den Ausfall der letzten Weizenernte zu decken, immerhin noch über 9 000 000 Bushel Weizen einzuführen.

Ueber die Aktiengesellschaften in der Schweiz hat das eidgenössische statistische Amt Erhebungen veranstaltet, nachdem sie jahrelang in der Presse und in der Bundesversammlung vergeblich gefordert worden waren. Es giebt Leute in der Schweiz, die vor der wirtschaftlichen und socialen Statistik die gleiche Angst haben, wie der hochselige Herr v. Stumm. Nach den veröffentlichten vorläufigen Angaben giebt es in der Schweiz 2056 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 1881⁷/₇ Millionen Frank. 776 Gesellschaften mit 840 Millionen Frank beschäftigten sich mit dem Handel, 213 mit 482 Millionen Frank mit dem Verkehr, 746 mit 462 Millionen Frank mit der Industrie und 142 mit 78 Millionen Frank mit der Urproduktion. Die Angaben scheinen unvollständig zu sein.

Vom amerikanischen Eisenmarkt weiß der Londoner „Ironmonger" in seiner Wochenübersicht über die dortige Marktlage zu melden, daß, wenn nicht weitere Einschränkungen der Produktion perfekt werden, mit Bestimmtheit neue Preisrückgänge zu erwarten sind, da die Nachfrage immer mehr abflaut. Es sollen Verhandlungen über die Verschiffung von Roheisen nach Süd-Europa und Hamburg (?) schweben.

Großbritannien und die Baumwollkrise. In welchem Maße der amerikanische Baumwoll-Corner auf die englische Baumwoll-Industrie eingewirkt hat, zeigt eine von der „London Gazette" veröffentlichte Statistik. Danach wurden in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. August d. J. insgesamt 2 099 316 Ballen Baumwolle nach Großbritannien eingeführt gegen 2 154 562 und 1 988 917 Ballen im entsprechenden Zeitraum 1902 und 1901. Die Baumwoll-Ausfuhr Großbritanniens belief sich in den ersten acht Monaten 1903 auf 359 221 Ballen, während sich dieselbe in dem gleichen Zeitraum 1902 und 1901 auf 320 082 und 215 530 Ballen stellte. Es hat demnach in den ersten acht Monaten des vorigen Jahres Großbritannien 1 834 480 Ballen in diesem Jahre nur 1 730 095 Ballen zur Deckung seines Bedarfs zurückbehalten.

Gerichts-Zeitung.

Abermals ist von bürgerlichen Richtern in einer Streiksache ein hartes Urteil gesprochen worden. Die Anklage wegen versuchter Nötigung, Beleidigung usw., die gegen den Schuhmachergesellen Karl Lisenski vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, bezog sich wieder auf eine Streik-Episode. Es war zur Zeit des Schuhmacherstreiks. Der Schuhmachermeister Siegel hatte aus Gefälligkeit für einen von dem Ausstande betroffenen Kollegen es übernommen, einige Paar Stiefel für diesen fertig zu stellen. In der Siegelschen Werkstatt wurde aber gemerkt, daß es sich dabei um Streikarbeit handelte und die Gesellen legten infolge dessen die Arbeit nieder. Der Angeklagte befand sich Tags darauf auf Streikposten, als der Zuschneider Müller, der sich dem Ausstande nicht angeschlossen, auf der Bildfläche erschien und mit einem Paket unter dem Arme zur

Arbeitsstätte gehen wollte. Er wurde daraufhin vom Angeklagten gestellt, der erforschen wollte, ob in dem Paket etwa wieder Streikarbeit sich befände. Er soll dabei in beleidigender Weise ihm über sein Verhalten Vorwürfe gemacht und eindringlichst vorgehalten haben, daß es seine Pflicht wäre, seine Kollegen zu unterstützen. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben, während der Belastungszeuge dabei blieb, daß der Angeklagte beleidigende Ausdrücke gebraucht und nach seinem Gefühl die Absicht gehabt habe, ihn zur Teilnahme am Streik zu nötigen. — Rechtsanwalt Karl Liebknecht führte aus, daß die Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung hier ganz ausgeschlossen sei, da der Ausstand nicht zum Zweck der Erlangung günstigerer Lohnbedingungen, sondern wegen der Anfertigung von Streikarbeit ausgebrochen sei. Sollte der Angeklagte bei seiner Unterredung mit dem Zeugen im Eifer etwas zu weit gegangen sein, so würde eine ganz geringe Strafe am Platze sein. Der Gerichtshof hielt versuchte Nötigung und Beleidigung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis.

Die Strafkammer in Kleve verurteilte den Hilfsweichensteller Martin Kehrings, der in der Nacht vom 21. zum 22. September d. J. das Eisenbahnunglück verschuldete, bei welchem der Weinhändler Othaus, seine Frau und beiden Töchter ums Leben kamen, wegen fahrlässiger Tötung von vier Menschen in idealer Konkurrenz mit Gefährdung eines Eisenbahntransports zu einem Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahre Gefängnis beantragt. Der Angeklagte war geständig, die Schranken nicht geschlossen zu haben.

Weil er das Schulhaus in Brand gesetzt hatte, verurteilte das Schwurgericht in Stendal nach zweitägiger Verhandlung gestern Abend den Lehrer Erxleben zum zweitenmal wegen vorsätzlicher Brandstiftung, begangen an seinem Schulhause in Klein-Engersen (Kreis Gardelegen) zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Ein Monat wurde durch die erlittene Haft für verbüßt erachtet. Das erste am 30. Juli gefällte Urteil in gleicher Höhe war vom Reichsgericht wegen eines prozessualen Formfehlers aufgehoben worden.

Vom Schwurgericht zu Kottbus ist gestern der Bauer Jäkel zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er kurz vor Pfingsten Schwellen auf das Eisenbahngeleise gelegt und so den Zug auf der Strecke Halle-Kottbus zum Entgleisen gebracht hat. Bei dem Unglück sind zwei Eisenbahnbeamte getötet und mehrere Personen verletzt worden.

Versammlungen.

Berliner Gewerkschafts-Kommission. Am Donnerstag fand eine Delegierten-Versammlung statt, in der Cohen über den Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie berichtete. Der Redner schilderte die Ursachen und den bisherigen Verlauf der Bewegung. Er betonte, daß die in den Krisenjahren stark zurückgegangenen Löhne der Gürtler und Drücker einer Aufbesserung dringend bedurften, daß jetzt der günstigste Zeitpunkt zur Stellung der Forderungen gekommen sei, die Forderungen selbst aber so bescheiden gehalten wären, daß sie ohne Nachteil für die Industrie von den Unternehmern bewilligt werden können, und thatsächlich von einer nicht unbedeutenden Anzahl von Firmen schon bewilligt sind. Der Kühnemannsche Verband der Metallindustriellen aber, der an dem Grundsatz festhält, daß der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bestimmen und die Arbeiter sich dem zu fügen hätten, habe nun die Aussperrung beschlossen, um auch bei dieser Gelegenheit wieder zu zeigen, daß er keine Forderungen der Arbeiter und keine Organisation derselben anerkennt. Wenn auch die Aussperrung bei weitem nicht den Umfang angenommen habe, den sie nach dem Beschluß der Unternehmer haben sollte, und wenn auch nicht zu erwarten sei, daß die Aussperrung einen größeren Umfang als sie jetzt hat, annehmen werde, so müsse man doch mit einer gewissen Hartnäckigkeit eines Teils der Unternehmer rechnen. Daß der Metallarbeiter-Verband diesen Kampf, der ausgefochten werden müsse, in jeder Hinsicht bestehen könne, sei gar nicht zu bezweifeln. An ein Zurückgehen sei in dieser Situation nicht zu denken. Es handle sich nur darum, daß die Gewerkschafts-Kommission durch einen Beschluß zeige, die gesamte Berliner Arbeiterschaft billige den Kampf, den die Metallarbeiter gegenwärtig mit den Kühnemännern ausfechten.

Zu dieser Angelegenheit wurde ohne Debatte die nachstehende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis vom Stand des Streiks der Gürtler und Drücker, sowie von der Aussperrung der Berliner Metallarbeiter. Die Versammelten sprechen den durch die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten Ausgesperrten ihre volle Sympathie aus. In dieser Aussperrung erblickt die Versammlung die Absicht der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten, den Metallarbeiter-Verband zu vernichten. Deshalb versprechen die Delegierten, überall mit ganzer Kraft die Metallarbeiter bei Durchführung des Kampfes zu unterstützen."

Der Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen stellt einen Antrag, den Achtuhr-Ladenschluß betreffend. Der Vertreter des Verbandes, Penn, führte dazu aus: Seit Jahren kämpfe seine Organisation für bessere Verhältnisse der im Handelsgewerbe Angestellten. Namentlich sei eine entsprechende Verkürzung der unmenschlich langen Arbeitszeit durchaus notwendig. Wenn auch der Neunuhr-Ladenschluß jetzt gesetzlich — allerdings mit vielen Ausnahmebestimmungen — eingeführt sei, so könne diese Festsetzung den Handelsangestellten noch nicht genügen, da ihre Ruhezeit viel zu kurz bemessen sei. Der Achtuhr-Ladenschluß sei das Ziel, welches die Handelsangestellten erstreben, und zwar müsse derselbe durch Reichsgesetz eingeführt werden. Obwohl einige größere Geschäfte, sowie die Konsumvereine bereits um 8 Uhr schließen, sei die Mehrzahl der Gewerbetreibenden gegen den Achtuhr-Ladenschluß. Sie behaupten, gerade im Interesse der Arbeiter könnten die Läden nicht vor 9 Uhr geschlossen werden, denn die Arbeiterbevölkerung nehme die Geschäfte gerade zwischen 8 und 9 Uhr stark in Anspruch. Um diesen Einwand, der seitens der Gewerbetreibenden gegen die gesetzliche Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erhoben wird, durch die That zu widerlegen, ersucht der Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen die Berliner Arbeiterschaft, nach 8 Uhr keine Einkäufe mehr zu machen. Der Redner legte eine Resolution vor, die debattelos angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Delegierten der Gewerkschafts-Kommission verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder derselben, resp. deren Familienangehörige ihre Einkäufe in den Geschäften bis 8 Uhr abends besorgen. Die Handelsangestellten stehen in einem schweren Kampf um die Herbeiführung des Achtuhr-Ladenschlusses, dessen Durchführung die einzige Möglichkeit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bedeutet. Das Unternehmertum entfaltet eine rege Gegenagitation und stützt sich hierbei auf die Thatsache, daß es die Arbeiter als die Hauptkonsumenten sind, deren Angehörige die Verkaufsläden in später Abendzeit aufzusuchen pflegen. — Bei der organisierten Arbeiterschaft, die immer in energischer Weise die Bestrebungen der Handelsangestellten unterstützt hat, wird es nur dieser Aufforderung bedürfen, um uns auch hierin moralisch durch die That zu unterstützen. Zugleich wird dann dem Unternehmertum der Vorwand für seine socialpolitisch feindselige Stellung genommen."

Zeiske, der Vertreter des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, beantragte nachstehende Resolution:

„In Erwägung, daß es den Gastwirtsgehilfen bei der in ihrem Gewerbe herrschenden Arbeitsmethode, welche sich wesentlich von der in allen andren Gewerben üblichen unterscheidet, nicht möglich ist, ohne die Hilfe aller organisierten Arbeiter erfolgreich Agitation zu betreiben; in Erwägung, daß im Gastwirtsgewerbe Stellenschacher und Kommissionär-Unwesen in einer Weise ausgebreitet sind wie in keinem andren Berufe, ersuchen die Gastwirtsgehilfen die Delegierten der Gewerkschafts-Kommission, sie in ihrer schweren Thätigkeit dadurch zu unterstützen, daß sie in ihren Gewerkschaften dahin wirken, daß die Vergnügungs-Komitees, sowie die Vorstände der Organisationen und die Vertrauenspersonen bei Abmachung von Vergnügungen und Versammlungen die Gastwirte veranlassen, organisierte Gastwirtsgehilfen zu beschäftigen, die den „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen" (Ortsverwaltung Berlin), Amt 3, 1813, Dirksenstraße 39 I, zu entnehmen sind."

Zur Begründung der Resolution führte Zeiske aus: Es handle sich um eine alte, den Arbeitern bekannte Forderung der organisierten Gastwirtsgehilfen, die wieder in Erinnerung gebracht werden solle. Die Vertreter von Arbeiterorganisationen, welche Lokale zu Vergnügungen suchen, glauben oft, daß in den Lokalen, die in der Lokalliste stehen, alle Forderungen der Gastwirtsgehilfen erfüllt würden. Dem sei jedoch nicht so. Die Lokalliste gebe nur dafür eine Gewähr, daß die in ihr verzeichneten Lokale zu Arbeiterversammlungen zu haben sind. Thatsächlich ständen auch Lokale auf der Liste, wo nichtorganisierte Gastwirtsgehilfen arbeiten. Das müßten die Arbeiter beachten und deshalb jedesmal beim Abschluß von Vergnügungen darauf bestehen, daß die Aushilfskräfte, die der Wirt neben seinen festangestellten Kellnern bei dem betreffenden Vergnügen braucht, nur vom Arbeitsnachweis des Verbandes der Gastwirtsgehilfen entnommen werden. Der Beschäftigung der festangestellten Kellner steht — wie Redner auf die Anfrage eines Diskussionsredners sagte — nichts entgegen, auch wenn es sich um Nichtorganisierte handelt. Der Verband wird aber die in der Lokalliste verzeichneten größeren Geschäfte, welche die Forderungen der organisierten Gastwirtsgehilfen nicht erfüllen, obwohl sie hauptsächlich von Arbeiterkundschaft leben, von Zeit zu Zeit durch Inserate im „Vorwärts" als für die Gastwirtsgehilfen gesperrt bekannt geben. — Ein Diskussionsredner sprach den Wunsch aus, der Verband der Gastwirtsgehilfen möge dafür sorgen, daß seine Mitglieder die Arbeiter, welche von ihnen bedient werden, auch höflich behandeln. Das sei nämlich nicht immer der Fall. Dem Redner wurde erwidert, was er moniere, sei nicht Schuld des Verbandes, er möge sich in solchen Fällen mit einer Beschwerde an den Vorstand wenden.

Die Resolution der Gastwirtsgehilfen wurde angenommen.

Der Vertreter der Glaser beantragte die Besprechung der in Aussicht stehenden Tarifbewegung seines Berufes. Die Angelegenheit wurde dem Ausschuß überwiesen.

In der Versammlung fehlten die Vertreter der Bauarbeiter, Konditoren, Fabrik- und Hilfsarbeiter, Graveure, Hafenarbeiter, Kürschner, Schlächter, städtischen Arbeiter, Stukkateure.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Oktober, vorm. 8½ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10¾ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Geheimnisse des Urchristentums." Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 12. Oktober, abends Punkt 8½ Uhr, im großen Saale des Central-Klubhauses, Am Königsgraben 14a: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Weiße Quittung legitimiert.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, große Versammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1: Vortrag des Kollegen H. Käppler-Altenburg über die hemmenden und treibenden Faktoren in der Mühlenarbeiter-Bewegung.

Aus der Frauenbewegung.

Weißensee. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 8. Oktober eine öffentliche Versammlung ab. In derselben sprach Frau Dr. Wally Zepler über: „Der Realismus in der modernen Dichtung". In eingehender fesselnder Weise schilderte die Vortragende die Ursachen, die zum Realismus in der Kunst und Dichtung geführt. Als Beweis dafür erklärte Rednerin die Dichtungen eines Lessing, Hauptmann, Halbe und besonders Zola. Namens der Versammlung dankte die Vorsitzende der Frau Dr. Zepler für den interessanten Vortrag.

Vermischtes.

Heftige Stürme und Regengüsse richteten in dem nördlichen England großen Schaden an, namentlich in den Pflanzungen. Ganze Strecken Landes sind überschwemmt, die Eisenbahn-Verbindungen sind nach vielen Richtungen unterbrochen. Der Tyne hat eine solche Ausdehnung angenommen, daß der Verkehr auf dem Flusse eingestellt werden mußte. Der Bahndamm am Tyne-Dock steht unter Wasser; die Züge von Newcastle fahren nicht mehr. Hunderte von Morgen nordöstlich von Yorkshire sind überflutet, ebenso die niedrig gelegenen Gegenden um Middlesborough. — In New York herrschten in den letzten 24 Stunden starke Regenfälle. Der Eisenbahnverkehr von New York ist vielfach unterbrochen. Die New York Central-Linie steht in ihrer ganzen Ausdehnung 12 Fuß unter Wasser. Die Keller und Abzugskanäle sind überschwemmt. Von der virginischen Küste werden heftige Stürme gemeldet.

Amerikanisches. Das Bureau Laffan meldet aus New York: Zur Verfolgung der Dynamitarden, die gestern bei Helena (Staat Montana) die Brücke der Northern Pacificbahn in die Luft sprengten, ist in einem Sonderzug eine Abteilung Bewaffneter mit einer Meute Bluthunde entsandt worden. Der ganze Staat Montana wird planmäßig abgestreift, um die Verbrecher aufzuspüren. Durch die Explosion wurde ein Güterzug zerstört, die Geleisbettung aufgerissen und der Verkehr fünf Stunden lang unmöglich gemacht. Ein weiteres Attentat gegen einen andren Zug wurde an einer andren Stelle verübt, jedoch war in diesem Falle der Schaden nicht so groß. Die Dynamitarden konnten an beiden Stellen die Sprengstoffe wirksamer legen, obgleich die ganze Linie seit den häufigen Anschlägen, die in den letzten Wochen gegen die Züge versucht wurden, sorgfältig bewacht wird. Die Verbrecher wollen, wie bereits gemeldet, durch die Attentate von der Bahngesellschaft 100 000 Dollars erpressen. Sie hatten vorher angekündigt, die Brücke würde in die Luft gesprengt werden, falls sie das Geld nicht erhielten.

Briefkasten der Redaktion.

O. D. Redaktion Berlin W., Mauerstr. 49, II. Druck von Preuß, Berlin SW., Kommandantenstr. 14. — **Autl.** Stimmt, der Lorenz ist einer der erstklassigen Edlen der Nation. — **Pädn.** Lob-Siegeslied.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

F. K. Ist keine Abrede (z. B. Verfall) getroffen, so können Sie lediglich auf Zahlung klagen. — **F. J.** Sie müßten auf Herausgabe beim Amtsgericht klagen (Anmeldestube Grunerstraße). — **P. L.** Das Landgericht und ein dort zugelassener Anwalt ist zuständig. Die Frau soll beim Landgericht Armenrechts-Bewilligung beantragen; Klägerin hat außer dem Verschulden des Beklagten ihre Invalidität zu erweisen. — **A. B. 99.** 1. Ja. 2. Deutsch und französisch. — **91. W. G.** Leider ja. — **H. 19.** 1. Eigentum des Geschäfts und das des Inventars können verschiedenen Personen gehören. 2. Wenn im Mietsvertrage der Wahrheit zuwider gesagt ist, das Inventar gehöre dem Mieter, so kann Anklage wegen Betruges erfolgen. 3. Ein zu Nahrungsmitteln auf 14 Tage erforderlicher Geldbetrag wird dem Schuldner belassen. — **R. A.** Ja. — **C.** Nein. — **R. S. 31.** Sie brauchen keine Beisitzer mitzubringen. Diese sitzen im nächsten Termin, weil eine Einigung nicht erfolgt ist, von Amtswegen. — **G. S. 76.** Die Klage hätte leider keine Aussicht auf Erfolg. — **M. K. 03.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Mit Sicherheit nicht. — **A. 2.** Wenden Sie sich an das Bureau Breitestr. 24a. — **B. H. 12.** 1. Nein. 2. So lange Entlassungsschein nicht erteilt ist, muß Ihr Sohn die Schule besuchen. 3. Ja. Wenn lediglich der Religion halber die Entlassung verweigert werden sollte, so mag Ihr Sohn eine andre Religion wählen oder aus der Kirche austreten, dann hört der Gewissenszwang auf. — **R. H.** Der Knabe müßte eine besondere Prüfung, die sich auf weit mehr Fächer erstreckt, das sogenannte Einjährigen-Examen, bestehen. — **F. Riemer.** 1. Liegt monatliche Mietszahlung vor, so haben Sie bis am 15. zum Ersten zu kündigen. 2. Der Vertrag kann ohne Weiterungen beiderseitig aufgehoben werden.

Marktpreise von Berlin am 8. Oktober 1903

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	15,60	15,58	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	6,00	4,00
„ mittel	„	15,56	15,54	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,52	15,50	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	12,70	—,—	Schweinefleisch	„	1,80	1,10
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,80	1,10
†Gerste, gut	„	14,50	13,40	Butter		2,60	2,00
„ mittel	„	13,30	12,20	Eier	60 Stück	5,00	3,00
„ gering	„	12,10	11,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
†Hafer, gut	„	16,00	14,90	Aale	„	2,60	1,40
„ mittel	„	14,80	13,80	Zander	„	3,00	1,00
„ gering	„	13,70	12,70	Hechte	„	2,00	1,00
Richtstroh	„	4,24	3,82	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,20	5,00	Schleie	„	3,20	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	18,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 9. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.
Swinemünde	752	SSO	4	Regen	10	Haparanda	758	Still	—	wolkenl	−7
Hamburg	748	S	3	Regen	15	Petersburg	760	NW	1	wolkig	−2
Berlin	751	SSO	2	wolkenl	12	Cork	756	NNW	3	heiter	10
Frankf. a. M.	754	SW	5	bedeckt	17	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	759	W	6	wolkig	15	Paris	757	WSW	3	wolkig	13
Wien	756	S	1	wolkig	12						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. Oktober 1903.

Etwas kühler, zunächst meist trübe mit Regenfällen und ziemlich starken westlichen Winden; später Abnahme der Winde und Wolken.

Berliner Wetterbureau.

Erprobt! Streng feste Preise!

Ersatz
für Mass
ist meine Selbstkonfektion!

Streng feste Preise! Bewährt!

Herren-Anzüge Neueste Schnitte und Muster 36, 27, 14,30 M. 25, 20
Gehrock-Anzüge Eleg. Façons, gute Stoffe 50, 45, 29,— M. 36, 30
Winterpaletots Ganz neue Schnittformen und Dessins . . 49, 40, 13,30 M. 33, 20
Joppen Feste Stoffe mit wollenem Futter . . 18, 12, 5,20 M. 10, 7
Beinkleider Elegante Dessins. Beste Stoffe 11, 8, 3,20 M. 6, 4

Grösstes Spezial-Geschäft im Westen für moderne Herrenkleidung.

Neu aufgenommen: Knaben-Anzüge aus Sammet 3,40 M. aus Cheviot 1,85 M. Knaben-Paletots 3,30 M.

(Orig.-Ins., Nachdr. verb.)

Hauptstr. 151 **Gottlieb Weiss** Schöneberg

Waren-Haus P. Rothenberg

Moabit, Turmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse,
Rote Ecke am Kleinen Tiergarten.

Jeder Käufer verlange Rothenbergs 5% Sparbücher.

Ein Posten ca. **1000** Stück **Kinder-Kleidchen** in allen Grössen zu fabelhaft billigen Preisen.

Ein Posten circa **500** Stück **Kinder-Jacken** und **Mäntel** von **1,50** bis **6,00**, sonstiger Wert das Doppelte.

Ein Posten **Damen-Jacketts**, schwarz und farbig, gute Qualität, **3,00, 5,00, 7,50** Mk., sonstiger Wert bis 16 Mk.

2952L

Riesenposten in
Emaille, Porzellan, Haushaltungs-Artikel
zu staunend billigen Preisen.

Von 3 Mark an freier Versand ins Haus.

Jeder Käufer verlange Rothenbergs 5% Sparbücher.

2914L*

Gelegenheits-Partie

Gardinen

abgepasste Fenster, weiss und crème

Shawllänge pro 3 Mtr. Fstr.	M. 2.50
Shawllänge pro 3,20 Mtr. Fstr.	M. 3.35
Shawllänge pro 3,65 Mtr. Fstr.	M. 4.85
Eleg. Secess.-Tüll-Stores	M. 2.00
Gestickte echte Spachtel-Stores	M. 6.00
Goldfarb. echte Band-Stores	M. 6.50

Gardinen-Special-Haus
Emil Lefèvre
Oranienstr. 158, Berlin S.
Gardinen-Katalog mit ca. 450 Abbildungen gratis und franco.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Manchester-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14,50 8,75
Weiße Friseur-Jacketts 3,50, 2 M. 75
Konditor-Jacken, dreihig . . . 4 M. 50
Maler-Kittel . . . 3,—, 2,50, 2 M. —
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, dreihig 7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
Zwirnhosen, fest u. schön, 3,—, 1 M. 75
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 22. Preisliste 1903/4 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 2828Q*
— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Dr. Schünemann
Specialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2 12—1/2 3, 1/2 6—1/2 8, Sonnt. 9-11.

Frankfurter Hütte

Grosse Frankfurterstrasse 101 und Krautstrasse 1

Abteilung 3: Schwemme.

4/10 **Liter** im Glas **10 Pfg.**
1/2 Liter im Krug 12 Pfg.
1 Liter im Krug 23 Pfg.

Warme Küche, Portion 30, 40 und 50 Pfg.

2946L*

Abteilung 1: Konzertsäle. **Partisani in Uniform.** Eintritt — frei! —

Grösste Heizkraft — Henckels Werke Senftenberg — Geringster Aschen-Gehalt — Kein Schlacken-Rückstand!

Generalvertreter: **C. F. Heinz,** NW. 21, Dreysestrasse 9.

Nächste Ziehungen
Berliner Lose a **1 Mk.** 11 = 10 Mk. 2851Q*
Königsberger Geld-Lose a **3 Mk.**
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51.

---

bewährteste Nahrung für Hufeke's Kinder-mehl — gesunden, magen-darmkranke Kinder.

Rosenthaler „Vereinshaus".
Inhaber: **Paul Pfeffer,** früher **Schiller.**
Rosenthalerstraße 57 und **Germannstraße 28.**
Empfehle meine neu renovierten Säle und Vereinszimmer mit Pianinos den geehrten Vereinen rc. zur gefl. Benutzung. 2656Q*

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842R*

Hochfeine vorjährige Anzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen von 20—40 Mark verkauft B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a, an Blumenstraße. 1910R*

Anzugreste 8,00, Hosenreste 3,00. Resterhandlung Lichtenbergerstraße 9.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, Seidenkloth, statt 8 Mark durchweg 3,75, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 1915R*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Grünerweg 5. 2165b

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †98*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Kleiderschrank, Vertiko, Spiegel, Spiegelspind, Säulentrumeau, Plüschsofa, 2 Bettstellen, Sofatisch, Ausziehtisch, Stühle, Waschtollette, Paneelsofa, Teppich, Bilder, Schreibtisch, Kücheneinrichtung, elegant, spottbillig, Gartenstraße 85, I links. †124*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6. SW. Belleallancestraße 78. N. Ackerstraße 113. †123*

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher 1,00, Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher, Gasbratöfen 7,00, Gasbügelapparate, Gasplätteisen, Gasbeleuchtung, spottbillig! Petroleumlampen-Umänderungen. Bohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2266b*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 97/14*

Bilder-Ausverkauf. Halbe Preise so lange der Vorrat reicht. Bilderhandlung „Fortuna", Fransecksstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. 2329b

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kanarienroller, Vorschläger, billig Simeonstraße 5, Kulicke. 1773b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Skalitzerstraße 40. 1850R*

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Bredereck, Engel-Ufer 20.

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 1897R*

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verliehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmer, Speisezimmer in Eichen, auch Nußbaum, Salons, Altmahagoni, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 1865R*

Möbelverkauf. In meiner Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Singermaschine, tadellos gut nähend, 14,00, Ringschiffchen 25,00. Göke, Grüner Weg 48 IV. 2280b

Herrenanzüge, Herrenpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue zurückgesetzte kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt. Wer Stoff hat, fertige Anzüge sehr billig nach Maß an. Rosenthalerstraße 15, III. 98/3*

Winterpaletots spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 30/7*

Teppiche, Gardinen, Portieren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Betten, Steppdecken, Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 30/7*

Stieglitze, Zeisige, Hänflinge, Buchfinken, Vogelbauer, Frettchen, große Auswahl, billig. Schnelle, Große Frankfurterstraße 13. 1918K*

Cigarrengeschäft. Näheres Obstgeschäft Büschingstraße 16. 2327b

Wirtschaft verkauft sofort junger Mann, wie neu: Plüschgarnitur, auch einzeln, Brautleuten passend, Prenzlauerstraße 5 II. 56/4

Wenn Sie einen Jungen im Alter von 3 bis 9 Jahren haben, so sehen Sie sich mal die Anzüge bei Schlesinger, Turmstraße 85, an. Prachtvolle Neuheiten, gute Stoffe, elegante Ausführung. Gegenwärtig ist auch ein Gelegenheitskauf da, extra preiswert. Warten Sie nicht zu lange, sonst sind sie weg. Umsatz: 200 Stück die Woche. 1921K*

Bett, prachtvolles, 18,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 2382b

Seidenstoffe, Reste jeder Größe sind wieder vorhanden Charlottenburg, Goethestraße 76. Kein Laden. *

Komplettes Fuhrwerk zu verkaufen, auch einzeln. Bergstraße 2, Restaurant. 2337b

Garnitur, Trumeau, Spiegelspind und Bettstellen sofort billig zu verkaufen Bergstraße 2, Restaurant.

Tacker wohnt jetzt Brunnenstraße achtzig. Das Fahrradlager ist vergrößert. Die Sache macht sich. Jeder Radfahrer wird unbefriedigt mein Geschäftslokal nicht verlassen. Es ist alles da. Neue Fahrräder 65,00, alte 15,00, Schläuche 2,50, 3,40, Laufdecken 3,50, Acetylenlampen 0,50 usw. Fahrradbau-Reparaturwerkstatt.

Gänse, frisch geschlachtet, verkaufe jetzt nicht mehr Central-Viehhof, sondern gegenüber Eldenaerstraße 14, Laden, Haltestelle der Straßenbahn 66, von 2,50 Mark an. Bettfedern. Paul Hoff. 30/10

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Spottbillig vier Zimmer Möbel sofort verkäuflich. Kücheneinrichtung, Paneelgarnitur, Säulentrumeau auch einzeln. Brautleuten passend, Linienstraße 107/108, I links. 30/9

Ostbahnvorort Fredersdorf, Kolonie Baufelde, Quadratrute 12 Mark, vollständig mit Kiefern bewachsen, kleine Anzahlung, verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 2345b*

Iltis und Albinofrettchen, selten schön, großes Lager Maulkörbchen, Schellen, Netze billig Weidenweg 71.

Frettchen und Fanggeräte sehr billig, große Auswahl. Franke, Frettchen-Handlung, Petersburgerstraße 1. †56*

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Rat in Patentsachen, Sprechstunden bis abends neun. 21955*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzestraße achtzehn. Gerichtssachen! Eingabengesuche, Raterteilung. *

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Langjährige Erfolge! [2265b*

Rechtsbureau Falk, Brunnenstraße vierzig. Prozeßbeistand, Strafsachen, Alimentensachen, Ehescheidungssachen, Eingabengesuche, Raterteilung.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstraße 38. Billig. Sonntagsdienst. †56*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9, Landsbergerstraße. 2264b

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Aufpolsterung. Sofas, Matratzen 4,00. Scheidt, Petersburgerstraße 18.

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1890R*

Pfandleihe Ziegeleistraße 7. †98*

Meinen werten Kunden im Gewerkschaftshause mache ich hiermit bekannt, daß ich nur organisierte Gehilfen beschäftige. H. Rausch, Friseur, Bethanien-Ufer 10. †143*

Brautpaare! Hochzeitssäle Schwedterstraße 23. Reichhaltige Speiseliste, billigste Menu-Berechnung.

Fahrradgesuch, auch defekt, Ratzlaff, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Vereinszimmer, nach Wunsch dekoriert, auch als Zahlstelle oder an Krankenkassen zu vergeben. Hugo Wehr, Wasserthorstraße 5. 2311b*

Vereinszimmer mit Pianino. Metzners Restaurant, Inhaber Moritz Mix, Skalitzerstraße 59. †24*

Die Kameraden des Zimmermanns Paul Kamann werden dringend gebeten, seinen Aufenthalt oder Arbeitsstelle Engel-Ufer 15, Zimmer 32, zu melden.

Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold kauft Brob, Brangelstraße 4. 28/11

Vereinszimmer, 15 bis 50 Personen, vergiebt Kerchen, Ballstraße 57. 2326b

Jungen Wolfsspitz verschenkt Lauk, Graudenzerstraße 14. †56

Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. Auch eignet sich dasselbe sehr gut als Zahlstelle. Wilh. Werth, Schwedenstraße 13. †143

Achtung! Meinen werten Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich am Sonnabend, den 10. Oktober, in der Pfuelstraße 2 ein Restaurant eröffne. Um freundlichen Besuch bittend, zeichne hochachtungsvoll Elisabeth Lewandowska.

Nojem Przyjacelom i Znajomem owiersenje ze ja 10. Wsobotew, Uliey Phuel No. 2, Restauracium ortworze. Przyjacelskim uproseniem zaprasam o, lieny lizby Gosey. Przyjacelskim posanowsnim podpisnje su Elsbietta Lewandowska. †31

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, sogleich Mulackstraße 11, Hof 4 Treppen, Witwe Hülsert. 2333b

Möblierte Schlafstelle zu vermieten Köpnickerstraße 22, Köhler. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Kaufmann, Parteigenosse aus einer Provinzstadt, sucht per bald oder später in Berlin Beschäftigung, um sich hier in Volkswirtschafts- und andren Wissenschaften fortzubilden. Freundliche Angebote unter H. 8 an die Expedition. 2324b

Komiker Elsholz, Gropiusstraße 7. 2210b*

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Prospekt gratis. Hermann Moll, Zwickau, Reichsstraße 44. 2170b

Schildermaler und Lehrling verlangen Krause & Fechner, Prinzenstraße 84. †59*

Färber, Wäscher gesucht. Gebr. Allenbergs Färberei, Neu-Weißensee, Langhansstraße 4. †118*

Anmacher für Glasbuchstuben und Firmenschilder, nüchtern und zuverlässig, findet dauernde Beschäftigung. Otto Rüterbusch, Krausenstraße 74.

Kistenarbeiter, Handbetrieb, dauernd verlangt Bach, Brandenburgstraße 33. 2334b

Vergolder und Vergolderinnen auf Barock verlangt E. Joers, Skalitzerstraße 28. †31

Stickerinnen bei hohem Verdienst sucht Ritter, Elsasserstraße 11. 2292b*

Westennäherin verlangt Wiesenstraße 29a. 2251b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Nach dem Auslande wird ein unverheirateter Mann gesucht, welcher selbständig chemisch reinigen und waschen kann. Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen sich melden. Offerten unter **„Tüchtig"** an **Rudolf Mosse, Hamburg.** 30/1*

Goldschnittmacher.
Ein tüchtiger Goldschnittmacher wird für dauernde Stellung zu sofortigem Antritt gesucht; ein solcher, der auch in Preßvergoldung erfahren ist, bevorzugt. 2950Q
L. Levison jun., Fabrik.
Kobmagergade 50
Kopenhagen.

Achtung! Holzarbeiter!
Im Baugeschäft
A. Sonnenburg, Holsteiner Ufer 2,
haben sämtliche Bautischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Bautischlerei von
Moll, Löwestr. 2 und 7.
Zuzug fernhalten. 87/16*
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Prozeß gegen den Hauslehrer Dippold.

Das Schwurgericht hat gestern mittag den Hauslehrer Dippold wegen Mißhandlung mit tödlichem Ausgange gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vom dritten Verhandlungstage wird uns aus Bayreuth berichtet: Das Interesse des hiesigen Publikums an diesem sensationellen Prozeß wird immer größer. Die Wut des Publikums gegen den Angeklagten ist so furchtbar, daß des Abends noch beendeter Sitzung stets eine tausendköpfige Menschenmenge vor dem Gerichtsgebäude steht, um die Abführung des Angeklagten beobachten zu können. Das Publikum ergeht sich dabei in argen Verwünschungen gegen den Angeklagten. Um Ausschreitungen zu vermeiden, wartete man mit der Abführung des Angeklagten gestern bis gegen 11 Uhr abends und schon in früher Morgenstunde erfolgte die Ueberführung des Angeklagten in den Gerichtssaal. Während der Mittagspause wird der Angeklagte in eine Zelle des Gerichtsgebäudes gesperrt.

Erwähnenswert sind zunächst die Aussagen der als Zeuge vernommenen Haushälterin **Guchial**: Ich trat am 4. Januar d. J. auf dem Gute Ziegenberg bei Herrn Kommerzienrat Koch meine Stellung an. Ich gewann gleich von vornherein einen sehr unangenehmen Eindruck, denn ich hörte Tag und Nacht die Kochschen Knaben schreien und jammern, und heftige Schläge. — Vorsitzender: Waren denn die Knaben ungezogen? — Zeugin: Die Knaben waren ein bißchen wild, im übrigen aber herzensgute freundliche Jungens. Die Knaben wurden bisweilen so entsetzlich geschlagen, daß ich nicht schlafen konnte. Sie schrien und jammerten und flehten um Gnade, es nützte aber nichts. Dippold schlug immer weiter. — Vorsitzender: Sie haben früher gesagt: Die Knaben mußten laut die Schläge zählen? — Zeugin: Jawohl, ich hörte einmal, wie Heinz Koch zwanzig Hiebe zählte. — Vorsitzender: Haben Sie auch die Schläge gehört? — Zeugin: Jawohl, sogar ganz deutlich. — Vorsitzender: Mit was mag Dippold geschlagen haben? — Zeugin: Mit einem dicken Haselnußstock. — Vorsitzender: Wie viel Hiebe mag Dippold dem Heinz versetzt haben? — Zeugin: Das weiß ich nicht. Als ich die Zahl zwanzig hörte,

hielt ich es nicht mehr aus,

ich konnte es nicht mehr mit anhören, ich hörte nur immer noch schreien und jammern. — Vorsitzender: Haben Sie auch Blutspritzer wahrgenommen? — Zeugin: Das ganze Bett, die Kopfkissen, Laken, Bettdecke waren mit Blut besudelt. — Vorsitzender: Waren auch auf dem Fußboden Blutflecken? — Zeugin: Jawohl. — Vorsitzender: Haben Sie auch Knebel im Bett gefunden? — Zeugin: Jawohl, ich habe auch Stricke an den Bettpfosten befestigt gesehen. Ich sagte einmal zu den Knaben: Weshalb laßt Ihr Euch denn so furchtbar schlagen, das muß doch furchtbar schmerzen? Da antworteten die Knaben: Das verstehen Sie nicht, Elisabeth, wir müssen Prügel bekommen, wir haben sie verdient. — Vors.: Haben Sie Ihre Wahrnehmungen einmal der Frau Kommerzienrat mitgeteilt? — Zeugin: Nein, das habe ich nicht gethan, da Frau Kommerzienrat mir ausdrücklich gesagt hatte: ich solle mich bloß um meine Wirtschaft bekümmern. Am 17. Februar sind wir nach Drosendorf gefahren. Dort setzte Dippold seine Mißhandlungen fort. Am 8. und 9. März wurde Heinz ganz furchtbar geschlagen, so daß er ein stark geschwollenes Gesicht hatte, dasselbe war schwarz unterlaufen. Auch Joachim wurde heftig geschlagen, so daß er ein dick angeschwollenes Gesicht hatte. Ob Heinz auch am 10. März Prügel bekommen hat, weiß ich nicht. Gegen Mittag kam Dippold zu mir sehr aufgeregt in die Küche und sagte, Heinz fühle sich krank, ich habe ihn zu Bett gebracht, er kann aber nicht schlafen; ich werde ihm ein Schlafpulver geben. Wenn es nicht besser wird, dann müssen Sie einen Arzt holen. Kurze Zeit darauf kam Dippold zu mir in die Küche und sagte: Heinz ist tot. Ich war darüber so sehr erschrocken, daß ich vollständig die Fassung verlor. Ich konnte es nicht glauben, daß Heinz nicht mehr unter den Lebenden sei. — Vorsitzender: Ließ Dippold die Leiche im Bett liegen? — Zeugin: Nein, als ich ins Nebenzimmer kam, da stand Joachim am Bett seines toten Bruders, weinte heftig und küßte ihn. Dippold befahl dem kleinen Joachim und mir, die Leiche aus dem Bett zu heben und in ein andres Zimmer zu tragen, um sie auf eine Matratze zu legen.

Vorsitzender: Wann ließ Dippold den Arzt holen? — Zeugin: Eine Viertelstunde nach dem Tode. — Vors.: Haben die Knaben kräftig zu essen bekommen? — Zeugin: Fleisch bekamen sie sehr wenig, zumeist Gemüse und sogenannte falsche Suppen. — Vors.: Mußten die Knaben nicht auch oftmals beim Essen stehen? — Zeugin: Jawohl. — Sachverst. Medizinalrat Dr. **Kraußhold**: War Dippold, wenn er eine Züchtigung vorgenommen hatte, innerlich erregt, wie etwa ein Lehrer über die Unfolgsamkeit eines Schülers erregt ist? — Zeugin: Das kann ich nicht beurteilen. Die Zeugin bekundet noch: Sie sei einigemal unverhofft ins Studierzimmer gekommen, da haben die Kinder mit heruntergezogenen Hosen neben Dippold gesessen. (Bewegung im Zuhörerraum.) — Darauf wird der Direktor des neurobiologischen Instituts

Professor Dr. Vogt-Berlin

als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet: Ueber mein Verhalten ist in der Presse eine ganz falsche Schilderung erschienen. Ich wurde von der Familie Koch ersucht, in Gemeinschaft mit Herrn Rittmeister Bugge nach Ziegenberg zu fahren, um eine Untersuchung der Knaben vorzunehmen. Ich bemerke ausdrücklich, daß von Mißhandlungen keinerlei Rede war und daß ich keineswegs den Auftrag hatte, die Knaben körperlich zu untersuchen, ob sie mißhandelt werden. Dippold wußte uns seine Erziehungsmethode in einer Weise vorzutragen, daß Rittmeister Bugge sagte: Entweder ist dieser Mann ein sehr idealer Mensch oder ein Schurke. Der Angeklagte teilte mir mit, daß die Knaben geheime Jugendsünden begehen. Er habe ihnen diese schon zum Teil abgebracht und sie auch deshalb einige Male gezüchtigt. Ich fragte, womit er die Züchtigungen vornehme. Dippold antwortete: Ich schlage nur mit einer ganz dünnen Gerte auf das Gesäß. Von einer Untersuchung sollte ich Abstand nehmen, da eine solche Kontrolle seine Autorität erschüttern könnte. Ich hatte den Auftrag, mich als Studiengenosse einzuführen. Ich sagte ihm: Körperliche Züchtigungen sind vollständig ungeeignete Mittel, um solch' junge Kinder von der Betreibung geheimer Sünden abzubringen. Man muß den Mut der Knaben stählen und ihnen sagen, daß sie bei einigem guten Willen wohl in der Lage seien, davon abzulassen.

Dienstmagd Agnes **Vollbauer**: Als sie hörte, daß Heinz krank sei, habe sie zu Dippold gesagt, er solle doch einen Arzt holen lassen. Dieser habe geantwortet: Das sei nicht nötig, er werde schon das Erforderliche anordnen, er habe selbst ein Jahr Medizin studiert. Als Heinz gestorben war, sei wohl Dippold mehreremal aufgeregt in die Küche gekommen, er habe aber nicht gesagt, daß Heinz tot sei. — Angeklagter: Ich bemerke darauf: Ich habe die erforderlichen Maßnahmen getroffen, ich habe doch aber nicht nötig, dem Hauspersonal alles mitzuteilen. — Vorsitzender: Wenn im Hause jemand gestorben ist, dann pflegt man es doch wohl mitzuteilen. — Darauf erscheint als Zeuge und Sachverständiger Bezirksarzt Dr. **Severin-Hollfeld**. Am 10. März dieses Jahres wurde ich nach Drosendorf angeblich zu einem schwerkranken Knaben gerufen. Dippold empfing mich, nötigte mich ins obere Zimmer und teilte mir mit: Der Kranke sei ein Sohn des Bankdirektors Kommerzienrats Koch aus Berlin. Dippold setzte nun die ganze Familie Koch in der schmählichsten Weise herab. Die älteren Söhne seien Offiziere, hätten aber nichts gelernt. Er sei seit einigen Monaten Hauslehrer der beiden jüngsten Kinder. Diese seien aber moralisch vollständig verdorben. Sie trieben beide geheime Sünden. Der älteste leide an einer unheilbaren Geschlechtskrankheit, habe sich in Berlin mehrfach mit Prostituierten umhergetrieben, dem Vater mehrfach die Kasse erbrochen, viele Ladendiebstähle begangen ꝛc. Nachdem Dippold mir etwa zwei Stunden lang erzählt hatte, sagte ich: Nun möchte ich doch endlich einmal den Kranken sehen.

Der ist bereits tot,

versetzte Dippold. Das hätten Sie mir doch früher sagen sollen, Sie brauchten mich doch alsdann nicht rufen zu lassen, versetzte ich. Ich wollte einen Totenschein haben, damit die Beerdigung vorgenommen werden kann, erwiderte Dippold. Die Beerdigung wird in Brunn stattfinden müssen, da der Knabe protestantisch war. Haben Sie denn schon den Eltern telegraphiert? Nein, das habe ich noch nicht gethan, erwiderte Dippold. Das ist auch kaum nötig, die Eltern kümmern sich wenig um die Kinder. Sie sind jetzt überhaupt in Nizza oder einem andren Orte des Südens. Dann haben die Knaben zweifellos Verwandte, die doch gewiß sofort bestimmen werden, wo die Leiche beerdigt werden soll, ich vermute, die Eltern werden die Leiche nach Berlin überführen lassen. Ich forderte nun den Angeklagten auf, mir die Leiche zu zeigen. Diese war am ganzen Körper mit dicken blutunterlaufenen Striemen bedeckt. Arme, Füße, Schenkel, das Gesicht, der Kopf, der Rücken, kurzum der ganze Körper war zerschlagen. Ich sagte dem Angeklagten, der Knabe ist weder an Syphilis, noch an seinen angeblichen geheimen Ausschweifungen, noch an Diphtherie gestorben. Derartige Ursachen, die Sie vermuten, haben nicht einen solch plötzlichen Tod zur Folge. Vielleicht war es ein Schlaganfall, sagte der Angeklagte. Davon ist keine Spur vorhanden, erwiderte ich, einen Totenschein kann ich nicht ausstellen, die Leiche wird zweifellos von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt werden. — Vors.: Haben sie gefunden, daß der Knabe an Syphilis geliten, oder geheime Sünden begangen hat! — Zeuge: Nicht eine Spur, davon habe ich nichts gefunden. Ich habe lediglich an den Genitalien einen tiefen Eindruck entdeckt, der von einem Bindfaden herkommen kann. — Erster Staatsanwalt: Sie sagten früher, Sie gewannen sofort die Ueberzeugung, daß der Knabe totgeprügelt war. — Zeuge: Jawohl, diese Ueberzeugung gewann ich.

Darauf wird Lieutenant **Koch** vom reitenden Jägerdetachement zu Langensalza, kommandiert zur Lehrschmiede in Berlin, als Zeuge aufgerufen. Dieser erzählt, daß sein Schwager, nachdem dieser das Telegramm von dem Ableben seines Bruders Heinz erhalten, ihn veranlaßt habe, sofort an den Angeklagten zu telegraphieren und ihn nach Bamberg zu bestellen. Der Angeklagte habe ihm gesagt: Er sei der Ansicht, der Knabe sei am Herzschlag gestorben, er sei in der letzten Zeit etwas angestrengt gewesen. Der Angeklagte erzählte mir alsdann: Mein Bruder habe geheime Jugendsünden getrieben und leide an Syphilis. Es lag mir das Selbstbekenntnis vor, ich war einfach fassungslos. Dippold sagte: Heinz hätte ihm mitgeteilt, er könne sogar das am Kurfürstendamm in Berlin gelegene Haus bezeichnen, in dem er mit der Kellnerin verkehrt habe. Ein Judenbengel habe ihn dort hineingeführt. Ich versetzte: Dann wäre es Ihre Pflicht gewesen, sich das Haus zeigen zu lassen, damit eine solche Hölle aufgehoben werden kann. Ich fragte den Angeklagten weiter, wie mein Bruder dazu kam, das Selbstbekenntnis zu schreiben, ob er das wirklich aus eignem Antriebe oder infolge Zwang geschrieben habe. Da sagte der Angeklagte: Heinz habe ihn eines Tages fußfällig gebeten, das Selbstbekenntnis schreiben zu dürfen und es an Mama zu schicken, damit er endlich vor seinem Gewissen Ruhe finde. Ich bat Dippold, das Selbstbekenntnis nicht noch meinen Eltern zu zeigen. Die würden sich dadurch nur noch mehr aufregen, und jetzt, nachdem Heinz tot ist, hat es ja doch keinen Zweck mehr. — Vorsitzender: Sagte nicht auch Dippold: Heinz war ein

geborener Verbrecher?

Zeuge: Jawohl, ich antwortete: Wenn Sie dieser Meinung waren, dann wundere ich mich, daß Sie die Erziehung meines Bruders übernommen haben. — Dippold versetzte: Ich glaubte immer, es werde doch noch möglich sein, einen ordentlichen Menschen aus Heinz zu machen. Dippold erzählte mir auch: Heinz habe mit Vorliebe Detektivromane gelesen. Ich sagte dem Dippold: Ich habe die Ueberzeugung, Sie haben dem Heinz mit dem Stock in der Hand das Selbstbekenntnis diktiert, denn in demselben sind Wendungen enthalten, die ein solch junger Knabe gar nicht kennt. Dippold gab mir aber die Versicherung, daß Heinz das Selbstbekenntnis aus eignem Antriebe geschrieben habe, er sei ein sehr schlauer Junge gewesen, dessen Verstand weit über seine Jahre hinaus ging. Ich begab mich alsdann mit dem Angeklagten nach Drosendorf, um mir die Leiche meines Bruders anzusehen. Der Zeuge kann vor Erregung nicht weiter sprechen. Er schluchzte heftig. Es dauerte lange, ehe der Zeuge fortfahren kann mitzuteilen, daß der Körper seines Bruders vollständig mit blutenden Wunden bedeckt war. — Eine weitere Zeugin ist Frau Rittmeister Bugge, die Stiefschwester des verstorbenen Heinz. Diese schildert den Eindruck, den die Person des Angeklagten auf sie und ihren Mann gemacht habe, der durchaus günstig gewesen sei, aber auch den Eindruck, den die schreckliche Nachricht vom Tode des Heinz auf die Familie machte.

Ein weiterer Zeuge ist Lieutenant Kurt v. Hartrott vom siebenten Kürassier-Regiment in Halberstadt. — Vorsitzender: Sie sollen einmal zu den Kochschen Kindern gesagt haben: Wenn Euch Euer Hauslehrer wieder einmal schlägt, so reißt aus und kommt zu mir nach Halberstadt? — Zeuge: Das ist vollständig unwahr. — Vorsitzender: Ist darauf etwas zu erwähnen? — Verteidiger: Nein. — Vorsitzender: Angeklagter, auf Ihre Veranlassung ist der Zeuge geladen worden. — Angeklagter: Ich habe nichts zu bemerken. — Vorsitzender: Auf die vorherigen Zeugenaussagen auch nicht? — Angeklagter: Gegen Eide läßt sich nichts machen. (Große Bewegung im Zuhörerraum.) — Vorsitzender: Angeklagter! Ich verweise Ihnen ein solch unpassendes Benehmen. Sie haben kein Recht, die Zeugen zu beleidigen. — Danach tritt die Mittagspause ein.

Bei Wiedereröffnung der Verhandlung ist der Zuhörerraum wiederum Kopf an Kopf von einem sehr gewählten **Damen- und Herren-Publikum** gefüllt. Auch eine große Anzahl Offiziere bemerkt man. — Der erste Zeuge ist Gendarmerie-Stationskommandant **Löhlein**: Er habe die Leiche besichtigt. Dieselbe war vollständig angezogen. Das Gesicht der Leiche, insbesondere die Augen, waren vollständig angeschwollen. Auf seine Frage, wer die Leiche angezogen habe — die Leiche hatte Stehkragen, Manschetten usw. — antwortete Dippold: Ich habe die Leiche allein ohne jede fremde Mithilfe angezogen. Auf meine Frage, wodurch der Knabe so sehr verletzt sei, sagte Dippold: Er hat sich gestoßen. Aber die Backen, der Rücken, die Beine, die Hände, der ganze Körper ist ja angeschwollen, versetzte ich, ist das auch durch Stoßen gekommen? Joachim, den ich zunächst fragte, antwortete nicht. Dippold gab schließlich zu, daß er den Knaben geschlagen habe, weil er gestohlen habe. Der Zeuge macht danach über die verschiedenen Stöcke Mitteilung, die er bei dem Angeklagten gefunden habe. — Der Vorsitzende läßt danach den

kleinen Joachim als Zeugen

aufrufen. Eine große Bewegung geht durch das Publikum. Als der Zeuge, ein allerliebster, hellblonder, frisch aussehender Knabe, mit großen blauen Augen den Saal betritt, schluchzt Kommerzienrat Koch unaufhörlich. Auch Frau Kommerzienrat Koch birgt ihr Gesicht in ihre Hände und weint bitterlich. — Der Angeklagte zuckt zusammen und schlägt die Augen zur Erde. — Erster Staatsanwalt: Ich habe vor Vernehmung dieses Zeugen einen Antrag zu stellen. Nach dem Gange der Verhandlung ist zu befürchten, daß der Zeuge in Anwesenheit des Angeklagten mit der Wahrheit zurückhalten wird. Auf Grund des § 246 der Strafprozeß-Ordnung stelle ich den Antrag, den Angeklagten während der Vernehmung des Zeugen aus dem Saale zu entfernen. — Vorsitzender: Herr Verteidiger, ist gegen diesen Antrag etwas einzuwenden? — Verteidiger: Der Antrag ist nach § 246 der Strafprozeß-Ordnung zulässig, ich will daher nicht widersprechen. — Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, dem Antrage des Ersten Staatsanwalts stattzugeben. — Der Angeklagte wird unter halblauten Verwünschungen des Publikums aus dem Saale geführt. Der Vorsitzende läßt alsdann den kleinen Joachim dicht vor den Richtertisch treten und ermahnt denselben eindringlich, die volle Wahrheit zu sagen. Der Zeuge bekundet alsdann auf Befragen des Vorsitzenden: Ich heiße Joachim Koch. Ich bin am 17. Februar 1891 geboren. Mein Vater ist Direktor der Deutschen Bank in Berlin. Als Dippold für uns als Hauslehrer engagiert wurde, war ich nicht zu Hause. Dippold war von Anfang an bei uns sehr streng. Aber erst im Oktober vorigen Jahres, nachdem Mama nach Ziegenberg abgereist war, begann Dippold mit seinen Züchtigungen.

Vorsitzender: In welcher Weise züchtigte er Euch? — Zeuge: Er versetzte uns heftige Ohrfeigen. Zumeist schlug er uns aber mit einem dicken Stock. Zumeist schlug er uns in der Nacht, nachdem er uns aus dem Schlaf geweckt hatte. — Vors.: In welcher Weise schlug er? — Zeuge: Er schlug mit einem dicken Stock auf die Kniee, die Schenkel, die Brust, den Kopf, kurz, wo er gerade hintraf. — Vorsitzender: Weshalb that er das? — Zeuge (zögernd): Er beschuldigte uns, daß wir eine Verfehlung begangen haben. — Vorsitzender: Hattet Ihr denn die Verfehlung begangen? — Zeuge: Nein, niemals. — Vorsitzender: Habt Ihr das nicht dem Dippold gesagt? — Zeuge: Gewiß, aber wenn wir sagten, wir haben nichts gethan, dann schlug Dippold uns um so heftiger. — Vorsitzender: Hat Euch Dippold auch im Bett angebunden? — Zeuge: Das geschah sehr oft. — Vorsitzender: Wie band er Euch denn an? — Zeuge: Er band uns an Händen und Füßen an die Bettpfosten fest, so daß wir uns nicht rühren konnten. — Vorsitzender: Konntet Ihr denn dabei schlafen? — Zeuge: Wir schliefen trotzdem, weil wir müde waren. Wenn wir aber gerade fest schliefen, weckte uns Dippold auf und schlug uns mit einem Stock so furchtbar, daß wir es gar nicht aushielten. Oftmals hat er uns über einen Tisch gelegt, an Händen und Füßen gefesselt und alsdann so lange geschlagen bis der dicke Stock zerbrochen war. — Vorsitzender: Habt Ihr nicht um Gnade gefleht und gerufen: Herr Dippold, Herr Dippold, schlagen Sie uns doch nicht so sehr? — Zeuge: Gewiß, wir haben furchtbar gebeten, aber Dippold schlug ruhig weiter. — Vorsitzender: Es soll auch vorgekommen sein, daß Ihr die Hiebe laut habt zählen müssen? — Zeuge: Gewiß, das kam oft vor. — Vorsitzender: Wie viel habt Ihr gezählt? — Zeuge: Ganz genau kann ich das nicht sagen. — Vorsitzender: Waren es 20? — Zeuge: O, viel mehr, es waren oft 40 bis 50. (Große Bewegung im Zuhörerraum.) — Vorsitzender: Seid Ihr dabei nicht ohnmächtig geworden? — Zeuge: Jawohl, wenn wir in Ohnmacht fielen, dann

bekamen wir von Dippold Fußtritte.

(Große Bewegung im Zuhörerraum.) — Vorsitzender: Hat er auch am Tage geschlagen? — Zeuge: Auch, aber zumeist in der Nacht. — Vorsitzender: Und immer, weil er der Ansicht war, daß Ihr Verfehlungen begangen habt? — Zeuge: Jawohl. — Vorsitzender: Und Ihr habt wirklich nichts gethan? — Zeuge: Nein, niemals. —

Vorsitzender: Wie machte er es denn, wenn er Euch Fußtritte versetzte? — Zeuge: Er stieß uns mit seinem Stiefelabsatz beiseite und trat uns auf den Kopf, die Brust, die Beine, wo er gerade hintraf. (Bewegung im Zuhörerraum.) — Vors.: Hat er Euch nachts immer über den Tisch gelegt? — Zeuge: Bisweilen mußten wir uns, mit dem bloßen Hemd bekleidet, mit dem Oberkörper über einen Stuhl legen und alsdann schlug Dippold so lange, bis alle Stöcke zerbrochen waren. In einer Nacht hat er 6—7 Stöcke zerbrochen. (Große Bewegung im Zuhörerraum. Man vernimmt halblaute Verwünschungen und Ausrufe: Das kann man ja gar nicht mehr mit anhören.) — Vorsitzender: Weshalb habt Ihr denn das nicht Eurer Mama gesagt, die ist doch einige Male bei Euch gewesen? — Wenn Mama da war, dann schlug er uns nicht. Wir sagten deshalb nichts, weil wir fürchteten, wir bekämen alsdann noch mehr Prügel. Er sagte uns, unsre Eltern wünschen, daß wir noch bedeutend mehr Prügel bekommen. — Vorsitzender: Habt Ihr denn das geglaubt? — Zeuge: Wir mußten es ja schließlich glauben. — Verteidiger: Habt Ihr denn Verfehlungen begangen? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Wirklich nicht? — Zeuge: Gewiß nicht. — Der Zeuge erklärt im weiteren auf Befragen: In Drosendorf hat das Bett des Dippold, ebenso wie in Ziegenberg, in der Mitte der unsern Betten gestanden. In Drosendorf hat Dippold noch viel heftigere Züchtigungen vorgenommen als in Ziegenberg. Am 8. März bekamen wir wiederum sehr heftige Stockschläge. Am folgenden Tage wiederum. Am 10. März wurde Heinz von Dippold des Morgens geweckt. Heinz bat flehentlich, ihn doch noch schlafen zu lassen, er fühle sich so furchtbar schwach. Dippold zwang aber meinen Bruder, aufzustehen. Er führte ihn in den Baderaum und goß soviel kaltes Wasser auf ihn, wie er zur Verfügung hatte. Mein Bruder wurde darauf ohnmächtig. Dippold versetzte ihm einen Fußtritt. Alsdann ließ uns Dippold Turnübungen machen. Heinz war aber so schwach, daß er die Uebungen nicht ordentlich machen konnte. Daraufhin mußte ich auf Befehl Dippolds Heinz mit einem Stock auf die Hände schlagen. Sehr bald darauf fiel mein Bruder wieder in Ohnmacht. Nun brachte ihn Dippold zu Bett und ging in den Park. Ich befand mich mit meinem Bruder allein im Zimmer. Sehr bald vernahm ich, wie mein Bruder laut atmete. Das Atmen kam mir so komisch vor. Ich trat ans Bett und sagte: Heinz, was ist Dir? Mein Bruder antwortete aber nicht. Das Atmen wurde immer leiser. Ich bekam Angst und holte Dippold. Dieser sagte: Der verstellt sich nur. Als wir in das Zimmer kamen, atmete Heinz nicht mehr, ich sagte zu Dippold: Heinz ist tot. Dippold sagte: Er lebt. Er suchte dem Heinz Wasser einzuflößen,

Heinz rührte sich aber nicht mehr.

(Große, anhaltende Bewegung im Zuhörerraum).

Vorsitzender: Hat nicht Dippold auch Deinem Bruder einen Knebel in den Mund gesteckt, als er laut zu atmen begann? — Zeuge: Ja, als Heinz zu atmen begann, nahm Dippold ein Taschentuch und hielt damit Heinz Mund und Nase zu. — Vorsitzender: Nahm er alsdann das Taschentuch wieder weg? — Zeuge: Jawohl, als er in den Park gehen wollte. — Vorsitzender: Als Heinz zum letztenmal in Ohnmacht fiel, in welche Lage kam er da? — Zeuge: Er fiel auf den Hinterkopf. — Vorsitzender: Blutete der Hinterkopf? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Dippold soll Dich einige Male am Halse gewürgt haben? — Zeuge: Jawohl. — Vorsitzender: Wie machte er das? — Zeuge: Er griff mich mit seinen Händen am Halse und drückte mir denselben zu, daß ich zu ersticken glaubte. — Vorsitzender: Weshalb geschah das? — Zeuge: Weil ich Verfehlungen begangen haben sollte. — Vorsitzender: Dippold soll Dich auch einmal mit einer Eisenstange geschlagen haben? — Zeuge: Jawohl, mehrere Male. — Vorsitzender: Habt Ihr ordentlich zu essen bekommen. — Zeuge: Nein, wir mußten oftmals furchtbar hungern. — Der Zeuge erzählt alsdann noch: Nachdem Heinz tot war, habe er eine Depesche von seinem Schwager Bugge erhalten, er solle nach Bamberg kommen. Von Bamberg sei er mit seinem Schwager nach Frankfurt a. M. gefahren, wo ihn seine Eltern empfingen. — Auf Antrag des Ersten Staatsanwalts beschließt danach der Gerichtshof, die **Oeffentlichkeit auszuschließen**, da durch die öffentliche Verhandlung der öffentlichen Sittlichkeit Gefahr drohe. Den Angehörigen der Familie Koch, den Polizeibeamten und den Vertretern der Presse sei gestattet, im Saale zu bleiben. — Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet der Zeuge noch: Dippold habe mehrfach des Nachts ihn und seinen Bruder unzüchtig berührt. Sie seien dadurch gewöhnlich aufgewacht, alsdann bekamen sie von Dippold heftige Schläge, wegen der angeblichen Verfehlung. Auch bei Tag habe Dippold sie bisweilen unzüchtig berührt und zwar einmal in einer Weise, daß Beiden die Genitalien bluteten. Dippold habe ihnen Dinge über die Entstehung der Kinder usw. erzählt, von denen sie bis dahin niemals etwas gehört hatten. Es sei richtig, daß Dippold sie bisweilen umfaßt

und geküßt habe. — Erster Staatsanwalt: Dippold soll einmal auf dem Sofa gelegen haben, da sollst Du ans Sofa herangetreten sein und Dippold geküßt haben? — Zeuge: Das ist richtig. — Erster Staatsanwalt: Weshalb thatst Du das? — Zeuge: Um Dippold zu beschwichtigen, ich befürchtete, er werde uns von neuem schlagen. — Auf weiteres Befragen bekundet der Zeuge noch: Dippold hatte einmal mit seinem Bruder im Park eine Unterredung. Alsdann trat er zu mir ins Zimmer, sah mich scharf an und sagte: Heinz hat bereits gestanden, nun gestehe auch, daß Du Verfehlungen begehst. Ich habe darauf auch gestanden. — Vorsitzender: Hattest Du denn Verfehlungen begangen? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Weshalb gabst Du es denn zu? — Zeuge: Ich weiß selbst nicht.

Vorsitzender: Dein Bruder Heinz hat ein Selbstbekenntnis geschrieben, kennst Du das? — Zeuge: Jawohl, aber ich kann mir nicht denken, daß mein Bruder das Selbstbekenntnis geschrieben hat. Einmal kann mein Bruder das, was er darin geschrieben, gar nicht gemacht haben, und andrerseits kannte mein Bruder gar nicht solche Ausdrücke, wie sie in dem Selbstbekenntnis enthalten sind. — Vorsitzender: Beim Baden soll Dippold stets ganz entblößt gewesen sein? — Zeuge: Jawohl. — Vorsitzender: War es denn finster, wenn Ihr baden gingt? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Ihr brauchtet also keine Laterne? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Ihr standet auch beim Ballspiel vollständig entblößt? — Zeuge: Jawohl. — Vorsitzender: Wer veranlaßte das? — Zeuge: Dippold. — Vorsitzender: Dippold soll einmal auf Heinz mit einem Messer losgegangen sein? — Der Zeuge bejaht die Frage.

Danach werden die

medizinischen Sachverständigen

vernommen. Landgerichtsarzt Dr. **Weiß-Bayreuth**: Als ich am 13. März d. J. nach dem weltentlegenen Drosendorf kam, um den Leichnam des Heinz Koch zu untersuchen, da stand Dippold in schwarzer Kleidung und einen Flor um den Arm da. Der getötete Knabe war 14 Jahre alt, 156 Centimeter groß und außerdem körperlich sehr kräftig entwickelt. Der Körper des Leichnams machte geradezu einen erschreckenden Eindruck. Der ganze Rücken, die Brust, die Hände, die Arme, die Beine, die Schenkel usw. waren über und über mit Blut unterlaufenen großen eitrigen Wunden bedeckt. Das Gesicht und die Augen waren stark angeschwollen und mit schwarzem Blut unterlaufen. Die Frostbeulen sind höchst wahrscheinlich durch die von dem Angeklagten angewandte Kneippsche Kur hervorgerufen worden. Ich wiederhole, ich bin, als ich den furchtbar zerschlagenen Körper sah, aufs höchste erschrocken, habe die Ueberzeugung gewonnen: Durch die furchtbaren Wunden hat der Getötete einen heftigen Blutverlust erlitten. Dieser, die ungenügende Ernährungsweise, der geringe Schlaf und die ihm unaufhörlich zugefügten Schmerzen haben schließlich einen solchen Schwächezustand herbeigeführt, der den Tod des Knaben zur Folge haben mußte. Von einer Geschlechtskrankheit oder einer sonstigen sittlichen Verfehlung, wie vom Angeklagten behauptet wird, war bei dem getöteten Knaben keine Spur zu entdecken. Es ist einfach eine Thorheit, daß die Knaben 30—40 mal an einem Tage den Versuch zur sittlichen Verfehlung gemacht haben sollen. Der getötete Knabe hat, ehe der Angeklagte seine Hauslehrerstelle bei der Familie Koch antrat, 130 Pfund, und als er starb 102 Pfund gewogen. Den Angeklagten halte ich für vollkommen geistig zurechnungsfähig. — Dr. med. Franz Weiß-Bayreuth, der bei der Sektion des Heinz Koch assistiert hat, schließt sich den Ausführungen des Landgerichtsarztes vollkommen an. Er sei der Ueberzeugung: Der Knabe sei direkt

während der erhaltenen Schläge gestorben.

Der Angeklagte versichert, daß er am 8. März den Heinz zum letztenmal geschlagen habe.

Direktor der Kreis-Irrenanstalt, Medizinalrat Dr. **Kraußold-Bayreuth**: Von streng medizinisch-wissenschaftlichem Standpunkt ist der Angeklagte geistig minderwertig, vom forensischen Standpunkt aus ist der Angeklagte als vollkommen geistig zurechnungsfähig zu erklären. Jemand, der sich vier Stunden lang in so logischer Weise verteidigen kann, ist vollkommen zurechnungsfähig. Der Angeklagte besitzt einen furchtbaren Hochmutsdünkel und hat eine arge Gefühlsroheit an den Tag gelegt. Nach alledem, was ich hier gehört habe, halte ich den Angeklagten für einen Sadisten. Der Sadismus äußert sich in der Wollust und Grausamkeit. Die unaufhörlichen Mißhandlungen sind nicht anders zu erklären, als daß der Angeklagte durch Ausübung seiner Grausamkeit seine Wollust befriedigt hat. Die Aussagen des kleinen Joachim sind wahr. Die Knaben haben niemals sittliche Verfehlungen begangen. Diese hat ihnen der Angeklagte angedichtet, um Grund zu seinen Grausamkeiten und damit zur Befriedigung seiner Wollust zu haben. Hat somit der Angeklagte einen moralischen Defekt, so ist seine freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches doch nicht ausgeschlossen gewesen.

Prof. Dr. Vogt-Berlin, der den kleinen Joachim untersucht hat, schließt sich dem Gutachten des Oberstabsarztes Dr. Preuße an und bemerkt: Einen dauernden Schaden hat Joachim nicht davon getragen. Wären aber die Mißhandlungen nicht unterbrochen worden, dann hätte den Joachim zweifellos dasselbe Schicksal getroffen, wie seinen Bruder Heinz. Ich muß bekennen: Mir ist ein so gefühlsroher Mensch wie der Angeklagte noch niemals vorgekommen. Der Angeklagte ist schlimmer wie ein Lustmörder, letzterer mordet sein Opfer sofort, der Angeklagte hat aber die armen Jungen monatelang gepeinigt. Ich stimme Herrn Medizinalrat Kraußold betreffs des Sadismus bei. Trotzdem bin ich der Meinung, der Angeklagte wußte, daß er, als er die Knaben züchtigte, etwas Strafbares beging. Ich halte den Angeklagten für vollkommen geistig zurechnungsfähig. — Direktor der Kreis-Irrenanstalt Dr. Kaufmann-Wenerk bei Schweinfurt schließt sich im wesentlichen den bisherigen Gutachten an. Medizinalrat Kraußold bemerkt noch: Der Hochmut des Angeklagten geht schon aus dem Umstande hervor, daß er, wie er noch auf dem Gymnasium war, eine Schrift über Zwangserziehung schreiben wollte. Dieses System wollte er offenbar an den armen Jungen erproben. — Dr. med. Landgraf-Bayreuth: Er halte den Angeklagten für einen idealen Schurken. Auch er sei der Meinung, daß der Angeklagte an einem moralischen Defekt leide, er sei aber vollkommen zurechnungsfähig. — Vorsitzender: Ist es nicht möglich, daß der Angeklagte deshalb sittliche Verfehlungen erfunden hat, um zu zeigen, daß er im stande sei, die Knaben auf den richtigen Weg zu bringen und sein pädagogisches Talent zu bezeigen? — Sachverständiger: Das ist möglich. — Dr. med. Holzinger: Ob der Angeklagte ein Sadist sei, sei nicht direkt bewiesen. Jedenfalls halte er den Angeklagten ebenfalls für geistig zurechnungsfähig. — Die Verhandlung wird danach gegen 8 Uhr abends auf Freitagvormittag 9 Uhr vertagt.

S. Joseph

Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 1.
(Ecke Grunewaldstrasse.)

Grösstes Specialgeschäft des Westens.

Abteilung für fertige Herren-Konfektion.

Hochfeiner Sitz!
Erstklassige Verarbeitung mit weitgehendster Garantie.

Meine Selbstkonfektion ist direkter Ersatz für **feine Mass-Anfertigung.**

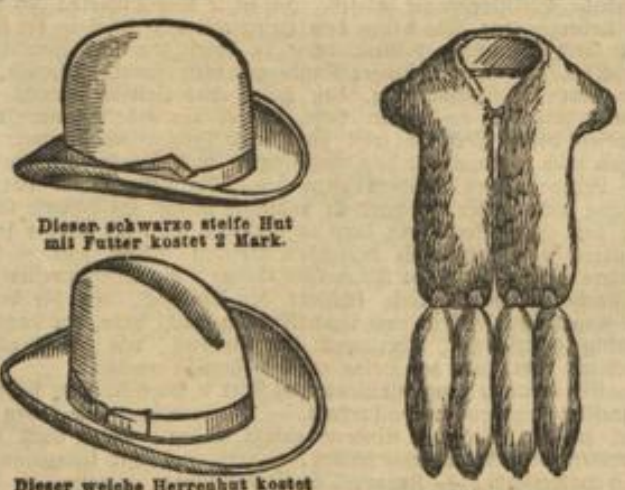
Geschäfts-Princip: Grosser schneller Umsatz bei verschwindend kleinem Nutzen.

Special-Haus
Eleganter Herren- und Knaben-Garderoben
fertig und nach Mass.

Herbst- und Winter-Paletots	gestreifte Dessins mit Raglan-Taschen	30, 27, 24, 19,50, 16 Mk.
Havelocks-Regen-Mäntel		27, 23, 20, 16, 12 „
Loden-Joppen	warm gefüttert und Pelz-Imitation	18, 15, 12, 9,50, 7,50, 6,50 „
Jackett-Anzug	in Kammgarn und Cheviotgewebe	30, 27, 24, 19,50, 14 „
Rock- und Gehrock-Anzüge		36, 30, 24, 22 „
Beinkleider	modernste Streifen	12, 9, 7,50, 5,50, 4,50, 3,50, 2,25 „
Westen	aus modernsten Fantasie-Stoffen	6, 5, 3,50, 2,25 „
Jünglings-Anzüge	beste Stoffe und moderne Façons	16,50, 15, 11,50, 8 „
Knaben-Anzüge	neueste Formen	9, 7,50, 5,50, 3,50, 2,75 „

2945L*

Hâkim-Cigaretten
sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen
die **feinsten 2 Pf.-Cigaretten!**
Höchste Leistung!



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.

Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2,— „ kleinere Form 1,50 „

Colliers von den billigsten bis zu den feinsten Pelzarten

Neuheit: Die modernen Beulenhüte führe zu M. 2,- bis 5,50
Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen
Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaaren Export (Kein Laden)
nur **Dresdenerstr. 116**
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Zwecks bedeutender Erweiterung
verlege mein Geschäft nach
Hauptstrasse 139
und ermäßige bis dahin sämtliche
Herren- u. Knaben-Garderoben
ca. 20 Proz. im Preis.
Auch für **Maasbestellungen** findet diese **Preisherabsetzung** Anwendung. 2773L
M. Schulmeister,
Schneidermeister,
Schöneberg, Hauptstr. 143.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung!
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei. 2826L*
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Gegründet 1878.

Jackett-Anzüge, 1- u. 2reihig, aus guten haltbaren Stoffen mit graden oder schrägen Taschen von	18 M. an.
Rock- und Gehrock-Anzüge in bester Ausführung . . . . . von	24 M. an.
Herbst- und Winter-Paletots in modernster Ausführung . . . . . von	18 M. an.
Haus- und Jagdjoppen in allen Ausführungen von	6 M. an.

Specialität der Firma:
Paletot nach Mass von 30 M. an.
Anzug nach Mass von 33 M. an.
Streng feste Preise.

M. Schulmeister,
Schneidermeister,
BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,
Hochbahnstation Kottbuser Thor. 2964L*
Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.

In der jetzigen Jahreszeit

ist eine gute Bouillon stets eine willkommene Labung und den erschlaffend wirkenden alkoholischen Getränken weit vorzuziehen. Am einfachsten, schnellsten und billigsten bereitet man sich eine vorzügliche Bouillon aus **Maggi's Bouillon-Kapseln** zu **16** und **12** Pfg. für je zwei Portionen. Sie sind mit allerbestem Fleischextrakt hergestellt und geben sofort — nur durch einfaches Uebergießen mit kochendem Wasser — eine vollkommen **trinkfertige** Bouillon. Eine Tasse extra starker Kraftbrühe kommt nur auf **8** Pfg., eine Tasse Fleischbrühe nur auf **6** Pfg. zu stehen.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI's** Bouillon-Kapseln und weise andre Marken zurück. 2964L

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.